alaska



Zeitschrift für Internationalismus

Februar 1998
Heft 218 DM 8,-

EDITORIAL

Hochwerter Durito!

Unangemessen, ja übertrieben finde ich diesmal dein Klagen über das Personal. Die Lage ist schwierig, die Armee besetzt strategisch wichtige Dörfer, schreibst du; aber dein Schildknappe, der Sub-Marcos, sitzt mit dem jungen Antonio herum und diskutiert über blaue Maulesel und über Schweine, die glauben, sie seien ein Huhn. Nun, was soll daran schlimm sein? Manchmal ist die beste Strategie das Warten. Und wenn man schon wartet, ist ein Schildknappe, der Geschichten erzählen kann, nicht das Schlechteste, oder?

Ich habe sie natürlich auch gelesen, die Geschichte vom schizophrenen Schwein, das glaubte ein Huhn sein zu müssen. Ich lese ja neuerdings die EZLN-Seite im Internet. Und ich wertschätze diese Geschichte, weil sie, von der richtigen Seite ins Licht gedreht, auch eine treffliche Schröder-Geschichte abgibt, vom Schröder der glaubt ein Kanzler sein zu müssen, hernach von der Wirtschaft verspeist wird, wo Piech beim Buffet sagt: "Oh, dieser Schröder schmeckte tatsächlich ein wenig nach Kanzler". Und weißt du, hier ist das mit dem Personal in keiner Weise besser. Ich erwarte scharfsichtige Einschätzungen zur weltpolitischen Lage, stundenlanges Brüten erfüllt die Redaktionsräume, und am Ende haben sich alle ins Cafe ausgeflüchtet und alles, dessen ich auf einem verlassenen Schreibtisch habhaft werden kann, ist ein Butterbrotpapier mit einer draufgekritzelten Geschichte. Zum Beispiel gestern der Geschichte von der Übung im Dicksein:

"Als die Zeit des Dicken zu Ende ging, gab es viele, die sich darauf vorbereiteten, seinen Platz einzunehmen. Sie begannen unmäßig zu essen, damit seine Anzüge ihnen passen würden. Sie aßen und aßen und wurden dicker und dicker; sie wollten ja nicht so verloren aussehen, wenn sie endlich auf seinem Sessel säßen. Als es aber soweit war, hatte der eine einen Herzinfarkt, der andere eine Gallenkolik, und so weiter. Der Dicke aber überlebte sie alle; denn er war es gewohnt, dick zu sein."

Es will scheinen, Durito, Geschichten sind wie Moos. Sie wachsen überall, auch da, wo es für Strategien zu zugig und für Theorien zu karg ist. Und die Maulesel fressen es doch, ob es nun graue oder blaue Maulesel sind.

Mit den bestmöglichen fernmündlichen Grüßen

deine alaska

BUKO



MAILBOX

SHORT CUTS

alaska 218 • Januar/Februar 1998

INHALT

THEMEN

DEBATTE





KONTEXTE

Bildnachweis:
Cover unter Verwendung:
- Lara Croft, Hauptdarstellerin des Spiels "Tomb Raider".
- CD-Booklet von "Cyberpunx. Cassandra Complex. Play it again Sam".
- Ein "Schreibtischhintergrund" von Oliver Gawryluk.

Katja Diefenbach

Kontrolle, Kulturalisierung, Neoliberalismus

Das Internet als Verstärker

Das Internet ist die grellste Oberflächenerscheinung der neuen Informationstechnologien. Hier fusionieren unterschiedlichste kulturalistische Projektionen: das "postmoderne" Phantasma einer neuen kommunikativen Demokratie, der Underground-Traum von Sabotage und Gegenmacht einer Techno-Guerilla, die technikdeterministische Rede von intelligenten, kollektiven Gehirnen, virtuellen Gemeinschaften und Gender-Cross-Spielzonen. Damit ist das Internet zur extremsten kulturellen Vermittlungszone eines technologischen Projektes geworden, das von Mikroelektonik bis zu Bio- und Gentechnologien reicht. Die Diskussion um das Netz hat bislang wenig darüber verraten, inwieweit die neuen Technologien die kapitalistische Umstrukturierung in eine neoliberale "Kontrollgesellschaft" katalysieren und verstärken. Diese Konstruktion von blinden Flecken ist selber Teil der gesellschaftlichen Veränderung. So werden die verschiedenen Funktionen von Informationstechnologie als "namenlose Ideologie", als Kontrolloperation, als Voraussetzung einer postfordistischen Ökonomie und als Feld für Ästhetizismus und kulturelle Vermittlung einer neuen Herrschaftsform ausgeblendet.

Technische Versprechen

Hinter uns liegt eine lange Phase des Internet-Hypes. Allmählich aber geht die Zeit der großen Mythen und der Werbung zuende, und eine massenhafte Individual- und fortschreitende industrielle Nutzung der neuen Technologien setzt ein. Der Internet-Hype war von einem idealtypischen Austausch zwischen "Underground" und Mainstream" bestimmt, weil beide Seiten Wissen, Information und Geschwindigkeit fetischisieren und gleichzeitig soziale und politische Begriffe auf technische Strukturen übertragen. So wurden von Anfang an auch konservative, biologische und wirtschaftsliberale Hymnen, die die Wiedergeburt von Kapitalismus und Demokratie aus der "informationellen Revolution" besingen, im Chor der "Neue Technik, neue Welt"-Begeisterten attraktiv gemacht. Vom Mediensymposium bis zur Software-Werbung wurde es en vogue, Emanzipation und Fortschritt als Folge technischer Innovation auszugeben. Dadurch ist ein ideologisches Märchen erneut ins Spiel gebracht worden, das als eine der großen Erzählungen des Kapitalismus bezeichnet werden kann: Mit der dynamischen Konkurrenz des Marktes werde sich immer wieder das Neue und Beste, Innovationsgeist und freiheitliche Individualität durchsetzen. Inzwischen soll es die Computertechnik selbst sein, die Bildung, Reichtum und Selbstverwirklichung aller gewährleistet. In deutlichem Gegensatz zur Unternehmenskonzentration auf globalisierten Märkten und zur Abkopplung ganzer Regionen vom Weltmarkt phantasieren die "Cyberkapitalisten" von der Tauschgesellschaft der Individualinformatiker, einem Kosmos kleiner Unternehmer, in dem die Technologie alle sozialen Barrieren für eine idelae Gesellschaft des vollkommenen Wettbewerbs aufhebt. Die entsprechende kulturelle Ästhetik dieser fetischistischen Anpreisung von Datenverkehr als Unterpfand eine neuen Freiheit tritt im Zeichen des radikal Neuen und radikal Fortschrittlichen auf.

Affirmative Utopien

Mit der Zeit ist eine technische Utopie des Internet entstanden, die von sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Fraktionen bedient wird. Sie stützt sich auf das technische Potential der Computernetze, international und schnell Datenaustausch von vielen zu vielen, maximal von allen zu allen in verschiedenen Formaten zu ermöglichen.

Ihre erste Argumentationsfigur ist die basisdemokratische Forderung nach "access for all", dem Zugang für alle. Die Vorstellung einer basisdemokratischen Computernetzwerk-Welt teilt z.B. der "immediast underground", eine Gruppe von US-amerikanischen Mediensubversiven, die auf die "elektronische Revolution" hoffen, genauso wie Teile der AktivistInnen des niederländischen Web-Servers xs4all (der auch die kriminalisierte radikal einspeiste). Verbunden sind diese verschiedenen Szenen durch die Annahme, daß in der technischen Struktur des Internet und seiner massenhaften Ingebrauchnahme ein quasi-automatisches Demokratisierungspotential liege.

Die zweite Argumentationsfigur technischer Utopie findet sich im "postmodernen" Loblied auf die "vielstimmigen und pluralistischen Hypermedien", die jeden Wissenstotalitarismus dekonstruieren können. Diese Argumentation macht die Internetdebatte mit poststrukturalistischen Begriffen wie Dekonstruktion, Verkettung oder Rhizom schick. Viele Texte der "postmodernen Medientheorie" entwenden

Begriffe der poststrukturalistischen Theorie und übertragen sie direkt auf technische Strukturen. Heraus kommt meist ein fröhlich-eindimensionaler Technikdeterminismus, der sich für nichts zu doof ist.
Die dritte Argumentationsfigur der "Techno-Utopie" schließt direkt an das Primat von Wissen und kollektiver Intelligenz der beiden ersten Positionen an und gibt ihm eine offen reaktionäre Wendung. Ich möchte diese Position konservativen Kognitions- oder Gehirnfetischismus nennen. Sie formuliert eine neoliberale Welt der Zukunft, in der Wissen, Individualismus, ungehemmtes Konkurrenzdenken und Marktmechanismen die Hauptrolle spielen. Die neoliberale Umstrukturierung wird als quasi natürliche Folge technischer Entwicklung beschrieben, dank der wir uns endlich von zuviel Bürokratie, Institution und Verwaltung befreien können. Es handelt sich um eine bioelektronische Naturphilosophie des Neoliberalismus, in der technische und kapitalistische Innovation als evolutionärer Sprung nach vorn angesehen wird. Gleichzeitig werden die dualen Trennungen "abendländischer Philosophie" zwischen Körper und Geist, Kultur und Natur erneut restauriert, indem darauf verwiesen wird, daß uns die neuen Technologien in den Stand versetzen, eine Ära körperlosen "elektromagnetischen Wissens" zu betreten.
Die vierte Argumentationsfigur jener affirmativen "Techno-Utopien" ist die Forderung nach freier Zirkulation von Wissen als Ware, die sie als "demokratische Investition" anpreisen. Hier kann man an die Äußerung von US-Vize-Präsident Al Gore "vom größten Geschäft auf dem wichtigsten und lukrativsten Markt des 21. Jahrhunderts" erinnern.

Mythos Kommunikationsguerilla

Auch Hacker und Cyberpunks, die man eigentlich für die natürlichen Feinde des neuen Sicherheitsdiskurses halten könnte, nehmen an der Fetischisierung des Datenverkehrs teil: "Hacker könnten die Wall-Street crashen" heisst es dann immer. Noch in dieser negativen Vision von der Unterbrechung und Umleitung der Datenströme trifft man auf eine technikdeterministische Position, die davon träumt, daß das System zur Hardware geworden ist, in die man technisch intervenieren könne, und das Soziale zu seiner Software. Die Annahme, Herrschaft habe sich auf eine technische Struktur zurückgezogen und manifestiere sich nun im elektronischen Gehirn, ist ein typisches "reverse phantasm", das das Herrschaftsphantasma von künstlicher Intelligenz umgekehrt widerspiegelt. Gesellschaftliche Veränderung wird als technischer Akt präsentiert, als High-Tech-Krimi, in dem vereinzelte, super-schlaue Aufständische das System austricksen: Bumm! Dabei ist es eher üblich, daß Hacker bei Software-Firmen anheuern. Die subversiven Phantasien der "Kommunikationsguerilla" speisen sich z.B. auch aus den Praktiken und Thesen italienischer RadiopiratInnen der70er Jahre: "... die Zentren der Sammlung und Speicherung der Daten sprengen und zerstören, die Gehirne, in denen die Informationen gespeichert sind, sabotieren."
Die historische "Kommunikationsguerilla" hat den wichtigen Schritt getan, nicht nur die Botschaft der Medien als ideologisch zurückzuweisen, sondern auch ihre Struktur: die Einseitigkeit der Massenkommunikation, die Dominanz denkender Masterminds, die Zerstückelung der Information in unterhaltende Spots, die weiche Vertreibung der Subjekte von der Straße in die Wohnzimmer, in ihre "Small offices/homes", die organisierte Ablenkung und Zerstreuung in einer "Gesellschaft des Spektakels".



Die RadiopiratInnen haben noch gewußt, daß "die Hypothese, nach der die Struktur des Mittels eindeutig den Sinn der Kommunikation bestimmt, falsch ist, aber genauso verkehrt ist, zu denken, daß sich die Inhalte der Botschaft ohne jede Umwälzung des Mittels ändern können. Es ist nötig, aus der idealistischen Terminologie von Form und Inhalt herauszukommen; wenn das kommunizierende Subjekt verändert ist, verändern sich auch die materiellen und ideologischen Bedingungen der Kommunikation."

Aufklärung kaputt

Das zentrale Stereotyp der Netzdebatte ist die Behauptung "Mehr Kommunikation - mehr Wissen - mehr Demokratie". Unausgesprochen wird damit auf das Versprechen der Aufklärung verwiesen, daß Wissen die Subjekte befreie. Der Automatismus des aufklärerischen Programms, befreie dich selbst durch Wissen, hat aber nicht funktioniert. Das liegt bekanntlich daran, daß Wissen und Information selbst Herrschaftssysteme sind. Und so hat auch ihre massenhafte Verbreitung seit dem 18. Jahrhundert die Verbindung zur Macht nicht gekappt, sondern institutionalisiert und allgegenwärtig gemacht. Jedes Subjekt durchläuft in seiner konkreten Lebenszeit Verfahren wie Alphabetisierung und Schule, Stillsitzen und Sich-Disziplinieren, die ein "Wissen der Ordnung und der Anpassung" vermitteln. Danach "weiß" jedes Subjekt, daß es nicht den Chef beleidigen, nicht bis zwölf Uhr mittags schlafen, nicht lesbisch sein und auf alle Fälle aus seinem Leben "etwas machen" soll. Es hat die Lektion der Institutionen und ihre Regeln wie Wissenschaftlichkeit und Bürokratismus, ihre Versprechen wie Karriere und Glück und auch ihre Drohungen kapiert.

Unterhaltungsfuturologie: Mehr Freizeitparks

Wir bewegen uns auf eine spätkapitalistische Gesellschaft zu, in der immer mehr Bereiche wie Dienstleistung, Medizin, Landwirtschaft und Produktion computertechnisch unterstützt ablaufen. Am Beispiel der Freizeit können wir einige Entwicklungen technisch gestützter Kontrolle erfrischend konkret an unserem eigenen Leben nachvollziehen. Die Freizeit ist der Ort, wo das Subjekt individuell aufgerufen wird, sich selbst zu verwirklichen. Diese Selbstverwirklichung wird zu einem hochindividuellen, äußerst anstrengenden Prozeß geschmackvoller und möglichst differenzierter Konsumtion, aufmerksamen Körpermanagements und kompetenter Kulturaktivität. Sie ist also nicht nur der Feierabend, an dem sich das Fabrik-Subjekt mit standardisierten Massenangeboten für den morgigen Wiedereinstieg in den Arbeitsalltag reproduziert, sondern ein zunehmend komplizierter und umstrittener Ort. Das hat mehrere Gründe: Erstens werden immer mehr Menschen durch Rationalisierung und ökonomische Austeritätspolitik in die Dauerfreizeit Arbeitslosigkeit entlassen. Zweitens will aber der Kapitalismus in der Freizeit sein Versprechen von Freiheit als Individualität und Konsum einlösen: Hier soll sich das Individuum als ausgeklügeltes System von umweltverträglichem Shopping, kultureller Kompetenz und geglückter Selbstfunktion selbst kaufen. Drittens liegt in der wachsenden Freizeit auch ein widersprüchlicher Freiraum, den bisher alle sozialen Bewegungen für eine autonome Nischenpolitik genutzt haben. Und so befindet sich der Kapitalismus sowohl in dem herrschaftstechnischen als auch ökonomischen Zugzwang, seine Freizeitindustrie immer wieder zu reaktualisieren und zu intensivieren.

Die Freizeitindustrie koppelt deshalb zum Beispiel an Sub- und Popkulturen an und führt immer differenziertere Stile in die metropolitane Konsumtionssphäre ein. Dabei geht es um die Konstruktion von Zeiträumen, in die die Sehnsucht der Subjekte nach "dem Leben jetzt sofort" abgelenkt werden kann. Technik spielt hier eine doppelte Rolle. Auf der Zeichen-Ebene garantiert sie den orangenen Sci-Fi-Glanz des neuen, Hippen und Coolen. Sie verspricht Teilhabe am kulturellen update und an der stetigen Zunahme des Service: Teleshopping, Telebanking, Multimedia at home. Gleichzeitig sind die Zeiträume der Freizeitindustrie selbst immer stärker medial vermittelt: als mediales Angebot wie eben Teleshopping, als begehbares mediales Environment wie Virtual Reality-Systeme oder als mit Videokameras und Klimaanlagen technisch abgesicherte und gleichzeitig Technik ästhetisierende Shopping Malls, Multiplex-Kinos, Musical-Halls, Freizeit- und Themenparks. Der Zeit- und Kauftourismus der Malls wird mit den Mitteln modernster Technik kreiert und kontrolliert. Lieferzugänge und Versorgungssystem

Seitdem Konservatismus und Neoliberalismus in den 80er und 90er Jahren stärker werden, laufen zwei paradoxe ideologische Bewegungen ab: die repressive Disziplinierung mit law-and-order-Formeln und die produktive Aufforderung, sich in Konsum- und Freizeiterlebnissen individuell auszuagieren.

sind unsichtbar - auf den Gängen diskretes Wachpersonal, das die Selektion in KonsumentInnen und Wärmesuchende leistet.

Im Freizeitpark wird die Widersprüchlichkeit des Versuchs, die Wünsche der Subjekte in Techno-Environments abzulenken, deutlich. Als ökonomische Modernisierung entstehen Freizeitparks dort, wo Kohle- und Stahl-, Auto- und Werftenindustrie in die Krise geraten sind (Bremen, Bremerhaven, Oberhausen, Bottrop, ...). Ironischerweise bieten sie einer arbeitslos werdenden Bevölkerung forcierte Konsumangebote, integrieren aber gleichzeitig einen Teil der von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen in schlecht bezahlte Dienstleistungsjobs der Multimedia-Industrie. Freizeitpark und Shopping Mall integrieren eine ganze Reihe historischer Vorläufer der Unterhaltungsindustrie, wie z.B. das Kaufhaus, den Rummel oder das Kino. Das erste Modell des Freizeitparks hat Walt Disney 1955 mit "Disneyland" errichtet. Er hat sein Modell der Narkotisierung in den inszenierten Scheinwelten des "Magic Kingdoms" als Heilsprojekt für die weiße amerikanische Bevölkerung konzipiert, das die reaktionäre Utopie gleich mitliefert: Feen- und Zauberwelten, in denen immer das Gute siegt, allgemeines Familienglück, Harmonie und gesunde Hierarchie.

Das Phantasma vom Cyberspace als computervermittelter Konstruktion "virtueller Welten der Freizeit", in denen sich alle vernetzen und amüsieren sollen, ist die Zusammenfassung verschiedener historischer Stationen und Momente der Unterhaltung. Es ist die Futurologie dieser Entwicklung, mit der zukünftig nicht radikal neue Welten erschlossen werden, sondern Reaktualisierungen des Alten in der Software der Freizeitindustrie. Noch einmal geht es um die Befriedigung, in dem als anders und neu Annoncierten, sich selbst wiederzuentdecken. Deshalb sieht der Club Med wie der eigene Garten plus Palmen aus oder das World Wide Web wie ein Otto-Katalog für den spätkapitalistischen Info-Citoyen.

Computergestütze Freizeit ist ein Zeitraum der geöffnet wird, um die individuellen Wünsche nach einem "wirklichen Leben" abzulenken, die der Kapitalismus in dem Maße freisetzt, wie er vorangegangene ideologische Konstrukte (Religion, bürgerlicher Familien- und Ordnungssinn) aufhebt. Seitdem Konservatismus und Neoliberalismus in den 80er und 90er Jahren stärker werden, laufen zwei paradoxe ideologische Bewegungen ab: die repressive Disziplinierung mit law-and-order-Formeln und die produktive Aufforderung, sich in Konsum- und Freizeiterlebnissen individuell auszuagieren.

Technoscience

1994 erschien in den USA *Out of control. The rise of neobiological civilization.* Verfasser des 1997 auf deutsch erschienenen Buches ist Kevin Kelly, der Chefredakteur von *Wired*, der hippen US-Computerzeitschrift. Kelly feiert in dem Buch die Biologisierung der Gesellschaft, mit der sich eine Hochzeit von "Gemachtem und Geborenem" vollziehe und nicht mehr unterscheidbar sei, was Lebewesen und was Konstruktionen wie "Roboter, Konzerne, Volkswirtschaft und Computernetze" sind. Am Beispiel des globalen Aktienmarktes erklärt er, daß von Menschen geschaffene Systeme die Komplexität von Öko-Systemen erreicht hätten. *Out of control* ist einer der zentralen populären ideologischen Texte des "Techno-Diskurses", der die Fusion von "kapitalistischer und biologischer Intelligenz" behauptet. Natur ist dabei ein intelligentes System, vom dem wir genauso lernen können, wie wir es neuerfinden und verbessern können. Ökonomie und Technik werden im Gegenzug zu Naturtatsachen, bei denen nicht ihre politische Veränderung, sondern ihre Optimierung von Interesse ist. Der patriarchale Dualismus Natur-Kultur wird aufgehoben, um ihn auf höherem Niveau zu installieren. *Wired* verbreitet schon seit langem die Ideologie eines biotechnologischen Kapitalismus und lädt sie mit gegenkulturellen Ästhetiken auf. Heraus kommt so etwas wie das Märchen vom "kreativen Cyberkapitalismus", in dem alles "crazy" und "außer Rand und Band" geraten ist, in dem nicht mehr spießige Bürokraten herrschen, sondern junge, kreative "Symbolanalytiker" wie du und ich, die an genialen, technischen Lösungen arbeiten. *Wired* und Kelly bedienen Aufsteigerphantasien und glorifizieren auf poulärem Niveau eine Gesellschaft, in der Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Gesellschaftstheorie immer enger aufeinander abgestimmt sind und eine kapitalistische "Technoscience" bilden. In dieser sind Reststücke von fortschrittlichem Wissen, wie "Es gibt keine universale Wahrheit" oder "Hierarchische Systeme sind dumm" integriert. Das ist das Erbe, das die West Coast Hippies in den technologischen Diskurs einbringen. Es entspricht auch einer technisch-wissenschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre, in der sich ein Denken in Systemen, in strategischen Differenzen und Netzwerk-Theorien in vielen Bereichen etabliert hat. Zentrale Figur dieses Denkens ist die "Selbstorganisation von Systemen", die durch nicht-hierarchische Kommunikation und Kontrolle gesteuert sind.

Unternehmensnetzwerke

Der japanische Autohersteller *Toyota* hat der Kombination von *computer aided manufacturing* (CAM) und neuen Managementmethoden seinen Namen gegeben: Toyotismus. Seit der Krise des fordistischen Akkumulationsmodells werden die Arbeitsabläufe, die Taylor und Ford chronologisch im Raum angeordnet und monoton, in viele Schritte zerlegt, an einem Massenprodukt ausgerichtet haben, an wenigen Arbeitsstationen wieder zusammengefasst. Dort werden Roboter und vielseitig ausgebildete Teams eingesetzt und mit einem fahrerlosen Transportsystem verbunden. Die Lagerhaltung wird so weit als möglich reduziert. Die Zulieferindustrie produziert flexibel im Takt der Auftragslage: just-in-time. Anfang der 70er Jahre gab es in der Automobilindustrie massive, zum Teil auch wilde und militante Streiks.



Die postfordistische Reorganisierung der Unternehmen hat in diesen Arbeitskampf mit Massenentlassungen interveniert. Zurückgeblieben snd flexibilisierte Mindestbelegschaften, eine große Anzahl entgarantierter Niedriglohn-ArbeiterInnen und Arbeitslose. Die Informationstechnologien haben diese Reorganisierungen katalysiert. Die Lohnkosten, die zum Beispiel in der Autoindustrie zehn bis 15 Prozent

Dieser neue hippe "technoide Kapitalismus" soll in Zukunft auch zur genetischen Kontrolle der Gesellschaften imstande sein.

der Gesamtkosten ausmachen, sollten und sollen auch weiterhin minimiert werden und der Faktor Arbeitskraft soweit wie möglich durch die neuen Informationstechnologien ersetzt werden. Die verbleibenden Mindestbelegschaften sollen auf höherem Niveau integriert, motiviert und kontrolliert werden: Team- und Gruppenarbeit, Teilnahme an Qualitätszirkeln, Zusammenlegung von Forschung, Planung und Produktion (sog. simultane Entwicklung). Es geht um eine höherwertige Abschöpfung der Arbeitskraft durch Identifikation mit dem Unternehmen, durch erhöhte Übernahme von Verantwortung und Konkurrenz in und zwischen den Teams. Organisatorisch geht es auf übergeordneter Ebene darum, Unternehmensnetzwerke zu schaffen, die auf temporären, projektabhängigen, standortübergreifenden Beziehungen zwischen ganz oder weitgehend selbständigen Einheiten basieren. Neue Managementmethoden formulieren die Probleme dieser "schlanken Unternehmen" in den Begriffen von Flexibilität, Systemsteuerung, Kommunikation und Kontrolle. Die entsprechende ökonomische Organisationstheorie beschreibt transnationale Unternehmen als globale Netzwerke. Der wissenschaftliche Code der selbstorganisierten Systeme hat damit auf die Management- und Organisationstheorie durchgeschlagen.

Teilen der Computerszene gefallen solche Entwicklungen ausnehmend gut. Populäre Managementtheoretiker übernehmen aus dem Selbstorganisationsdiskurs die Idee enthierarchisierter Kontrolle, die über Beobachtung, Selbstreferentialität, dynamisches Gleichgewicht und Kommunikation funktionieren soll.



Biomacht

Dieser neue hippe "technoide Kapitalismus" soll in Zukunft auch zur genetischen Kontrolle der Gesellschaften imstande sein. Robert Shapiro, ein amerikanischer Forscher, gibt als Grund für die Notwendigkeit einer globalen DNA-Datenbank die "umweltbedingte Mutagen-Bedrohung" an, also die Gefahr, daß es nach jahrzehntelangem Einsatz von Pestiziden und Chemikalien zu DNA-Mutationen, und damit zu einer "genetischen Katastrophe, die jahrhundertelang unbemerkt bliebe", kommen könne. Die Kartographie des menschlichen Erbgutes soll deshalb den menschlichen Körper überwachen und Schädigungen so früh als möglich anzeigen. So einfach funktioniert Genetik als integriertes kapitalistisches Wissen. Das Ziel lautet, menschliche und natürliche Ressourcen zu erhalten und zu kontrollieren. Dieser Diskurs der Biomacht taucht in den reichen kapitalistischen Staaten auch in der Rhetorik individueller Gesundheit auf: Auch du kannst froh sein, daß es gentechnisch hergestelltes Insulin, pränatale Diagnostik etc. gibt. Während vor allem im Trikont Frauen entindividualisierter Gegenstand von Bevölkerungspolitik und Reproduktionskontrolle sind, werden Frauen und Männer in den Industriestaaten als KundInnen kapitalintensiver Gen- und Reproduktionstechnologien angesprochen. Mediensymposien und (Kunst-) Ausstellungen wie die ars electronica und eine ganze Reihe von Publikationen ästhetisieren solche Versuche, Gesellschaften mit Informations- und Gentechnologien zu kontrollieren. Bei diesen Ästhetisierungen geht es darum, ein universelles, "technoides" Ordnungsprinzip zu behaupten. Die "ars" ist zum bekanntesten Ort dieser Affirmation geworden. 1996 hat sie noch einmal in Szene gesetzt, wie der kulturelle Diskurs über die neuen Technologien die Logik der Technoscience nachbuchstabiert.

Eine fortschrittliche Netzdiskussion muß diesen Diskurs der neuen Technologien angreifen. Sie muß versuchen, dagegen eine Kritik kapitalistischer Vergesellschaftung zu setzen, die die technische Unterstützung von Herrschaft analysiert.

Katja Diefenbach ist Journalistin und lebt in Berlin. In alaska 213/214 schrieb sie über "Pop in der Kontrollgesellschaft".

Die Maxi-Version dieses Beitrages wurde 1997 in dem Buch "Netzkritik. Materialien zur Internet-Debatte" (ID-Verlag Berlin, 180 S., 28 DM) veröffentlicht.

Claudia Bernhard

Virtueller Widerstand

Die Linke und ihr Verhältnis zum Internet

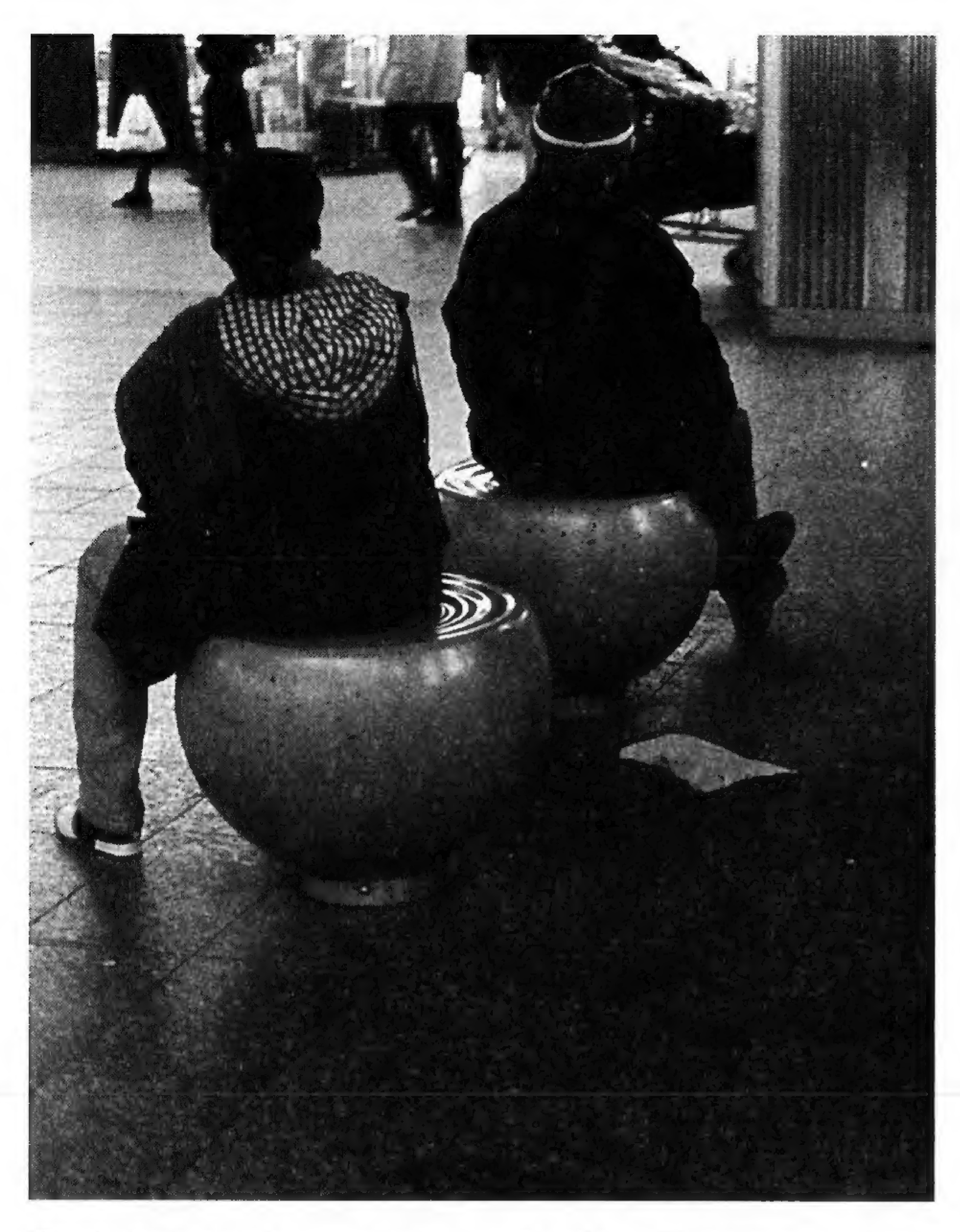
Zwei politische Aktivisten sitzen am Tisch, der eine liest Zeitung.
Erster: Hier steht das Internet ist die Zukunft für linke Politik.
Zweiter: (blickt auf)
Erster: Wir müssen ins Internet!
- Pause -
Zweiter: Wieso?
- Pause -
Erster: Steht nicht da.
(frei nach IBM)

Wenn wir ehrlich sind, bestimmt Ratlosigkeit das Verhältnis von linker Bewegung und dem Internet. Sicher werden unter Gruppen und Projekten e-mails verschickt oder der Rundbrief ins Netz gestellt, aber der spezifische zukünftige Sinn und Nutzen für linke Politik wird, wenn nicht skeptisch gesehen, doch zumindest als ungeklärt betrachtet. Es gibt einen vagen Druck teilnehmen zu müssen, um nicht den Anschluß an eine Entwicklung zu verpassen, und gleichzeitig weht die Desillusionierung durch die bisherigen Nutzungsformen. Ob nun ein Flugblatt, ein Aufruf per Papier versandt oder über die Datenautobahn gejagt wird, macht nur sehr eingeschränkt einen Unterschied. Wahrscheinlich erreicht es im zweiten Fall mehr Leute, es wäre jedenfalls potentiell möglich, wenn man/frau beim globalen Informationsaustausch noch in der Lage wäre aus der Menge das Wesentliche herauszufiltern. Die Frage, ob diese konventionellen Gestaltungsweisen von Informationen überhaupt noch angesagt sind, stellt sich im Netzzeitalter eher noch dringender.
Das Internet ist ein Herrschaftsmedium und selbstverständlich ist es, unserer Zeit angemessen, nicht nur hochtechnisiert und kommerziell, sondern auch superdemokratisch. Die Teilhabe funktioniert geradezu klassisch nach allen demokratischen Kriterien, die unser sonstiges politisches Zusammenleben auszeichnen: partizipieren kann, wer die materiellen und intellektuellen Grundlagen hat, über männlich sozialisiertes Sitzfleisch verfügt und tendentiell eher in den Industrienationen verweilt. Entsprechend braucht man/frau für ein Leben mit Internet die technische Ausstattung (PC und Modem), das entsprechende Knowhow (Software und deren Bedienung) und die ausbaufähige Neigung, sich zeitlich unbegrenzt in relativer Isolation von und in diesem Medium "unterhalten" bzw. langweilen zu lassen. Und selbst dann sind den vielbeschworenen enormen Möglichkeiten Grenzen gesetzt, denn die Zensur schläft nicht. Gerade, weil die Verbreitungsmöglichkeiten sich in einem extremen Aufwärtstrend befinden, werden von staatlicher Seite die Sicherheitsvorkehrungen hochgeschraubt. Alle Mailboxen und Provider sind gesetzlich verpflichtet dem Verfassungsschutz gegebenenfalls Zugang zu den Daten zu verschaffen und der wiederum kann bei Belieben Informationsbretter (=Newsgroups) sperren lassen. Es ist also wie im richtigen Leben, wo ebenfalls keine wirkliche Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit besteht.

Elektronischer ziviler Ungehorsam

Selbstverständlich kann man/frau sich bei Betrachtung der Zusammenhänge angewidert vom Cyberspace zurückziehen bzw. sofort einen Bogen darum machen. Aber ist das die einzige Möglichkeit damit umzugehen? Lohnt es sich nicht wenigstens der Frage nachzugehen, ob nicht vielleicht doch interessante, nützliche oder gar subversive Kapazitäten darin enthalten sind, um linke Politik sichtbar zu machen? Die Einschätzungen dazu sind, wie sollte es anders sein, sehr unterschiedlich.
Das *Critical Art Ensemble* (CAE) sieht durchaus Chancen für einen "elektronischen zivilen Ungehorsam", der sich gegen Institutionen richten sollte. "Wird der Zugriff auf Informationen blockiert, verliert die betroffene Institution ihre organisierenden Fähigkeiten; hält die Blockade über einen längeren Zeitraum an, droht ein Kollaps. (...) Die Unterbrechung des Zugriffs auf Informationen ist mithin eines der wirkungsvollsten Mittel, um Institutionen, seien sie Teil militärischer oder ziviler, privater oder staatlicher Unternehmen, zu lähmen." (1) Hier wird eher nach der virtuellen Entsprechnung der ruinierten Oberleitung bei den

Mailbox:
persönliches Postfach des/r einzelnen Teilnehmerln, Bezeichnung für den Service eines elektronischen Postamts, der die Postfächer der Teilnehmerlnnen verwaltet.



Castortransporten, also nach der Umsetzung von Sabotageakten im Netz gesucht und weniger die eigenen Nutzungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt gestellt.
Eine erste Schwierigkeit bei dieser Art Widerstand ist allerdings, daß diejenigen, die über das technische Wissen verfügen, meist jugendliche Hacker mit wenig politischem Bewußtsein sind, während umgekehrt die politischen AktivistInnen kaum die praktisch technische Kompetenz haben. Ein weitaus größeres Problem ist nach Meinung des CAE das Fehlen einer adäquaten Organisationsform, denn basisdemokratische Vorstellungen wirken sich hier eher störend aus.
Nicht nur, daß die traditionellen linken Beschwörungsformeln wie "das Volk" oder "die Massen" im Zeitalter der medialen Individualisierung überholt sind, sie sind auch ohne Internet abgefrühstückt, und dem Ideal einer "globalen Demokratie" nachzujagen, führt nur wieder in die Hände neuer Institutionen. Von einer technologischen Avantgarde, die zu Sabotageakten im Cyberspace theoretisch in der Lage wäre, ist politisch aber wenig zu erhoffen, denn sie ist Teil der weißen, männlichen Dominanzkultur und Identität. Sollen also die Ausgegrenzten technische Nachhilfe nehmen? Oder was soll das politische Band zwischen der technischen Avantgarde und den sozialen Gegenbewegungen sein? Diese Fragen werden im Zuge des optimistischen Cyberspacewiderstand leider nicht beantwortet.

Netzkriege

Als Beispiel für eine erfolgreiche linke Politik im Internet gelten die als "Netzkriege" bezeichneten Aktivitäten autonomer Gruppen, die hauptsächlich in Lateinamerika versuchten gegen Regierungspolitik Aktionen anzuleiern und sie zu koordinieren. Es spricht nicht wenig dafür, daß die Verbreitung über das Internet den zapatistischen Widerstand entscheidend unterstützt hat, weil dadurch eine weltweite, schnelle Verbreitung von Information für Solidaritätsaktionen sorgen konnte. Subcommandante Marcos betont in einem Kommunique der Zapatisten vom 17. März 1995, wie bedeutend die Netz-Zusammenarbeit für EZLN war und ist. (2) Der internationale Druck, der sich aufgrund des Internets in Windeseile formieren konnte, ging in dem Fall an der Politik Mexikos nicht spurlos vorüber. Sicher läßt sich Verlauf der Ereignisse dort nicht maßgeblich auf die Netzaktivitäten zurückführen, aber es ist doch ein wichtiges Mittel zum Zweck.
Wie sehr den Herrschaftseliten dieses Gebaren von gesellschaftskritischen autonomen Gruppen ein Dorn im Auge ist, zeigt die nicht unbeträchtliche Energie, die in die Bekämpfung derselben gesteckt wird. Die Strafandrohungen und Attacken von staatlicher Seite treffen nicht nur Hacker und politische AktivistInnen, sondern auch Netzwerke, das heißt der Informationsaustausch soll global kontrolliert und unterbunden werden. Um das aber effizient in den Griff zu kriegen, sind auch Regierungen und ihre Überwachungsinstitutionen gezwungen umzudenken bzw. die Zensurvorschriften an die heutigen medialen Bedingungen anzupassen. Bislang ist das ein heiß geführter Kampf, dessen Regeln (noch) nicht festliegen. Im Endeffekt aber werden Zugänge und die jeweiligen Möglichkeiten im Netz weniger nach strengen Zensurbestimmungen reglementiert als eher nach den kapitalistischen Marktgesetzen. Geld entscheidet darüber wer welche Informationen wohin schicken kann und wohin nicht.

Provider:
Unternehmen, das den Online-Zugang zum Internet bietet (z.B. Compuserve, T-online).

Widerstandspositionen

Trotzdem ist es nicht möglich bei Betrachtung dieser Entwicklungen, entweder die totale Internetabstinenz zu befürworten oder in eine überbordende Euphorie zu verfallen. Die Frage für die Linke ist eher, wie sich das Feld der kritischen Nutzung absteckt. Derzeit lassen sich im Verhältnis zum Internet grob drei Gruppen unterscheiden. Die erste läßt sich am ehesten als konservativ aufgeschlossen bezeichnen, sie nutzt das Netz defensiv, schickt e-mails, liest die Bretter in den Mailboxen und surft gelegentlich auf der Suche nach Informationen, das heißt sie mißt dem einen konsumistischen Gebrauchswert zu. Das scheint der Typus zu sein, der am meisten im linksautonomen Spektrum zu finden ist.
Die zweite Gruppe gehört zu den offensiven Praktikern, sie installieren eigene Mailboxen, puschen Aktionen über das Netz, nützen den enormen Verbreitungsgrad und versuchen weltweit politischen Druck auszuüben. Dazu gehören sämtliche Gruppen, die in Bereichen wie Anti-Rassismus, Menschenrechte, Migration, Frauenbewegung oder Umweltschutz aktiv sind. Hier wird das Netz gezielt verwendet, um punktuell bestimmte politische Ereignisse zu beeinflussen oder um durch eigene Internetverbindungen ein Stück Gegen- oder Parallelnetz aufzubauen. Hierzu zählen auch die inzwischen entstandenen Frauennetzwerke (femnet oder woman), die relativ erfolgreich die Zugänge für Männer verhindern, um einen männerfreien Netzraum zu gewährleisten. (3)
Die letzte Gruppe sind die subversiven Utopisten, dazu zählt mit Sicherheit das *Critical Art Ensemble* (CAE). Von jenen wird die These vertreten, daß in das Medium selbst einge-

Newsgroups

unterste Einheit der hierarchisch strukturierten News, auch Bretter genannt. (News sind Nachrichten, die in Diskussionsforen ausgetauscht und nach Themengruppen eingeteilt werden.)

griffen und verändert werden muß, unter anderem auch deshalb, weil der Widerstand außerhalb an Bedeutung verliert. Es ist nicht nur ein Mittel zum Zweck oder ein Raum, von dem man/frau sich einen Teil aneignen muß, sondern die Kommunikationsform selbst rückt in das Zentrum der Auseinandersetzung. Damit stehen diese Gruppieungen in der Tradition der Attacken gegen den Springer-Verlag Ende der 60er Jahre. Es ist nicht nur Mittel zum Zweck oder ein Raum, von dem man/frau sich einen Teil aneignen muß, sondern die Kommunikationsform selbst rückt in das Zentrum der Auseinandersetzung.

Die These des *CAE*, der Widerstand auf der Straße könne die räumlich mobile, "Virtualisierte" Macht nicht mehr treffen, ist durchaus der Diskussion wert. Sie steht allerdings in der Gefahr, die politische Perspektive in der Frage nach der "richtigen" Aktionsform zu suchen - eine Frage, die gerade von den so netzaktiven Zapatisten als nebensächlich bewertet wird. Die derzeitige linke Passivität z.B. angesichts einer drohenden Neuauflage des Golfkriegs zeigt, daß es der Linken in den meisten Fällen weniger an politischen Aktionsformen mangelt, als vielmehr an einer Meinung.

(1) Critical Art Ensemble, Elektronischer ziviler Ungehorsam, in: Netzkritik, Materialien zur Internet-Debatte, nettime (hg.), Berlin 1997, S. 40.
(2) Jason Wehling, 'Netzkriege' und AktivistInnen-Power im Internet, in: Netzkritik (s.o.), S. 166.
(3) An der Stelle sei auf eine typisch männliche Unart im Netz verwiesen, nämlich das 'Flamen', was soviel bedeutet wie obszöne Anmache im Netz. Ein nicht unwesentlicher Grund, warum sich Frauennetzwerke gebildet haben.

Bücher und Filme zum Thema: Über das wirklich empfehlenswerte Buch 'Netzkritik', daß oben erwähnt ist, gewährt der 'Online Guide, Frauen & Netze', von Gabrielle Hooffacker und Rena Tangens, Hamburg, 1997 und 'Zum Beispiel Internet' von Jutta Lietsch, Göttingen 1997 einen guten Überblick. Letzteres beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Internet und "Dritter Welt". Christine Bader hat einen Film über Hacker gemacht. Bei "Hacks" stehen die Menschen und ihre Haltung im Mittelpunkt. Nach vier Jahren Drehzeit wird er nun auf verschiedenen Festivals gezeigt und findet dann vielleicht auch den Weg in Euer Programmkino. Also aufpassen!



Thomas Hanke / Heinz Becker

"Ich habe schon 20 Megabyte Antifaschismus geschrieben ..."

Zur Praxis linker Projekte in Computernetzen

Die größten und leistungsfähigsten Computernetze sind nicht öffentlich. Da gibt es die Vernetzungen der Sicherheitsbehörden (u.a. SIS, Schengener Informationssystem), der Banken, der Militärs oder des Großhandels. Wenn von den neuen IuK-Technologien (Informations- und Kommunikations-Technologien) gesprochen wird, ist ein weiterer Typus zu unterscheiden. Betrachtet man die zur Zeit reichlich ungewissen Zukunftsvisionen zu Interaktivität und Multimedia, erscheint plausibel, daß sich hier zunächst zwei konkurrierende Entwicklungen vollziehen. Denjenigen, die über die Kabelfernsehnetze laufen, stehen die Computervernetzungen gegenüber, die das Telefonnetz nutzen. Kirch führte vor etwas über einem Jahr digitales Fernsehen ein, die ersten der schon sprichwörtlichen "500 Kanäle". Aber auch eine ganze Reihe von Modellprojekten in der BRD benutzen diese Technologie, so das 30 Millionen DM-Projekt der Deutschen Telekom, Siemens, des ZDF und anderer Sender in München.
Diese "Netze", in denen Interaktivität auf den puren Konsumakt reduziert ist, v.a. aber auch die nichtöffentlichen Netze, werden in den nächsten Jahren, was schon allein die technische Verbreitung angeht, wichtiger sein als das vielbesprochene Internet oder gar Mailboxverbünde. Wenn wir uns im Folgenden dennoch auf diese beziehen, dann deshalb, weil nur hier linke Projekte zu finden sind.
In den letzten zehn Jahren haben sich eine ganze Reihe von Gruppen und Zusammenhängen gebildet, die mit und in den Computernetzen linke Politik machen wollen. Jetzt sind die neuen Netze in aller Munde und im Zuge der Frage, was denn da eigentlich passiert, wie es einzuschätzen ist, rücken Gruppen und Verbünde wie der Mailboxverbund /CL-Netz oder der *Chaos Computer Club* (CCC) ins Rampenlicht (1). Diesen Platz müssen sie sich allerdings mit dem inzwischen erstaunlich populären Internet teilen.

Vom Technikskeptizismus zur Netzeuphorie

"In dieser Gesellschaft ist der Computer - eine Denkmaschine, die dem Sozialismus vorbehalten sein sollte - lediglich die Fortsetzung verkalkter Gehirne und riesiger Aktenberge, unendlich dauernder Tintenschmierereien mit anderen Mitteln." Diese Polemik in einem von Peter-Paul Zahls Romanen aus den Siebzigern beschreibt die für das folgende Jahrzehnt hegemoniale Position innerhalb der bundesdeutschen Linken zu Computern und Netztechnologien. Computer und Netze dien(t)en der Überwachung und Repression. Die Volkszählung oder der computerlesbare Personalausweis waren Beispiele für Herrschafts- und Kontrolltechnologie und bildeten auch die Kristallisationspunkte des Widerstandes gegen diese neue Großtechnologie.
In die gleiche Zeit fielen die Anfänge linker bzw. linkscodierter Netz- und Computerprojekte. Von München aus startete ein sozialdemokratischer Computerclub die Initiative, aus der das heutige /CL-Netz hervorging. In Umkreis der taz-Diskussion entstand 1981 der CCC, der den Begriff 'Hacker' für sich vereinnahmte, und damit immer wieder sowohl positive als auch negative Resonanz in der bürgerlichen Presse verbuchen konnte.
Spätestens Anfang der Neunziger mit dem bekannter werdenden "anarchischen" Internet war dann endgültig die Hegemonie der technikskeptizistischen Linken dahin. Brechts Radiotheorie und H. M. Enzensbergers 'Baukasten zu einer Theorie der Medien' erleben Rennaissance. "Dezentralisierte Programme; Jeder Empfänger ein potentieller Sender; Mobilisierung der Massen; Interaktion der Teilnehmer, feedback; Politischer Lernprozeß, Kollektive Produktion, Gesellschaftliche Kontrolle durch Selbstorganisation" lauten Enzensbergers normative Forderungen eines emanzipatorischen Mediengebrauchs und sie schienen mit den neuen I- & K-Technologien verwirklichbar. So ist auch der Netz-Hype, also die sprunghafte Zunahme an Teilnahme und Aufmerksamkeit, in der bundesdeutschen Gegenöffentlichkeit, der mit etwas Verspätung erfolgte, nachvollziehbar.
Beispielhaft kann die linksradikale Zeitschrift *radikal* angeführt werden, die in der Juni 96-Ausgabe einen Artikel ihrer Präsenz im Internet widmet. Es wird zwar zum einen auch die Nutzung zu perfekter und effektiver Überwachung durch staatlicher Repressionsorgane und zum anderen der ökonomische Ausschluß sozialer Gruppen thematisiert, doch scheint dies eher rhetorisch dazuzugehören, es gewinnt keine Handlungsrelevanz. http://www.xs4all.nl/~radikal/. Das ist alles.

Die linke Mailboxszene: "Vernetzung von politischen Gruppen"

Die Geschichte der Mailboxen begann in den Achtzigern, als in den USA einige Bastler Daten zwischen ihren Computern

austauschten. Politische Mailboxen entwickelten sich in der BRD erst langsam. Der erste größere Verbund entstand 1991 aus einem Zusammenschluß einiger Mailboxen aus dem Umweltschutzbereich und linker Mailboxen: das /CL-Netz.
Mit seiner inhaltlichen Ausrichtung von Antifa über Feminismus bis Ökologie und Sozialismus deckte und deckt es fast alle Politikfelder der Neuen Sozialen Bewegungen ab. Die Tatsache, daß schon damals mehr als 100 Mailboxen das /CL-Netz anboten, sagt wenig über das Potential kritischer MailboxbetreiberInnen oder -userInnen aus. Die Vielzahl der Mailboxen bieten so viele Netze wie möglich an, (fast) egal welche Inhalte darin verhandelt werden. Ab und an entfacht sich eine Diskussion im /CL-Netz darüber; etwa wenn eine Mailbox damit wirbt, sowohl das /CL-Netz als auch Pornos anzubieten.
"Medium für die Selbstorganisierung der Neuen Sozialen Bewegungen", gar deren "Strukturverstärker" wollte das /CL-Netz sein. Immer wieder wurde und wird der Anspruch betont, "linke Gruppen und Projekte zu vernetzen", nur wol-l(t)en viele Betroffene den Nutzen nicht so recht einsehen.
Inzwischen sind zwar laut einer regelmäßig aktualisierten Liste über 150 Gruppen im deutschsprachigen Raum im /CL-Netz präsent, doch mit sehr unterschiedlichen Nutzungsansätzen. Viele Gruppen beschränken sich darauf, auch über E-Mail erreichbar zu sein, oder das /CL-Netz als Informationsquelle zu nutzen. Andere veröffentlichen dort ihre Flugblätter, Zeitschriften und Pressemitteilungen nochmals. Das politische Spektrum dieser Gruppen reicht von linksradikalen Gruppen, AntifaschistInnen über Internationalismus- und Soli-Gruppen, linke Zeitschriftenprojekte bis zu Parteien.
Doch in der immer wieder als das Neue betonten und normativ eingeforderten bidirektionalen Kommunikation bleiben die Gruppen zum größten Teil außen vor. Ernstzunehmende Diskussionen (zu unterscheiden von Netz-"Rauschen") laufen fast ausschließlich zwischen einzelnen TeilnehmerInnen, die auch nur selten über ihre Praxis außerhalb des Mediums diskutieren, wenn sie denn eine haben. Vielmehr spiegelt sich in den Diskussionen meist wider, daß Individuen das Netz als Möglichkeit ihrer Selbstdarstellung und -profilierung nutzen. Und hierbei tauchen früher oder später immer wieder technische Argumente in einer politischen Diskussion auf. Wenn beispielsweise die Betreiber einer Berliner Mailbox, die die *junge welt* ins Netz einspeisen, erzählen, daß ein anfangs eingerichtetes Diskussionsforum, das die Einseitigkeit der Informationsübermittlung von Zeitung zu LeserIn aufheben sollte, sehr bald zum Forum für eine Diskussion der technischen Details der Netzeinspeisung (Block- oder Flattersatz, ...) mutierte und deshalb wieder abgeschafft wurde, so spricht dies Bände über die "demokratiefördernde Bidirektionalität".
Die Tendenz zur Individualisierung im Netz und auch der Umstand, daß der Bezug auf die "Neuen Sozialen Bewegungen" nicht mehr so einfach ist, hat schon seit längerem zu Diskussionen über das Selbstverständnis des /CL-Netzes geführt. So wird von nicht wenigen das Netz inzwischen als "Offenes BürgerInnennetz" charakterisiert, das nicht mehr Teil einer linken Gegenöffentlichkeit ist, sondern in dem alle "guten Menschen" zusammenkommen können.
Diese Kontroverse, wie auch andere Diskussionen im /CL-Netz um das /CL-Netz zu Selbstverständnis, Netzpolitik, technische Fragen, usw. werden im Gegensatz zu den allgemeinen Diskussionen mit größerer Resonanz, Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit betrieben. In diesen selbstreferentiellen Diskussionen geht es ja auch um das gemeinsame politische Projekt /CL-Netz bzw. um das Projekt "Linke Mailbox".
Doch auch hier sind immer wieder die strukturellen Merkmale des Netzes erkennbar. Eine politische Diskussion driftet schnell in eine technische Diskussion ab, in der dann politische Probleme entweder technisch lösbar oder wider die Technik sind: "Das Netz behandelt Zensur als Fehler und umgeht ihn", usw. Von dem Anspruch, linke Politik in dieser Gesellschaft mit der neuen Technologie zu unterstützen und so einen nützlichen Beitrag zu liefern, bleibt insgesamt erstaunlich wenig.

Weltweit präsent im Internet

Wenn von Netzen gesprochen wird, steht in der öffentlichen Diskussion das Internet an prominentester Stelle. Historisch eher aus Universitätsvernetzungen hervorgegangen, hat es sich in den letzten Jahren mit einem rapiden Wachstum zu einem großen, kleinere Netze integrierenden Computerverbund entwickelt. Auch hier (namentlich im populären "World Wide Web") finden wir durchaus eine erstaunliche Anzahl politischer Initiativen aus dem linken Spektrum.
Die immer wieder gebetsmühlenartig wiederholten Beschreibungen des Internet, die Welt umspannend und mit Dutzenden Millionen NutzerInnen, die tendenziell auch AnbieterInnen sein können, Datenbanken, Wissen der Welt, usw.,



machen sicherlich einen Teil der anscheinend allseits geteilten Faszination aus. Dabei tritt in den Hintergrund, wie wenig weltweit das Netz der Netze tatsächlich ist und wie homogen seine Nutzergruppe.
Die derzeit größte (öffentlich zugängliche) sozialstatistische Untersuchung des Internet, der 1995er Survey der GVU (2), zeigt, daß die 1.276 befragten europäischen NutzerInnen sich zu 92 Prozent aus Männern rekrutieren, sich damit überschneidend zu knapp 60 Prozent aus Universitätsmitgliedern und professionell mit Computern befaßten und ebenfalls zu fast 60 Prozent aus jungen (16-30 Jahre) Leuten. Die Kerngruppe, die knapp 40 Prozent der UserInnen stellt, gehört zu allen drei Gruppen. Dabei bildet sich in der Verteilung nach Ländern innerhalb Europas das ökonomisch-politische Machtgefälle ab, wie wir auch weltweit von den bestausgebildetsten, reichsten und meist männlichen ungefähr zwei Prozent der Weltbevölkerung sprechen, wenn wir von dem 'globalen' Internet sprechen. Der materielle Ausschluß bildet sich also auf allen Ebenen von der globalen ausgehend nach innen immer wieder ab, bis hin zur regionalen Ebene. In der so weltoffenen Stadt Frankfurt existieren ganze zwei gut versteckte wirklich öffentliche, kostenlose, unkontrollierte, gleichwohl begrenzte Internetzugänge (in der Stadt- und Universitätsbibliothek - und sollte es mehr geben, so sind sie vermutlich so gut versteckt, daß wir sie noch nicht gefunden haben).
Daß die Verteilung des Zugangs zum Internet, zunächst einmal ganz zu schweigen von seiner Kontrolle, in monotoner Regelmäßigkeit auf allen Ebenen Machtgefälle abbildet, läßt auch unwahrscheinlich erscheinen, daß wir es hier mit einem Stadium zu tun haben, das in absehbarer Zeit überwunden wird.

"Digital ist besser"

Eine der Gruppen, die auch das gerade beschriebene Internet für ihre politische Praxis nutzt, betreibt das elektronische Archiv NADIR, in dem Texte der Linken elektronisch zugänglich gemacht werden. Ihr Schwerpunkt liegt nicht auf der Arbeit im Internet, daher ist das Folgende nicht gegen die politische Praxis der Gruppe als Ganzes gerichtet. Die Begründungen für das ohne Zweifel sehr zeitintensive Engagement im Internet, sind jedoch dennoch als typische interessant. Wenn überhaupt das eigene Engagement im Internet begründet wird, finden sich die hier zitierten Argumentationsfiguren immer wieder - auch bei anderen Gruppen.
In ihrer elektronischen Selbstdarstellung (3) werden zunächst Positionen festgeklopft. Es gehe um "revolutionäre Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse". Dies sei zur Zeit nicht durch eine bestehende Organisation oder Institution zu erreichen, deshalb wollen sie zunächst einmal "Streit um unterschiedliche Herangehensweisen und Auffassungen in der gemeinsamen Praxis und eine darauf bezogene Theoriebildung". Im folgenden wird aus diesem Programm das eigene Handeln hergeleitet. Der erwünschte 'Streit' wird mit einer Infrastruktur versehen, die den "Austausch und Informationsfluß zwischen linken Gruppen" verbessern soll. Denn "Austausch von Texten klingt harmlos, birgt aber eine Menge von Möglichkeiten in sich. ... Mit geringem finanziellen Aufwand kann auf diesem Weg mobilisiert werden, können Anfragen gestellt werden, lernen sich Leute kennen." Konkret heißt das, daß Texte an das Archiv geschickt werden können, das dann entscheidet, was damit passiert, u.U. (nach Rückfrage) diese an Redaktionen oder andere Gruppen weiterleitet und schließlich natürlich archiviert.
Drei Einwände gegen diese Form der Arbeit werden von den NADIR-MacherInnen vorweggenommen. Klar, über die grundlegenden Widersprüche dieser Gesellschaft sei eigentlich schon alles gesagt worden, auch seien sie sich "der Tatsache bewußt, daß die Überflutung mit immer mehr ... Informationen im CNN-Stil nicht zu einer Bewußtwerdung, sondern zu Betäubung führt" und drittens könne es vielleicht so aussehen, sie wollten eine Informationszentrale einrichten und damit Macht an sich reissen.
Diese drei, wenn sie auch vielleicht anders formuliert werden müßten, schwerwiegenden Einwände werden mit puren Gegenbehauptungen gekontert. Es sei nicht beabsichtigt, eine Zentrale zu werden, Informationen über die Widersprüche dieser Gesellschaft seien doch wichtig und Informationen führten unter bestimmten Umständen doch zu Bewußtwerdung. In der Tat ist es ja erklärtes Ziel, "den Nutzen elektronischer Vernetzung auch für die Leute sichtbar zu machen, die sich noch nicht zur direkten Benutzung von Mailboxen entschließen können oder denen dafür die Voraussetzungen fehlen". Was ist dieser spezifische Nutzen eines Archivs in neumedialer Form? Ein Text über das Archiv selbst gibt Auskunft (4). Speichermedien seien billiger als Lagerraum, Vervielfältigung sei vergleichsweise mühelos, die Suche nach Texten und Bildern werde einfacher und schließlich sei der weltweite Zugriff möglich.
Sicherlich ist der Status der zwei zitierten Texte nicht der theoretischer Reflexionen über das eigene Tun, dennoch wird deutlich, wie Fehler und Probleme einer Politik für "die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt" (5) qua Technik aus der Welt geschafft werden sollen. Eine Faszination am schneller, größer (weltweiter), mehr, effizienter scheint an allen Ecken durch. Ob das Problem tatsächlich die mangelnde Vernetzung zwischen linken Gruppen ist, oder der Mangel an Informationen, oder Bildern, diese Frage wird weggewischt. Ein kritischer Bezug auf das eigene Tun und eine Reflexion seiner Bedingungen z.B. in diesem real existierenden Internet fehlt, und führt so dazu, daß die Topoi der Information als Wert und der pluralistischen Vernetzung als per se heilbringend reproduziert werden. Die Einschränkungen, die sehr wohl vorgenommen werden, nämlich Information als in bestimmten Kontexten eingebunden zu fordern, oder den Pluralismus über die Schlagwörter antiimperialistisch, antikapitalistisch, anti-.... einzudämmen, ändern nichts an der Grundtendenz; der Hoffnung auf eine technische Effektivierung der eigenen Politik, die sich dadurch nicht gezwungen sieht, ihre Prämissen zu überdenken.

Das Netz mitgestalten

Eine weitere Motivation für das Engagement im Internet versteht sich als explizit politische Einmischung. Das Netz komme ohnehin, daher sei es jetzt spätestens an der Zeit, sich einzumischen, Räume zu besetzen, bzw. sie zu verteidigen. Ein Beispiel hierfür finden wir in einem Text, in dem die Forderung "Alternative und linke Projekte ins Netz!" begründet wird. Wiederum ist die Argumentation v.a. als typische interessant. Es wird sich auf den guten "alten Netzgeist" bezogen, wie er bestand, bevor das Internet "von der Wirtschaft und vom Kapital, wie so vieles in diesem Land" okkupiert worden sei. Das Netz des "alten Netzgeists" wird dementsprechend als 'unkommerziell' und 'alternativ' charakterisiert. Seither sei das "Niveau" gesunken. Dies führe nun dazu, daß sich gerade eine "Netz- und Informationselite" heranbilde. Die Linken sollen also jetzt ins Netz, um dies zu



verhindern. Deshalb komme es jetzt darauf an, den Zugang zum Netz für alle und möglichst billig zu schaffen. Zweitens müssten Rahmenbedingungen her, die es auch alternativen Netzprojekten ermöglichen, zu agieren.
Die Rede vom guten alten Netzgeist, in dem noch unkommerzielle Freiheit herrschte, ein Treffen Freier mit Freien, die sich die Regeln ihrer eigenen Vergesellschaftung selbst geschaffen haben, ist ebenso häufig wie irreleitend. Sie verbindet sich allzu schnell, wie auch hier, mit der Klage über das sinkende Niveau, und ist dabei nur das Hadern derer, die gerne unter sich bleiben wollten, fernab der "realen bösen Welt". Daß das Internet auch in seinem glücklichen Urzustand Domäne weißer männlicher Technikfreaks war, ein internationaler Verbund einer sozial erstaunlich homogenen und keineswegs depravierten Gruppe, gerät aus dem Blick, ebenso wie die einfache Einsicht, daß unkommerziell, wie auch am alten Internet gezeigt werden kann, nicht gleichbedeutend ist mit politisch, oder gar links. Nun, nachdem der technische Schutzwall um diese Insel der Seligen z.B. durch den Quantensprung an Bedienungsfreundlichkeit über das WWW (das ist das mit den bösen bunten Bildern), gefallen ist, drängen Hinz und Kunz und mit ihnen 'Wirtschaft und Kapital' hinein und versauen alles. Das ist freilich ärgerlich für die Betroffenen, war aber doch wirklich zu erwarten und kann auf keinen Fall Ausgangspunkt für eine politische Praxis sein.
So stellt sich die Frage nach den Bedingungen eines teilnehmenden Engagements im Internet. Der Ruf nach Zugang für alle und v.a. für linke Projekte ist ebenso zu unterstützen, wie der nach der Unterstützung noch existierender linker Zeitungsprojekte, nach dem Kampf gegen ihre Kriminalisierung. Gründlich zu verabschieden ist jedoch die Angst davor, daß sich im Internet gerade etwas besonders schrecklich Neues tut ('neue Netz- und Informationselite'), oder daß hier besonders wünschenswerte Formen des Widerstands (im Sinne des 'alten Netzgeists') möglich seien.

"Widerstand im virtuellen Raum"

"Es gibt Meinungen, daß der CCC links stünde (...) Tatsächlich würden sich aber die Clubmitglieder eher über den richtigen Chip zerstreiten als über die richtige Position, da ist man ganz liberal". Diese Beschreibung findet sich in dem 1988 herausgegebenen Chaos Computer Buch des gleichnamigen Clubs.
Daß sich trotzdem so viel am CCC abgearbeitet wurde und wird, liegt denn auch nicht daran, daß die "Hacker" ihr unpolitisches Selbstverständnis nicht oft genug artikuliert hätten, denn eher in der voluntaristischen Suche nach Widerständigkeit gegenüber dieser neuen Technologie und einer technikzentrierten Prämisse, daß Widerstand nur "im Herzen der Bestie" verortet werden kann.
Dieser elitäre Anspruch wird natürlich enttäuscht, wenn Technikfreaks ihr Wissen nur zum spielerischen Überlisten von Schwachstellen ausnutzen. Oder, wenn Leute aus dem Umkreis des CCC auf Grundlage einer "Hackerethik" eher zum Perfektionieren der Netze und zum Schließen der Schwachstellen beitragen, als mithelfen, die Netze zu untergraben.
Natürlich stimmt die Analyse des Critical Art Ensemble, "die Hackerethik verhindere jede Art von Aufruhr im Cyberspace", wenn damit ein technisch induzierter gemeint ist (7). Doch die daraus abgeleitete Frage, "wie diese Klasse (der Hacker) dazu gebracht werden kann, ihre eigene Welt zu destablisieren oder zu zerstören", weist in die falsche Richtung, zumal, wenn dies die einzige Option für Widerstand ist. Technologien werden so als verselbständigte Bereiche außerhalb der Gesellschaft dargestellt, in der politische Intervention gesellschaftlicher Kräfte unmöglich sind, und nur noch technologische Interventionen denkbar.
Sieht das Critical Art Ensemble das zu Widerstand fähige Subjekt im Hacker, so weisen andere die Rolle jedermann und -frau zu, sofern sie nur PGP, den "Briefumschlag im Netz" benutzt. PGP (Pretty Good Privacy) ist ein recht sicheres Verschlüsselungsprogramm, mit dem grundsätzlich alle Daten, die per Computer erzeugt werden, verschlüsselt werden können. Eingesetzt wird es meist beim Verschicken von persönlichen Mails, damit niemand außer der EmpfängerIn den Inhalt lesen kann. Aufgrund der verwendeten Technologie mit einem öffentlichen und einem privatem Schlüssel

funktioniert der "Briefumschlag" erst dann, wenn er von vielen angewandt wird. Da PGP sogenannte Freeware ist, also kostenlos für alle, die wollen, zu beziehen ist, bringt es eigentlich die Grundvoraussetzungen mit, auf breite Akzeptanz der NetzteilnehmerInnen zu stoßen. So erklärt sich denn auch, daß PGP immer wieder zum Gegenmittel gegen Big Brother hochstilisiert wird. "Statt Verschwörungstheorie und Technikfeindlichkeit (...) eine Diskette mit dem Verschlüsselungsprogramm Pretty Good Privacy", heißt es hoffentlich selbstironisch auf dem Klappentext des 'Kleinen Abhörratgebers' (8).
Damit werden politische Probleme wiederum auf technische Probleme, die dazu noch einfach handlebar erscheinen, reduziert. Doch nicht allein das. Jeder und jedem wird eine Handlungsmaxime mit auf dem Weg gegeben à la "Tanke nicht bei Shell". So läßt sich ohne schlechtes Gewissen, ja sogar noch mit dem Ruch der aktiven Widerständigkeit, mitmachen, ohne sich grundlegende Fragen stellen zu müssen. Gerade bei PGP zeigt sich, daß viele politische Probleme teilweise unter den Tisch fallen, weil es keine technische Lösung gibt. Mensch denke an die Daten- und Profilsammlungen, die auch schon im Internet gang und gäbe sind. Diese werden im Netz weit weniger problematisiert, weil eine Politik dagegen nicht auf technologischer Ebene möglich ist. Zum anderen wird auch von der technikzentrierten Linken über all dem vergessen, daß ein schützender Briefumschlag gegen staatliche Schnüffelei zwar eine notwendige, aber bei weitem nicht ausreichende emanzipatorische Forderung ist. Stattdessen sollte über Strategien nachgedacht werden, wie außerhalb (und vielleicht zum Teil auch innerhalb) des "Cyberspace" der Widerstand organisiert werden kann, der sich nicht (oder nur zum kleinen Teil) von der Technik abhängig macht.



Analog ist besser!

Politische Netze, wie das /CL-Netz, aber auch die Räume der "Boheme" im Internet, sollten als das begriffen werden, was sie leisten können und die Mythen, die darüber hinausgehen begraben werden. Gruppen und Einzelnen können sie als Veröffentlichungsmöglichkeit dienen und somit so etwas wie eine große links-pluralistische Zeitung sein, aus der jedeR UserIn das herausgreift, was sie interessiert.
Außerdem läßt sich eine netzspezifische Kampagnenpolitik durchführen, wie "Gegen Zensur - für die radikal im Netz". Dies ist aber durchaus zweischneidig. Sie schafft einerseits eine Teil-Öffentlichkeit für diese "Skandale" und bringt sie damit zum Teil auch in die bürgerliche Öffentlichkeit. Andererseits knüpft eine solche Kampagnenpolitik wiederum an Netz-Mythen an ("Zensur ist ein Fehler"), und schafft es kaum, die Inhalte außerhalb der Netzgrenzen zu artikulieren. So wird die Skandalisierung oft an dem eher Formalen (So was tut man nicht im Netz), als an den Inhalten linker Politik (und ihrer Kriminalisierung) betrieben.
Allgemeiner: Ein politischer Umgang mit den Netzen würde voraussetzen, immer wieder zu überprüfen, ob der individuelle, aber auch politische Nutzen des Werkzeugs Computernetz die Kosten übersteigt, wo Technikfaszination sich unreflektiert durchsetzt und Stichworte, wie "weltweit", "virtueller Widerstand", "Aufhebung der Sender-Empfänger-Relation", "freier Informationsfluß", usw. mit ihrem Nimbus stichhaltige Vorbehalte außer Kraft setzen.
Was bleibt ist die Forderung nach einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Netzen und dem Wie und Ob einer linken Praxis darin - und die darf auf keinen Fall der Technikfraktion vorbehalten bleiben und das heißt unter den gegenwärtigen Bedingungen: Analog ist besser!

Wir danken Bodo P. für Mithilfe.

Anmerkungen:
1) /CL-Netz meint das ComLink-Netz, Postadresse: Com Link e.V.-Internet Host, Im Moore 26, 30167 Hannover.
2) Graphic, Visualization & Usability Center's (GVU)
3) die im folgenden zitierte Texte findet sich im Internet unter http://www.nadir.org/Gruppen/ifghh/vorstellung.html
4) http://www.nadir.org/NA/WebEntry/arc-de.html
5) aus der Selbstdarstellung
6) http://www.nadir.org/NA/WebEntry/links-info.html
7) Critical Art Ensemble: The Electronic Disturbance. Autonomedia. New York 1994.
8) AutorInnenkollektiv Keine Panik (Hg.): Der kleine Abhörratgeber. Computernetze, Telefone, Kameras, Richtmikrofone. Edition ID-Archiv, Berlin 1994.

Thomas Hanke und Heinz Becker befassen sich seit längerer Zeit mit Mailboxen und Internet. Sie leben in Frankfurt/M.

Interview mit Brigitta Huhnke

Aufgepumpte Männlichkeiten und respektlose Frauen

Macht, Medien und Geschlecht

Brigitta Huhnke veröffentlichte 1996 ihr Buch „Macht, Medien und Geschlecht", in der sie 15 Jahre Berichterstattungspraxis von vier Zeitungen, „dpa", „Die Tageszeitung", „Die Zeit" und „Der Spiegel" wissenschaftlich untersucht. Sie kommt zu dem Schluß, daß eine männliche Dominanzkultur die Ausgrenzung weiblicher Partizipationsinteressen produziert und reproduziert, in der Frauen als das „Andersartige", als Abweichungen vom Normkonzept Mann positioniert sind. Detailreich weist sie die Herstellungsverfahren der Macht- und Medieneliten nach, nämlich wie vielfältige Formen der Konsensmanipulationen sprachlich erzeugt werden, mit dem Ziel, strukturelle Machtdisparitäten zu latenten Konflikten umzuformulieren. Ebenso stellt sie fest, daß Frauen-Realitäten oftmals nur als mühsam zu rekonstruierender Subtext auftauchen.

Wie und wo würdest du dich politisch verorten?

Eine grundsätzliche Trennung zwischen Wissenschaft oder Arbeit und sogenanntem (politischem) Leben kann ich nicht treffen. Derzeit identifiziere ich mich stark mit meiner Forschung über „Ausgrenzungs-Diskurse. Den nachhaltigsten Erkenntnisschub hat mir natürlich der Feminismus gegeben, weil dieser Zugriff auf Gesellschaft und Individuum zunächst einmal alle traditionellen Kategorien des wissenschaftlichen Denkens revolutioniert hat. Mit diesen Erfahrungen konnte ich mir auch die notwendigen wissenschaftlichen Fragen für die Anti-Rassismusbewegung erschließen, in der ich mich seit Anfang der neunziger Jahre engagiere. In beiden Bereichen bin ich teilweise auf Formen von faschistoiden Männerphantasien gestoßen, über Krieg, Tod, sexuellem Sadismus und auf bestimmte Formen von Haß gegen das Andere, die mich nun auf die Nachkriegsgeschichte verweisen. Heute würde ich meinen Untersuchungsbereich „patriarchale Verdrängungspolitik" nennen. Diese zu analysieren tut dringend not. Insbesondere im Nachkriegsantisemitismus liegt ein wichtiger Schlüssel, um zu verstehen, warum unsere demokratische Kultur noch immer so schwach ausgeprägt ist. Meiner Meinung nach kann diese Auseinandersetzung auch zeigen, wo zumindest einige Ursachen für unsere kollektiven Deformationen als Subjekte liegen. Zur Zeit interessieren mich deshalb die neuesten feministischen bzw. genderkritischen Veröffentlichungen weniger als die Bücher von Primo Levi, der für mich in bisher nie erfahrener Weise beschreibt, wozu unsere Väter und Großväter fähig waren und andererseits wie humanistisches Denken und Fühlen gelebt werden könnte.

Wie würdest du die aktuelle gesellschaftspolitische Situation insbesondere für Frauen einschätzen?

Wahrscheinlich war die Situation für Frauen in den letzten 30 Jahren noch nie so prekär wie heute. Das Zurückschlagen der Konservativen ist ja noch irgendwie systemimmanent nachvollziehbar. Doch die eigentliche Rache für die zweite Frauenbewegung kommt seit ein paar Jahren von männlichen Ex-Linken. In diesem Fall schlägt Geschlecht eindeutig Klasse. Nehmen wir dafür den modischen Sprachimport „political correctness". Mit diesem Schlagwort prügelt der rechte mit dem linken Stammtischbruder vorzugsweise auf Feministinnen ein, was das Zeug hält. Die „taz" ist neben den Rechtsgazetten „FAZ" und „Spiegel" dafür eine wahre Fundgrube. Doch dieser misogyne Haß macht auch vor der „konkret" nicht halt. In der Februarnummer 1998 mokiert sich dort Karl Pawek dermaßen über die „sexual correctness", der Feministinnen und die von ihm ausgemachten Penetrier- und Pornographieverbote, daß er in seinem Wahn nicht davor zurückschreckt, mit den beliebtesten „pc" Opfergeschichten weißer Männer und rechten Ikonen in den USA zu „argumentieren". Der Punkt ist nicht, daß der gute Mann hier offentsichtlich ausgeklinkt ist. Warum sein Geschreibsel aber nicht als Groteske erkannt wird, verweist auf kollektive Ausgrenzungsobsessionen. Diskursiv verschränkt sich mit den Fahnen nach „pc" seit Jahren auch die Jagd auf die sogenannten „Gutmenschen". Das ist im halb intellektuellen Millieu genauso schick, wie die zunehmend antisemitischen Untertöne, nationales Raunen, das laute Empören über Moral sowie die Glorifizierung des „Bösen". Also nicht nur die traditionelle Rechte von Kohl bis Nölle will die alten Geschlechterverhältnisse restaurieren. Weitaus bedenklicher ist der Extremismus der Mitte, das Überlaufen der Söhne zu den Seelenmustern ihrer Väter und das Anbeten von Thomas Hobbes.

Nun zu deinem Buch: Eine so detailreiche wissenschaftliche Nachweisarbeit über die Herstellungsverfahren der Macht- und Medieneliten kann mit Genugtuung von Feministinnen zur Kenntnis genommen werden, weil es vielfach der alltagsweltlichen Erfahrung und Einschätzung von Frauen entspricht, daß Frauen und

frauenpolitische Themen in den Printmedien oft nur als Randbemerkungen auftauchen oder in diffamierender und diskriminierender Form dargestellt werden. Was muß aber geschehen, daß sich an diesen Verhältnissen grundlegend etwas verändert?

Die Suche nach einem utopischen Ziel halte ich für falsch. Gerade in diesen Zeiten müssen wir genau hinschauen, wie die Verhältnisse funktionieren. Wir haben in den siebziger Jahren als Frauen damit angefangen, uns als Opfer der Männergesellschaft zu positionieren. Das war historisch auch in Ordnung, weil wir so gelernt haben, unsere privaten Qualen als gesellschaftlich verursachte zu begreifen. Deshalb haben wir uns mit der Parole „Das Private ist politisch" stark gemacht. Leider haben wir dabei irgendwie die „richtige" Politik fast vergessen und uns so selbst ein bißchen ins Aus manövriert. Es ist kein Zufall, daß die feministische Forschung insbesondere in der Politikwissenschaft erst in den Anfängen steckt, etwa im Vergleich zur feministischen Literaturwissenschaft oder auch zur Alltagsgeschichte, wo es ja vorrangig um das Private geht. Wir müssen uns heute stärker auf die Männerbünde in den Machtzentren konzentrieren und dort das irrationale Treiben dekonstruieren. Neben der Politik gehören auch ganz besonders die Universitäten dazu. In diesen Zentren, von denen immer noch im starken Maße Definitions- und Deutungsmacht ausgehen, herrschen Männer nach wie vor mit einem geschlechtlichen Reinheitsgrad, der nur noch vom katholischen Klerus überboten wird.
Ich glaube wir brauchen so etwas wie eine zweite Aufklärung. Werte wie Objektivität, Wahrheit, Geschlecht, Sexualität und Kultur sind seit Jahrhunderten vom weißen Mann definiert und mit einem instrumentellen Rationalismus begründet worden. Wir müssen an Vernunftsvorstellungen arbeiten, die den ganzen Menschen erfassen und Differenz als positiven Ausgangspunkt stehen lassen. Das ist nicht neu, nur müssen wir es tun. Vielleicht kommen wir so endlich zur Geschwisterlichkeit. Bewältigen müssen wir schließlich so „traditionelle" politische Aufgaben wie soziale Gerechtigkeit und Frieden. Wir müssen uns das also alles neu anschauen, aber unsere Denkweisen und Organisationsweisen weiterentwickeln.

Ist es wirklich so, daß die eingeschlechtlichen Machtstrukturen in Politik und Gesellschaft, die sich (m. E. nur scheinbar) rational nicht rechtfertigen lassen, brüchig werden, wie es Heide Pfarr im Vorwort deines Buches schreibt? (Stichwort: patriarchale Irrationalismen)

Wenn wir uns die positiven Normen des bürgerlichen Demokratiekonzepts wie „Gleichheit" und „Freiheit" anschauen, dann ist die Ausgrenzung von ganzen Bevölkerungsgruppen natürlich nicht begründbar. Die „Brüderlichkeit" allerdings sorgte schon immer für Einäugigkeit. Natürlich sind die Ursachen für den zunehmenden Irrationalismus deutscher Männer vielfältig. Ein wesentlicher Grund scheint mir aber darin zu liegen, daß ihre eigenen Konzepte von Männlichkeit gegenwärtig völlig brüchig sind, weil sie das komplementäre für ihre patriarchalen Wunschvorstellungen nicht mehr bekommen. Sie können den Frauen zwar soziale und ökonomische Rechte wieder beschneiden. Aber im privaten Bereich, da klappt es eben nicht mehr so mit den patriarchalen Größenphantasien. Die Frauen halten sich nicht mehr als Siegel zur Verfügung, ihre Demut ist zu Ende. Insofern hat die Frauenbewegung bis ins letzte deutsche Dorf Erfolg gehabt.

Wie hoch das Niveau einer demokratischen Streitkultur entwickelt wäre, richte sich nicht nur nach den Trägern der Zivilgesellschaft (Habermas), sondern vor allem nach den Chancen ihrer Trägerinnen auf Werte und Themen in öffentlichen Diskursen Einfluß zu nehmen, so schreibst du in Deinem Buch. Aber ebenso verweist Du an anderer Stelle auf die seit Mitte der 90er Jahre zunehmenden Verteilungskämpfe, verursacht durch politische, ökonomische und ökologische Krisen. Diese würden den privilegierten Status der Männer zunehmend bedrohen. Insofern kommst zu dem Schluß, daß männliche Akteure der Eliten weniger ein Interesse an fortschreitenden Emanzipationsprozessen von Frauen haben. Erstaunlich finde ich, daß Du dennoch zu der Feststellung gelangst, daß ein liberales Grundklima unverzichtbarer Nährboden für frauenpolitische Themen und demokratische Streitkultur wäre? Kannst du das ausführen?

Ich bin Realistin. Schauen wir uns die letzten dreißig Jahre doch an. In den siebziger und auch noch teilweise in den achtzigerJahren konnten wir uns - also die Linke allgemein - viel mehr Gehör verschaffen, weil „oben" zumindest die Bereitschaft zur Reform bestand, wie halbherzig das auch immer war. In diesen erzkonservativen Zeiten ist doch nahezu alles verstummt und jeder macht irgendwie mit beim Stillhalten. Dieser Zustand hat sich in den letzten vier, fünf Jahren noch dramatisch verschärft. Die deutsche Gesellschaft ist nun mal obrigkeitshörig, auch viele von uns sind es. Mut gehört nicht zu unseren Tugenden, wie die Geschichte schmerzlich zeigt. Es wird sich erst wieder was tun, wenn wir endlich den politischen Wechsel herbeiführen. Dann haben wir einfach mehr Luft zum Atmen.

Wie lassen sich aber diese interessengebundenen hegemonial-männlichen Wirklichkeitskonstrukte, die sich in diesen Zeitungen als Ergebnisse Deiner Arbeit wiederspiegeln für Frauen durchbrechen, zurückdrängen?

Natürlich bin auch ich im Moment skeptisch. Wenn ich jetzt vorschlage, Frauen müssen in die Gewerkschaften, in die Parteien, dann klingt das vielleicht platt, aber andererseits haben wir keine andere Wahl, als uns auch in die vorfindlichen Strukturen einzumischen, dort die Männerbünde zu desavonieren, mit der Hoffnung etwas zu verändern. Und es gibt in allen Parteien auch gute Frauen. Die Kraft haben natürlich nicht alle. Aber es bleibt uns auch unbenommen, unsere eigene Netzwerkkultur wieder zu aktivieren. Vielleicht sollten wir das heute nicht tun, um abstrakte Ideen zu verwirklichen, sondern um konkret andere Formen des politischen Lebens zu probieren. Das funktioniert nur, wenn wir dabei nach dem kleinsten möglichen gemeinsamen Nenner mit den Anderen suchen. Das setzt aber auch die Bereitschaft voraus, als Individuen zu schauen, welche Deformationen wir in uns tragen, die in uns immer wieder negative Affekte wie Konkurrenz und Egoismus mobilisieren. Da müssen nicht nur die Männer lernen. Richard Sennett, ein Weggefährte von Michel Foucault nennt das „ein Leben in Fragmenten" anzuerkennen, den „Unterschied als Fakten sowohl des sozialen als auch des moralischen Lebens zu akzeptieren und zu verstehen, welche Konsequenzen das haben

könnte." Das kann auch Zufriedenheit und Spaß bringen.

Noch funktioniert die Macht der Männerbünde in der durch diese definierten öffentlichen Sphäre. An der medialen Spitze der Bewegung der Remaskulinisierung stehen Blätter wie "Der Spiegel", "Bild", aber auch "Stern" und "Focus". Du zitierst die Politologin Eva Kreisky, die Männerbünde wären "in ihrem wahren Kern ein Kampfprogramm gegen Ängste". Du forderst, die sozialpsychologische Mentalitätsgeschichte des deutschen Mannes aufzudecken, um tiefer in die Analyse medialer Repräsentationen vordringen zu können. Kannst Du das ausführen.

Wenn wir lernen uns wirklich in der Differenz zu begreifen, dann heißt dies nicht, den politischen Gegner mit seinem Handeln zu akzeptieren. Wir müssen deren Macht- und Angstsysteme als Ganzes erfassen, aber auch schauen, wo wir darin verstrickt sind. Sie agieren weitgehend mit Formen der Manipulation. Die Männer von „Bild", „Spiegel" oder „Focus" erzählen ihren Lesern nicht, die Frauen müssen wieder ins Heim und an den Herd. Das Glauben sie auch nicht einmal. Sie diffamieren statt dessen die Leistungen von Frauen, um sich zu erhöhen. Diese Subtexte müssen wir entschlüsseln, um an den irrationalen Gehalt und die latente Gewalttätigkeit solcher emotionalen Befindlichkeiten zu kommen, auf den diese Medienerzählungen referieren. Die Dekonstruktion der aufgepumpten Männlichkeit, zeigt doch letztlich ihre ganze Lächerlichkeit, vor der wir keinerlei Respekt haben müssen. Dann fällt es uns auch leichter, wieder bei der politischen Kernerarbeit mitzumischen.

Zur Biographie:
Nach einem Lehrerinnenstudium in den frühen achtziger Jahren in der Frauenforschung und Lehre tätig. Bis Anfang der neunziger Jahre Journalistin. Mit einer Promotion über Macht, Medien und Geschlecht, Rückkehr in die Wissenschaft und Lehre. Aktiv in der wissenschaftlichen Anti-Rassismusbewegung. Demnächst erscheint eine Untersuchung über "political correctness. Ein Mantra der Remaskulinisierung" sowie eine Studie über die Vermittlung des Bundespräsidentschaftswahlkampf von 1994 im deutschen Fernsehen.

Sehr zu empfehlen ist das Buch: Brigitta Huhnke: "Macht Medien und Geschlecht. Eine Fallstudie zur Berichterstattungspraxis der dpa, der taz, sowie der Wochenzeitungen Die Zeit und Der Spiegel von 1980 - 1995". Westdeutscher Verlag, 1996

Das Interview führte Iris Bockermann.



Interview mit Viraj vom Internationalen Menschenrechtsverein in Bremen

"Du kannst nichts vernetzen, was nicht auch im wirklichen Leben vernetzt ist."

Der Internationale Menschenrechtsverein Bremen ist eine Organisation neuen Typs im Feld der antirassistischen und Flüchtlingsbewegung: als autonome, selbstorganisierte Dachorganisation von Flüchtlings- und Exilorganisationen und Einzelpersonen versucht der Menschenrechtsverein die verschiedenen Interessen zusammenzubringen und eine solidarische Einheit zu befördern. Bislang sind tamilische, kurdische und türkische Gruppen vertreten, Flüchtlinge aus Togo und anderen afrikanischen Ländern; mit weiteren Gruppen besteht eine enge Zusammenarbeit. Der Menschenrechtsverein hat seine Homepage auf dem Server der Internationalen Stadt Bremen und benutzt das Internet inzwischen als selbstverständliches Instrument vieler politischer Aktionen. Viraj gehört zu den Mitbegründern und aktiven Mitgliedern des Menschenrechtsverein.

Welche Auswirkungen hat das Internet auf die weltweiten Machtverhältnisse?

Insgesamt sind die Auswirkungen mit Sicherheit negativ. Das Internet macht die Mächtigen noch mächtiger und die Reichen noch reicher. Das ist gar keine Frage.
Die Leute denken immer, das Internet wäre einfach eine Folge der technischen Entwicklung - der Erfindung hinreichend leistungsfähiger Prozessoren etwa. Aber das ist eine Täuschung. Es ist genauso falsch wie die Idee, der Übergang zum Kapitalismus in England sei eine Folge der technischen Erfindungen gewesen. In Wirklichkeit gab es die technischen Erfindungen schon lange vorher. Was fehlte, war Kapital und die politische, soziale und ökonomische Infrastruktur; und den tatsächlichen Auslöser gaben die Zerstörung Indiens und der Sklavenhandel. Das war die Basis der Entwicklung, nicht die technischen Erfindungen. Und genauso ist es mit dem Internet. Die technischen Möglichkeiten gab es schon vorher, aber die Basis dafür fehlte. Dafür waren andere Voraussetzungen maßgeblich. Die weltweite Öffnung und Expansion des Internet hatte zum Beispiel viel mit dem Untergang der Sowjetunion zu tun. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges hätte sich das Internet nicht so entwickeln können; das wäre viel zu gefährlich gewesen. Es kann ja von jedem anderen genauso benutzt werden. Während des Golfkriegs benutzte Saddam Husseins Armee das Internet, um zu kommunizieren. Ihre eigenen Kommunikationssysteme waren nämlich zerstört. Erst der weltweite Sieg des Kapitalismus, der Sieg des Westens, machte das Internet für den Kapitalismus sicher.
Ökonomisch betrachtet, wird das Internet attraktiv durch die ökonomische Krise. Wenn die Profitraten sinken, wird das Internet ein sehr nützliches Werkzeug, weil es die Zirkulation des Kapitals enorm beschleunigt. Man kann kaufen und verkaufen, investieren und sich zurückziehen innerhalb von Sekunden, und das ist für die momentane Entwicklung des Kapitalismus sehr bedeutsam. Man kann das Ganze auch unter dem Aspekt der Akkumulation verdinglichter Arbeit betrachten: der Arbeit, die in diesen Mikrochips und den Anlagen steckt, die sich wiederum in den Händen einiger weniger befinden; der Creme de la Creme des Kapitalismus sozusagen.

Trotzdem seid ihr eine Organisation, die das Internet stark nutzt.

Sicher, wenn man mich so reden hört, müßte ich eigentlich komplett gegen das Internet sein. Aber das Internet ist nun mal da. Man kann entweder versuchen, es zu zerstören - was eine ernstzunehmende Option ist, die ich gar nicht von vorneherein ablehnen würde. Wenn man es aber nicht zer-

stören kann, wenn das nicht durchführbar ist, dann muß man es wenigstens benutzen. Man muß es so gut nutzen, wie das Kapital es nutzt - was man natürlich nicht kann, aber man kann sich anstrengen.

Politische Gruppen und soziale Bewegungen sollten das Internet also für ihre Bedürfnisse nutzen?

Genau das. Das Internet hat bestimmte Eigenschaften, die sehr nützlich sind; gerade für Gruppen wie die Flüchtlinge. Die Flüchtlinge stehen immer in Verbindung mit ihren Heimatländern, und die Kommunikation mit ihren Heimatländern ist normalerweise grauenhaft teuer. Wirklich unvorstellbar teuer. Das Internet bietet eine Möglichkeit, diese Kosten massiv zu reduzieren, was gerade für die Flüchtlinge extrem wichtig ist. Das Internet ist mit Sicherheit kein Instrument, um die Massen gegen das herrschende System zu mobilisieren. Aber es ist ein Instrument, ein Hilfsmittel, um bestimmte Informationen an die Leute weiterzuleiten, die mit dem Internet arbeiten - also die Intellektuellen. Das Internet kann ein Sprungbrett sein, um Informationen in das weltweite Mediensystem einzuschleusen.
Das bedeutet nicht, daß es dort keine Widerstände dagegen gäbe, über soziale Kämpfe und die wirklichen Auseinandersetzungen zu berichten. Der Widerstand gegen solche Informationen ist nun mal politische Realität. Aber das Internet bietet uns, technisch gesehen, eine sehr elegante, einfache und billige Möglichkeit, diese Informationen überhaupt verfügbar zu machen. Wenn jemand einen Artikel über Sri Lanka schreibt, weil dort eine Bombe hochgegangen ist, dann setzt er oder sie sich ans Internet und holt sich *BBC*, *CNN*, *Reuter*, und die sagen alle dasselbe. Dann sieht er: oh, da sagt jemand etwas ganz anderes dazu, und mit ein paar Clicks ist er dort, zum Beispiel beim *Tamil Network*. Sogar *CNN* verweist manchmal auf das *Tamil Network*.
Wenn jemand diese Information dann nicht benutzen will, kann man nichts machen. Aber für jemand, der sie vielleicht benutzt, wäre es ohne das Internet äußerst kompliziert und zeitraubend, sie zu bekommen. Wir können das Internet benutzen um Menschen, die normalerweise keine Stimme haben, überall auf der Welt zumindest hörbar zu machen.

Spricht dagegen nicht, daß gerade Länder der Dritten Welt über vergleichsweise wenig Computer verfügen, daß sie weniger Server haben, usw.?

Eigentlich nicht. Sicher, es ist oft kompliziert, aber es ist viel einfacher als früher. Alles was man braucht, ist ein Telefon, ein 08/15-Computer, und ein Modem. Und all das muß man nicht einmal haben, es genügt, wenn man sich irgendwo in eine Uni schleicht. Man braucht nur das Passwort und die e-mail-Adresse, und man kann die Information überall hin bringen, für praktisch gar kein Geld - zum Preis eines örtlichen Telefonanrufs. Man kann wirklich brisante Informationen auf einfachste Weise übermitteln - Fotos, Text, Tonbandaufnahmen, alles.

Zumindest die Universitäten haben also überall auf der Welt Zugang zum Internet?

Im allgemeinen ja. Und auch in der Dritten Welt gibt es Internet Cafés. Da geht die örtliche Mittelschicht hin, und wenn du ein bißchen Geld hast, kannst du auch dort hingehen, mit einem Computer spielen, und zapp! plötzlich eine e-mail absenden, die viele Aktionen auslösen wird. Wir haben



in den letzten Monat so gearbeitet, und vieles dadurch erreicht.

Wie sieht die Internet-Nutzung des Menschenrechtsvereins aus? Welche Erfahrung habt ihr gemacht?

Am Anfang waren wir ganz aus dem Häuschen über die neuen Möglichkeiten. Wir stellten uns eine Weltkarte vor, auf unserer Homepage, wo man auf jedes einzelne Land draufklicken könnte und Informationen bekommt über die sozialen Kämpfe, die anti-imperialistischen Auseinandersetzungen in diesen Ländern. Wir wollten Links zu all diesen Kräften haben. Das war ein großartiger Plan.
Die Weltkarte haben wir wirklich auf unserer Homepage, aber es gibt natürlich auch Schwierigkeiten. Das geht mit dem Zeitfaktor los, mit der begrenzten Anzahl von Leuten, die unsere Webside in Gang halten müssen, die dafür sorgen, daß sie aktuell, attraktiv, schnell ist. Wir haben einfach nicht genug Leute, die das machen.
Das wirkt sich auf die Art unserer Internet-Nutzung aus. Wenn wir einen politischen "Notfall" haben, also etwa blitzartig gegen eine Abschiebung mobilisieren, dann nutzen wir das Internet sehr intensiv, um die Nachricht und die nötigen Informationen zu verbreiten. In allen Fällen, wo wir das hier in Bremen gemacht haben, war das sehr effektiv. Dadurch wurde aber unsere Webside natürlich nicht zu einem umfas-

senden Kompendium über alle möglichen sozialen Kämpfe in der Welt. Unsere Links entstehen, wenn es eine reale Auseinandersetzung zu führen gilt, aus der konkreten Aktion heraus.
Das ist zugegebenermaßen einseitig, aber ich bin gar nicht unglücklich darüber. Es gibt immer wieder Leute, die sagen: "He, wenn ich auf eurer Weltkarte dieses oder jenes Land anklicke, dann finde ich da gar nichts! Wieso?" Das liegt eben daran, daß unsere Hauptaktivität sich darauf richtet, konkrete Ergebnisse zu erzielen. Und ich finde das im Zweifelsfall besser, als einen großartigen Überblick über alles zu bieten, der aber gar nichts bewirkt. Man kann eben nicht alles haben.

Viele politische Gruppen oder politisch aufgeschlossene Leute sagen, daß ihnen das Internet nichts bringt: sie finden nichts, was sie brauchen, und niemand findet sie.

Aber die "unsichtbare Hand", die funktionierende Strukturen schafft, sind eben auch da die realen Kämpfe, die wirklichen Auseinandersetzungen. First the struggle, then the internet.

Die wichtigste Grenze kann man sich daran klarmachen, daß auch unsere politischen Gegner gerne zu unserer Webside kommen. Das Internet eignet sich nur für vollständig offene, klassisch demokratisch geführte Kämpfe.

Du kannst nichts vernetzen, was nicht auch im wirklichen Leben vernetzt ist. Ohne das ist das Ganze nur ein Spielzeug. Ein hübsches Spielzeug, das sehr eindrucksvoll aussieht, aber zu nichts gut ist. Das passiert einem natürlich ganz leicht. Erst ist man geblendet davon, dann wird man bestochen. Sie geben dir ein bißchen Geld, damit du irgendwelches multikulturelle Zeug ins Netz stellst, und alle sagen: "Schau mal, diese putzigen Flüchtlinge machen auch was im Internet! Ist doch gar nicht wahr, daß das nur unser Ding ist, was für Microsoft, was für die Reichen. Nein, auch die Armen tummeln sich im Internet!"
Also wie gesagt, das passiert einem ganz leicht. Und ich glaube, unsere Internet-Arbeit macht deshalb Sinn, weil wir hier in Bremen eben eine besondere Geschichte haben, weil es hier wirklich eine Reihe von Flüchtlingskämpfen gab, in denen eine neue Qualität von Zusammenarbeit gewachsen ist. Eine Einheit zwischen den verschiedenen Kämpfen. Und es ist diese Erfahrung, die wir mit dem Menschenrechtsverein fortführen wollen. Es ist eine Botschaft, die wir auch gerne an ander Orte exportieren möchten. Deshalb haben wir uns auch so für den Aktionsvorschlag der "Karawane" stark gemacht.

Habt ihr die Befürchtung, daß ihr zu mehr Kompromissen gezwungen seid, wenn euer Server tatsächlich groß und bekannt wird?

Das muß so nicht sein. Die Zapatisten zum Beispiel sind wirklich prominent im Netz, und ihre Websides sind trotzdem sehr ungeschminkt. Abhängigkeiten entstehen, wenn Organisationen, die im Netz aktiv sind, sich dafür eine große Infrastruktur leisten, mit Hauptamtlichen, die viel kostet. Das macht politische Kompromisse mit der Internet-Industrie unvermeidlich, und deshalb gibt es für Server wie Oneworld oder *APC* eben eine Grenze, wie weit sie gehen und wie weit nicht, obwohl *APC* immer noch eine gute Sache ist. Aber es zwingt dich ja niemand, so zu arbeiten, denn rein technisch gesehen ist es einfach und billig, eine Webside zu betreiben. Das Netz selbst ist sehr billig. Auch da gibt es Leute, die das Netz selbst ein Stück weit organisieren, die dafür sorgen, daß es keine regionalen oder technischen Engpässe gibt, sonst würde es nicht funktionieren. Diese Leute kennt man nicht, aber es gibt sie. Weil aber die Betriebskosten des Netzes auf alle NutzerInnen gleichmäßig verteilt sind, ist es ein unglaublich billiges Medium für politische Arbeit.

Wo siehst du die Grenzen dessen, was man mit dem Netz politisch machen kann und was nicht?

Die wichtigste Grenze kann man sich daran klarmachen, daß auch unsere politischen Gegner gerne zu unserer Webside kommen. Das Internet eignet sich nur für vollständig offene, klassisch demokratisch geführte Kämpfe. Wenn du etwas anderes machen willst, ist das Internet keine gute Idee. Sicher kannst du Nachrichten verschlüsseln, aber das funktioniert nie hundertprozentig. Das heißt aber auch, ich muß es nochmal betonen, daß der Stand der realen Auseinandersetzung die Grenze für die Arbeit mit dem Netz setzt. Wenn du über eine Abschiebung im Internet informierst, und du schaffst es nicht, sie wirklich zu verhindern, kann das für die betreffende Person sehr nachteilige Folgen haben. Du mußt also wissen, was du tust.

Macht das Internet andere Medien überflüssig?

Oh, ganz bestimmt nicht. Als wir die Solidaritätskampagne für Suresh durchgeführt haben, der aus Kanada nach Sri Lanka abgeschoben werden sollte, haben wir das Internet benutzt, um die Informationen zu verbreiten. Aber die Leute, die sich dann an der Kampagne beteiligten, haben Telegramme benutzt - eine echte Uralt-Technologie, aber das isst eben das Gute daran. Der kanadisch Premierminister war gerade auf Staatsbesuch in Brasilien, und wir schickten die Telegramme an den brasilianischen Präsidenten "zu Händen Ihres Gastes, des Premierministers von Kanada". Und dann geht eben der Postbote hin und bringt pro Stunde 2000 Telegramme da hin. Er klopft an die Tür des Präsidentenpalais und übergibt sie persönlich, denn das muß er bei Telegrammen. So kann man dem kanadischen Premier wirklich auf die Nerven gehen. Wenn du ihm stattdessen e-mails schickst, wird er einfach automatisch alle mails löschen lassen, in denen das Wort "Suresh" vorkommt, und es passiert gar nichts. Wir arbeiten also mit Low Tech genauso wie mit High Tech, je nachdem, was wir wollen. Wenn wir jemand Informationen übermitteln, von denen wir ganz sicher sein wollen, daß sie ankommen, dann gehen wir ans Fax. Ein Fax, das das erfolgreich übermittelt wurde, kommt auch an. Und du mußt nicht erst den PC anschalten, um es zu finden.

Interview und Übersetzung: Christoph Spehr

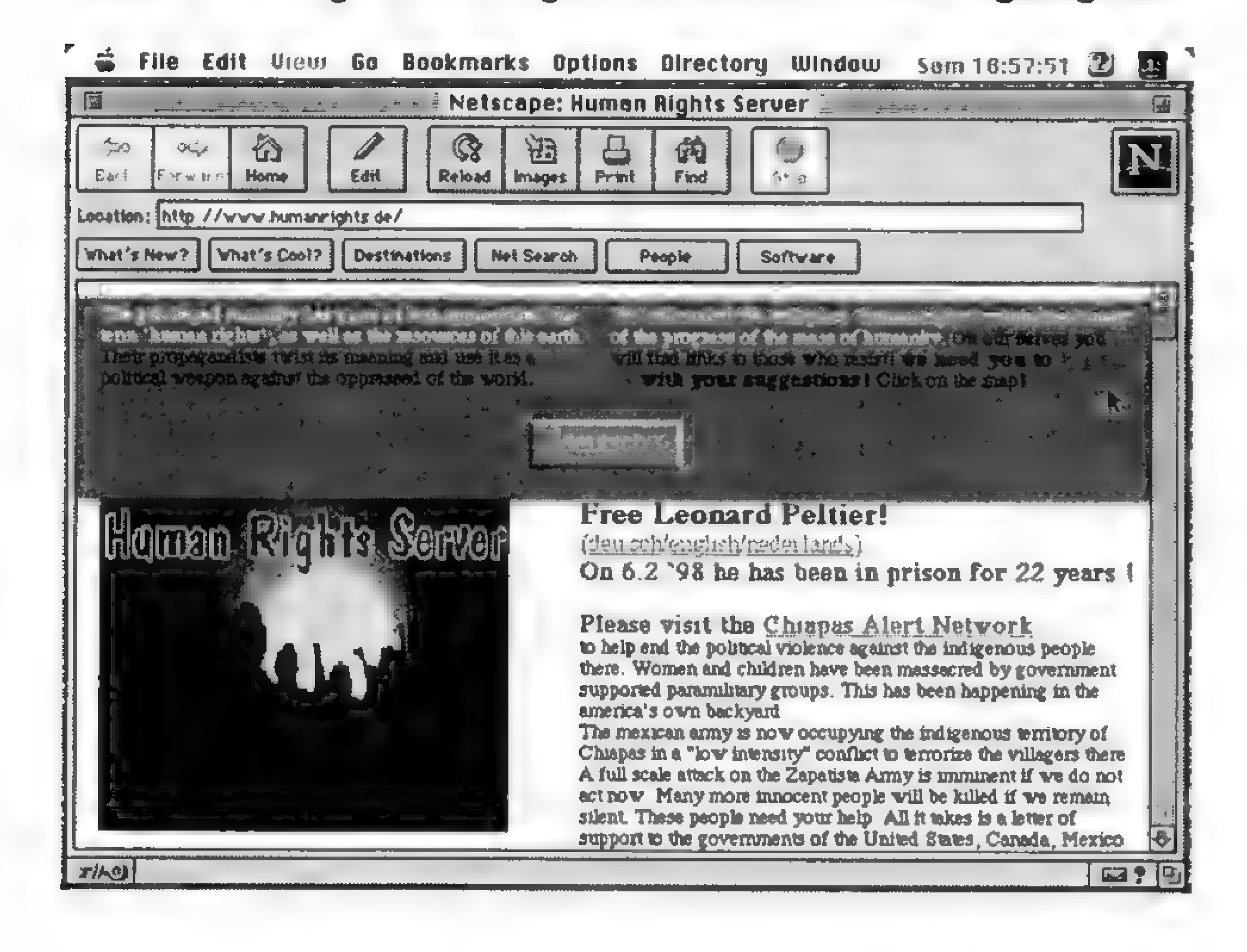
Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V.
Kornstr. 51, 28201 Bremen
Tel.: 0421/ 5577093
Fax: 0421/4987276
mail@humanrights.de
http://humanrights.de/~hra

A. Markovits/C. Spehr

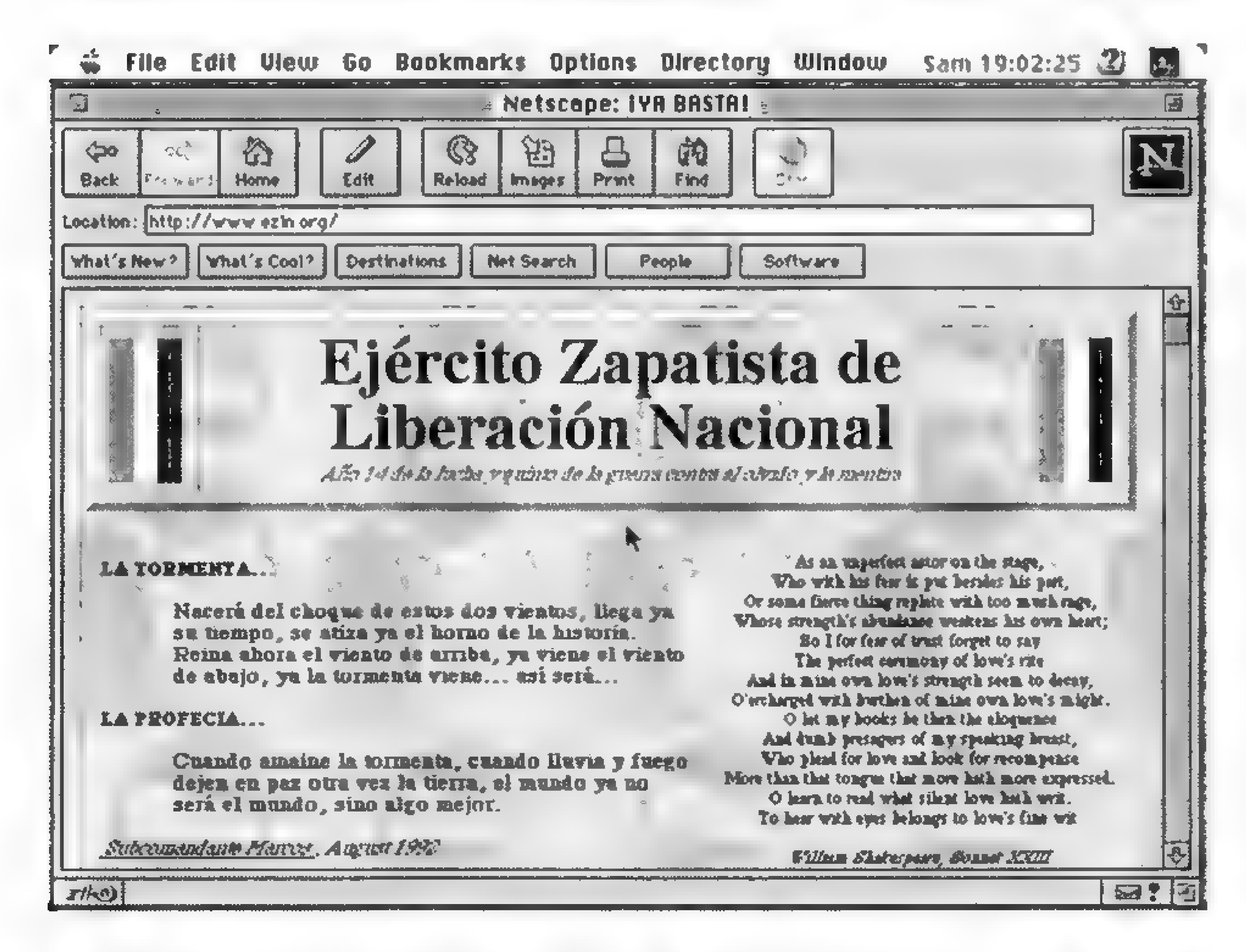
Guided Tour

Was den Frauenzeitschriften und dem *ZEIT-Magazin* die Rezeptseite, ist dem modernen politischen Buch und Artikel die Liste der Web-Adressen: die meisten funktionieren nicht, sind zu aufwendig, halten nicht was sie versprechen, oder sind von jemand abgeschrieben, der sie von jemand abgeschrieben hat, die sie von jemand abgeschrieben hat, der ... usw. Das wollen wir unseren LeserInnen selbstverständlich nicht zumuten, und so schnallen wir das Brett um zum Test-Surf.

Gleich vorweg: kein High-Tech-Gericht ohne geeignete



Küchenmaschine. Unterhalb eines Pentium 166 gilt für den Netsurf dasselbe, was für handgemachte Spaghetti ohne Nudelmaschine gilt: es geht schon, aber ... Deshalb lassen wir unseren eigenen Hobel gleich zu Hause und begeben uns standesgemäß ins Bremer *NetCafé*, und zwar vormittags, wo wenig los ist und wir uns nicht blamieren können. Angeregt durch die Lektüre dieser *alaska*, beginnen wir - flankiert von Kaffee, heißer Schokolade und Aschenbechern - gleich auf der Homepage des *Internationalen Menschenrechtsvereins*, **www.humanrights.de**. Wir klicken uns auf

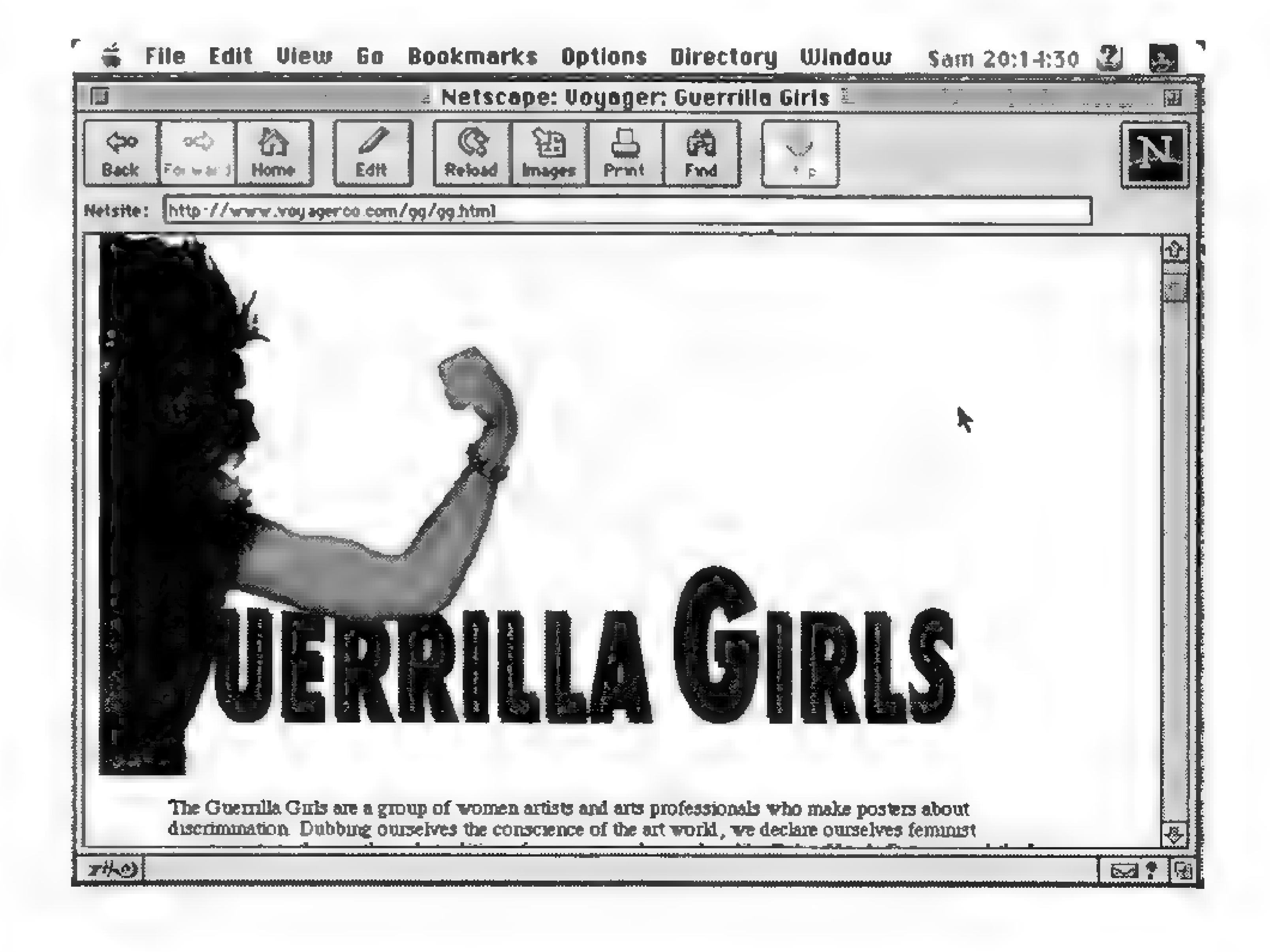


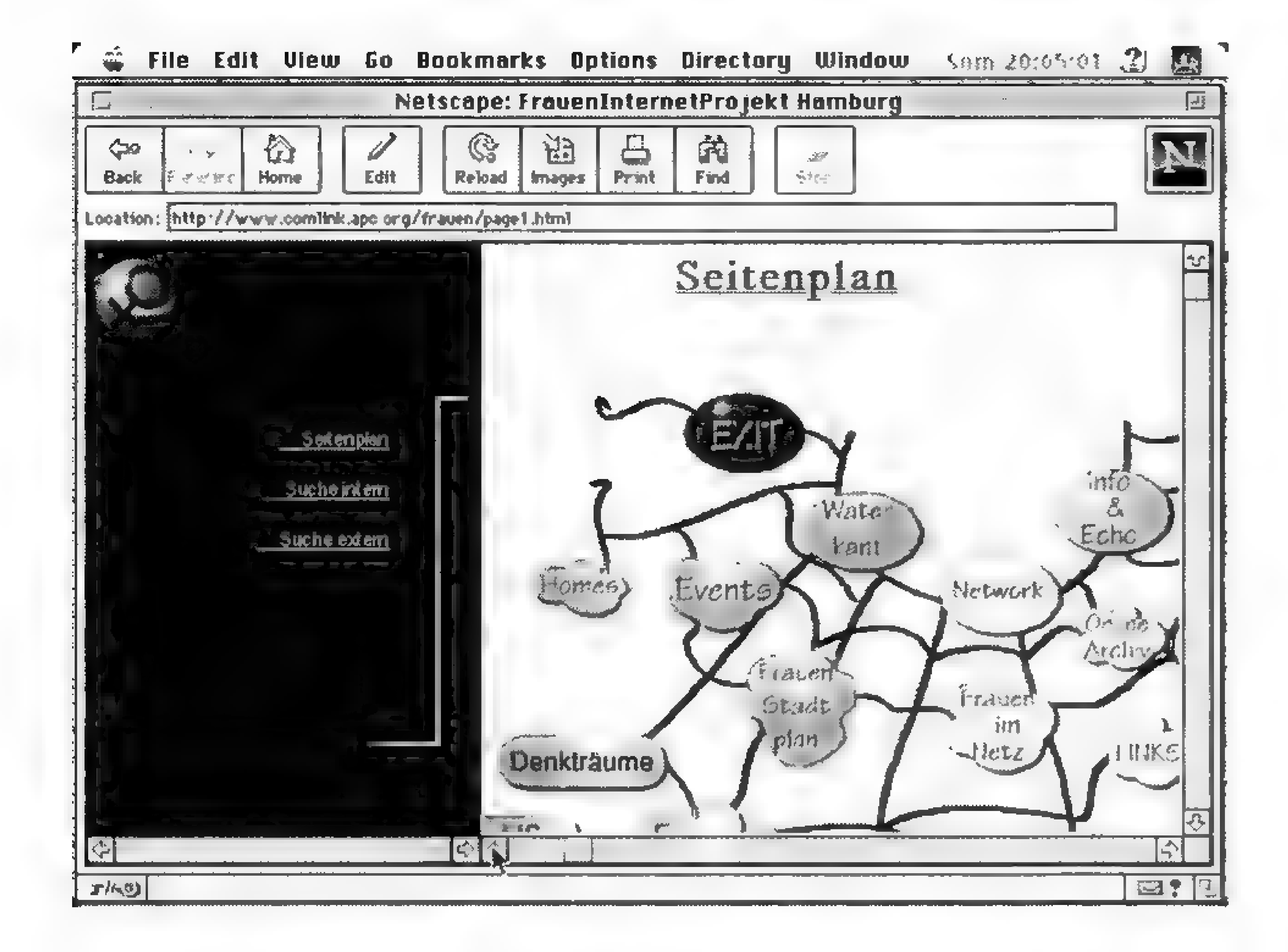
der Weltkarte nach Afrika und dann Südafrika und finden dort den Eintrag: "Keine Webside für Südafrika - du kannst eine erstellen, wenn du möchtest". Für andere Länder klappt's aber, nach Chiapas führen gleich ganz viele Wege: über Nordamerika und Mexico geht's auf die *EZLN*-Seite **www.ezln.org**; über Nordamerika und USA geht's zum *Native American Net* und von da zu den *Netwarriors*, **www.hookele.com/netwarriors**, die gleich mehrere brauchbare *EZLN*-links auflisten. Noch ein kurzer Abstecher in *Forth World Documentation Project*, auch ein link vom *Native American Net* aus, und wir sprechen den links des *Humanright*-Servers das anerkennende Prädikat aus: "Nich' schlecht füm Diesel".

Neuer Start, neues Glück: wir starten diesmal mit *APC*, **www.apc.org**, und wählen die Liste der Websides der deutschen Organisationen. Viel Altbekanntes von *BUND* bis *WEED*; wir entscheiden uns fürs Hamburger *FrauenInternetProjekt*, **www.comlink.apc.org/frauen/page1.html**. Das dauert ein bißchen, aber wir finden: So muß eine Homepage



aussehen! Besonders vorbildlich ist der "organische" Seitenplan, auf dem wir den Klecks mit der Aufschrift "links" aufrufen. Die sind wirklich sehr gut, wohlgeordnet, national wie international, von *Cybergrrl* bis *Women's Studies*. Wir machen einen Abstecher zu den *Guerilla Girls*, die sich auf dem amerikanischen *Voyager*-Server befinden, **www.voyagerco.com/gg/gg.html**, blättern durch ein paar Plakate und lassen's dann wieder.





Nun packen wir aber die *Kommunikationsguerilla* aus und versuchen unser Glück im Adressenteil. Hier wimmelt es plötzlich von Servern, zu denen wir keinen Kontakt kriegen, von Seiten, die ewig nicht kommen; schließlich stehen wir unsicher auf einer italienischen Webseite, die wir nicht lesen können und die uns auch keine Antwort gibt auf die Frage: Was will ich hier?
Irgendwie ist die Zeit flott verrauscht, und wir wollen nicht gehen, ohne die *BUKO*-Seite gesehen zu haben. Aber wie heißt die bloß? Eine Suche in der Suchmaschine *Lycos*, **www.lycos.de**, bringt uns nicht weiter; wir finden die *BUKO-Pharma*-Seite, wollen nicht spenden, und gehen wieder. Wir versuchen's mit einem Webcrawler und unter dem Suchwort "Rüstungsexport" finden wir als ersten Eintrag die *BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport"*, Respekt. Auf deren Seite entdecken wir dann auch endlich ein Link zur *BUKO*-Homepage - nichts wie hin! Die befindet sich auf dem Server der *Kritischen Aktionäre*, **ourworld.compuserve.-com/homepages/critical_shareholders/buko.htm**, ist schnell geladen und - wow! Blei but not shy: die *BUKO*-Seite enthält die Selbstdarstellungen der Kampagnen und Arbeitsschwerpunkte, strikt bleiwüstig, aber: welch ein Lila, mit dem das Ganze unterlegt ist!
Leider gibt es da noch keine keine Vorstellung der *alaska*, sondern noch das *FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen* - so aktuell ist das Internet eben auch nicht.



Solidaritätserklärung für das Antirassismusbüro (ARAB) Bremen

Am 3. 12. 1997 wurde das ARAB zum wiederholten Mal von der Polizei durchsucht. Anlaß des jüngsten "staatlichen Überfalls" (taz HB 4.12.97) auf das ARAB waren dessen Aktionstage gegen rassistische Polizeigewalt im September. Gesucht wurden die VerfasserInnen von Plakaten und Flugblättern, in denen die in Bremen vorherrschende rassistische Kriminalitätsdebatte und der hier gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgeübte Polizeiterror benannt werden. Ermittelt wird wegen Beleidigung, Verleumdung u.a.
Wir erklären uns solidarisch mit dem ARAB und verurteilen die polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Verfolgung anti-rassistischer Arbeit auf das schärfste!
Das ARAB stellt sich konsequent auf die Seite rassistisch Verfolgter. Es organisiert Öffentlichkeit und Protest gegen Mißhandlungen von SchwarzafrikanerInnen auf dem 3. Polizeirevier und die schikanöse Brechmittelvergabe; es mobilisisiert gegen Abschiebungen von Flüchtlingen und unterstützt deren Proteste, wie den Hungerstreik im Lager Peenemünder Straße, wie Aktionen von BosnierInnen oder Flüchtlingen auf dem Lagerschiff „Embrica Marcel" für menschenwürdige Lebensbedingungen. Angesichts der herrschenden Zustände sind anti-rassistische Gegenwehr und Organisierung mehr als notwendig und wir fordern alle auf, sich daran zu beteiligen!
Seit einigen Jahren wird die Arbeit des ARAB durch kontinuierliche polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Schikanen angegriffen. Der Aufwand, den die Bremer Polizei dabei betreibt, kann nur bedeuten, daß es sich um eine gezielte Strategie handelt, um anti-rassistische Arbeit zu kriminalisieren. Jede Veröffentlichung wird aufs Korn genommen; selbst eine Veranstaltung von Richtern der ÖTV, zu der das ARAB eingeladen war, wurde von Staatsschutzbeamten observiert; auf Kundgebungen wurden Beamte gesichtet, die minutiös mitschrieben. Es hagelt Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren, wahlweise wegen Beleidigung, Volksverhetzung oder Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Allerdings mußte die Broschüre Polizisten, die zum Brechen reizen - die gegen die Brechmittelvergabe Stellung bezieht - nach ihrer Beschlagnahme wieder zurückgegeben werden. Dieses Verfahren endete mit Freispruch. Die Verschärfung von Gesetzen hält mit einer dermaßen hochmotivierten politischen Ermittlungstätigkeit noch nicht ganz Schritt. Es ist offensichtlich, daß es gar nicht um die angeführten Delikte geht, sondern darum, jegliche Kritik an rassistischen Maßnahmen, u.a. der Polizei, zu verbieten. Aber verändert werden muß nicht die Politik des ARAB, sondern die rassistische Praxis Bremer Behörden! Es muß Schluß sein mit den Versuchen, Kritik an rassistischen Strukturen und Tätlichkeiten zu verbieten! Es muß Schluß sein mit Brechmittelvergabe, Platz- und Beförderungsverboten, Abschiebungen, Sondergesetzen für "AusländerInnen", Schluß mit den Lagern! Bleiberecht für alle! Kein Mensch ist illegal!

Solidaritätsbündnis gegen die Kriminalisierung anti-rassistischer Arbeit; Bremen, 9.12.97

Diese Solidaritätserklärung wird unterstützt von:
- Bremen: 38 Organisationen, Gremien und Einzelpersonen - Berlin: BAOBAB Infoladen Eine Welt e.V.; Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz; Rote Hilfe e.V. OG Berlin - Göttingen: Autonome Antifa (M); Anti Atom Plenum; Antirassismus Plenum; EA Entengrütze; FLegS (Frauen/Lesben gegen Sozialabbau; Frauen/Lesben Café im Juzi; Frauen/Lesben Geschichtsgruppe; Gruppe Rock gegen Rechts; Mittelamerika Komitee; Projekt Zuflucht; Rechtshilfe Göre;VV des JuZi; Basisgruppe Orientalistik, Sozialistische Undogmatische MathematikerInnen u. PhysikerInnen Fachschaftsliste (SUMPF), Basisgruppe Jura, Fachschaftsräteversammlung (FSRV) alle Uni Göttingen - Hamburg: Antifa Fula; Buch- u. Infoladen Schwarzmarkt; Volxcafé Uni - Oldenburg: Redaktion Alhambra-Zeitung; Initiative für Offene Grenzen und gegen Sondergesetze; Viva Maria im Alhambra; HGAS (Hochschulgruppe ausländischer StudentInnen), Antirassistisches Demokratisierungskomitee, alternative Liste alle Carl-von-Ossietzky-Uni - Initiative GewerkschafterInnen gegen Rassismus u. Faschismus, Thüringen (Erfurt); Infobüro gegen Rassismus (Erlangen); Antifa; Beschallungskollektiv (Gronau); Netzwerk „Kein Mensch ist illegal" (Köln); Anarcho/a Antifa (Rheine); Mumia-Soli (Rheine), Antirassistische Gruppe Für Freies Fluten (Hanau)

Spendenkonto: Rote Hilfe; Postbank Hamburg; BLZ: 20010020; Ktonr.: 481912-206; Stichwort: ARAB-Soli (wichtig!)

Raúl Zelik

Gramsci, Volksmacht und kontinentale Befreiung

Die politischen Diskussionen in der kolumbianischen ELN seit 1980 bis heute

Obwohl Solidaritätsarbeit seit Ende der 60er Jahre einen ziemlich großen Raum in der BRD-Linken ausgemacht hat, ist über die politischen Debatten der Befreiungsbewegungen, auf die man sich bezog, oft erstaunlich wenig bekannt gewesen. Das lag zum einen Teil an der Mystifizierung der Trikont-Linken oder der letztendlich karitativen Neutralität zugunsten einer "zwischen die Fronten geratenen" Zivilbevölkerung durch Soli-Gruppen, zum anderen umgekehrt aber auch an der Ignoranz der Linken in anderen Ländern, für die sich Solidarität auf eine Einweg-Unterstützung reduzierte. Das hatte zwar mit der ursprünglichen Bedeutung von "Solidarität" (die die Verfolgung eines gemeinsamen materiellen Interesses voraussetzt) herzlich wenig zu tun, aber wurde mit dem Verweis auf "die völlig unterschiedlichen Verhältnisse" immer wieder von neuem praktiziert. Dadurch sind einem viele Enttäuschungen, aber eben auch manche erfreuliche Überraschung entgange. Bisweilen hätten die Debatten - zumindest der lateinamerikanischen Linken - auch für hier so manche wichtige Anregung geben können. Die gemeinsamen Projekte mit den Tupamaros 1989 ff (z.B. "Odranoel" im Verlag Libertäre Assoziation) haben das bewiesen. Weniger bekannt ist, daß auch in der kolumbianischen Linken, vor allem im Umfeld der ELN, in den 80er Jahre interessante Diskussionen über Poder Popular und Selbstverwaltungssozialismus geführt wurden.
Das ist der Hintergrund meiner Frage: Was waren das für Debatten und welche Auswirkungen hat die Durchsetzung des kapitalistischen Weltmarkts nach 1989 auf sie gehabt?

Eine kurze Geschichte der kolumbianischen Linken seit 1970

Die kolumbianische Linke erfuhr in den 70er Jahren wie auch anderswo eine recht seltsame Entwicklung: sie wuchs ohne größer zu werden. Einerseits schossen zwar ständig neue Parteien und Organisationen aus dem Boden, aber andererseits verwendete man einen Großteil der Energie darauf, sich zu spalten und gegenseitig zu bekämpfen. So entstanden bis 18 maoistische Parteien, ein halbes Dutzend trotzkistischer Tendenzen, 7 Guerillaorganisationen und mindestens weitere zwei Dutzend bewaffneter Kerne.
Die Auseinandersetzungsebene zwischen ihnen war alles andere als fruchtbar: Die Gruppen strotzten vor Sektarismus und Intoleranz, und gelegentlich wurden die Konflikte sogar bewaffnet ausgetragen.
Dennoch ging die Politisierung Ende der 70er Jahre weiter. Einerseits hatte der spontane Generalstreik 1977 unter Beweis gestellt, daß die zahllosen Parteigründungen nicht nur intellektuelle Luftblasen ohne Bodenhaftung waren, sondern mit sozialer Unruhe einhergingen. Zum anderen machte es die Präsenz sämtlicher internationaler Strömungen im Land möglich, daß man sich an höchst unterschiedlichen Diskursen schulte. Die im Vergleich zu Zentralamerika größere Bedeutung städtischer Mittelschichten und die Beibehaltung einer formal-demokratischen Verfassung (Kolumbien ist eins der wenigen lateinamerikanischen Länder, in den es in den 60er und 70ern keinen Millitärputsch gab) boten die Grundlage für eine manchmal selbstzerstörerische, aber lebendige Debatte. ...
In anderen "verstädterten" Ländern Lateinamerikas wie in Argentinien oder México war die politische Debatte sicherlich noch diversifizierter - so stammten auch viele der in Kolumbien zirkulierenden neu-linken Veröffentlichungen aus dem Ausland. Was die Situation in Kolumbien von anderen unterschied, war, daß in Folge des aus Zentralamerika herüberschwappenden revolutionären Enthusiasmus, viele der in den Diskussionen geschulten städtischen Linken in jenen Jahren aufs Land gingen, um Basisarbeit zu leisten. Und so konnte es dann auch geschehen, daß einem in einer Palmhütte in einem 1000-Seelendorf in der Savanne Luxemburg und Hegel erklärt wurde. Ähnlich wie in México, wo es eine Brücke von neulinken Diskursen in den chiapanekischen Dschungel gibt (von Marcos wird erzählt, daß er Ende der 70er in Italien Foucault und Kommunikationstheorien studiert und dabei auch die verschiedenen italienischen Bewegungen persönlich kennengelernt habe), verbanden sich auch in Kolumbien unterschiedliche Erfahrungen miteinander.
Das Zusammentreffen verschiedener Wahrnehmungen allein ist natürlich keine Garantie für die Herausbildung einer open-minded left, aber es ist zumindest (ebenso wie die Krise und die realen, sozialen Erfahrungen) eine notwendi-

ge Bedingung.
In der Folgezeit spitzte sich die innenpolitische Lage in Kolumbien deutlich zu. Nach spektakulären Aktionen der Guerilla, vor allem der M-19, die 1980 erfolgreich die Dominikanische Botschaft besetzte (die Aktion war das direkte Vorbild für die Besetzung der MRTA) und 1983 mit Florencia zum ersten Mal in der neueren kolumbianischen Geschichte eine Departamentalhauptstadt erobert, sah sich die kolumbianische Oligarchie zu einem Umdenken gezwungen.
1978-82 hatte der Präsident Turbay Ayala versucht, die Linke militärisch zu besiegen. Es gab Massenverhaftungen, die ersten Verschwundenen und eine Systematisierung der Folter. Dabei hatte er jedoch feststellen müssen, daß die Guerilla durch ihre damals schon 30-jährige Tradition zu verankert war, um wie im Cono Sur einfach militärisch ausradiert werden zu können. Außerdem fürchtete man das Herüberschwappen der zentralamerikanischen Revolte. So kam es zu dem strategischen Richtungswandel der Regierung. Unter dem neuen Präsidenten Betancur wurden die politischen Gefangenen, d.h. auch die der Guerilla, wurden entlassen, ein Waffenstillstand vereinbart und der Weg für linke Massenorganisationen zumindest scheinbar freigemacht.

Der Höhepunkt der politischen und sozialen Bewegung: Die 80er Jahre

Obwohl 1983/84 nur ein Teil der Guerillaorganisationen (FARC, M-19 und das maoistische EPL) das Waffenstillsstandsabkommen mit der Regierung Betancur unterzeichneten, nutzten alle wichtigen Strömungen die neuen Spielräume aus. KP, sozialdemokratische Gruppen und einige Ex-Guerilleros der FARC gründeten die Unión Patriótica, die damals knapp 10% der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Im Dunstkreis des EPL, das im Bananenanbaugebiet Urabá und unter den KaffeeplückerInnen große Bedeutung besaß, entstand die Frente Popular, die ebenfalls zahlreiche Bürgermeisterposten gewann, und die SympathisantInnen der M-19 verteilten sich auf mehrere regionale Bürgerbewegungen und kleine sozialdemokratische Gruppierungen.
Als interessanteste Formation entstand jedoch das Massenbündnis A Luchar, in dem sich völlig verschiedene radikale Basiskollektive - von ELN-SympathisantInnen, traditionellen GewerkschafterInnen über revolutionäre ChristInnen, TrotzkistInnen bzw. MaoistInnen bishin zu feministischen Gruppen - zusammenschlosen. Verbindender Moment dieser Organisation, die irgendwo auf halber Strecke zwischen sozialer Bewegung und politischer Partei lag, war, daß hier diejenigen Formationen zusammenkamen, die den Waffenstillstand mit der Oligarchie ablehnten und außerparlamentarische/ extrainstitutionelle Politik für zentral hielten.
Somit kamen Anfang der 80er Jahre außer der Öffnung mehrere interessante Prozesse zusammen, die die Gesellschaft zunächst einmal spürbar politisierten. Zum einen hatte die M-19 den Traditionalismus der alten Guerillaorganisationen FARC, ELN und EPL durchbrochen. Die M-19 war zwar keineswegs so undogmatisch, wie man im Ausland glaubte (politische Diskussionen wurden ebenso autoritär abgehandelt wie in anderen Organisationen), aber sie hatte die Aura des Kreativen und grenzte sich gleichermaßen gegen die leninistischen Dogmen von FARC und EPL wie gegen den Fokismus der ELN ab. Die M-19 verkörperte die Sehnsucht nach einem eigenen lateinamerikanischen Weg und die Möglichkeit des Umsturzes.
Dazu kam als zweites die Explosivität der neu entstehenden sozialen Basisbewegungen. Es gab keinen Sektor, der damals nicht von einer Aufbruchsstimmung erfaßt worden wäre: überall schossen Stadtteilkomitees aus dem Boden, die sich 1985 mit der Coordinadora Nacional de Movimientos Cívicos eine landesweite Struktur schafften; der radikale Flügel des Bauernverbandes ANUC erstarkte ebenso wie die nationale Indígena-Organisation ONIC, die gemeinsam zu Bauernprotesten mobilisierten; systemoppositionelle GewerkschafterInnen schlossen sich 1987 in einem neuen Dachverband, der CUT, zusammen, und schließlich vereinigten sich 1988 auch die christliche Basisgemeinden. Es bestand also allgemein ein kämpferisches Klima im Land.
Dies wiederum spiegelte sich in der Arbeit der verschiedenen Stiftungen, Dokumentationszentren und alternativen Medien wieder, die zwar als Einrichtungen oft einer der illegalen Organisationen nahestanden, aber dennoch als Brücken zwischen verschiedenen Spektren fungierten. ...

Selbstverwaltungssozialismus?- - Die Poder Popular-Debatte der ELN

Den entscheidensten Beitrag zur linken Neubestimmung damals leistete meiner Meinung nach jedoch die ELN, die zweitälteste kolumbianische Guerillaorganisation, die 1973 bei Añorí fast völlig zerschlagen worden und danach in eine tiefe Krise gestürzt war. Die Struktur dieser klassisch fokistischen Guerilla baute in den 70ern auf extremenem Personenkult, leninistischem Dogmatismus und autoritären

Die wichtigste Veränderung jedoch war, daß die ELN in jenen Jahren als einzige Guerilla-organisation mit dem klassischen Avantgarde-Konzept brach.

Befehlsstrukturen auf, und so gab es immer wieder auch Erschießungen von "Abweichlern". Der politische und ethische Zerfall konnte schließlich erst 1978-83 durch einen grundlegenden Diskussionsprozeß gestoppt werden.
Das Ergebnis war eine beachtenswerte Selbstkritik an autoritären und vertikalen Strukturen. Man erkannte, daß politische Meinungsbildungsprozesse und militärische Operativität unterschiedlichen Umgangs bedürfen: während für letztere Hierarchien unabdingbar sind, müssen für erstere offene Strukturen bestehen. Die Konsequenz hieß, die Konspirativität in militärischen Fragen zu vertiefen, während gleichzeitig eine größere Transparenz in politischen Fragen organisiert wurde.
Diese Demokratisierung ging mit einer krisenbedingten Dezentralität des ELN einher. In anbetracht des rasanten Wachstums der ELN (sie wuchs zwischen 1980 und 88 von 3 auf 30 Fronten) hatte die neugewählte Führung (der in der Guerilla aufgewachsene Bauer Nicolas Bautista und der spanische Pfarrer Manuel Pérez) oft eher die Funktion einer politisch-moralischen Instanz als die eines klassischen Oberkommandos. Auch das erklärt (neben der beeindruckenden moralischen Integrität des Gespanns Pérez-Bautista), warum die ELN heute sehr viel weniger von Militarismus und blinden Befehlshierarchien geprägt ist als andere Guerillaorganisationen.
Die wichtigste Veränderung jedoch war, daß die ELN in jenen Jahren als einzige Guerillaorganisation mit dem klassischen Avantgarde-Konzept brach. Es setzte sich die Erkenntnis durch, daß Revolutionen nicht mit der Erstürmung

des Präsidentenpalastes identisch seien. Man formulierte daher die populäre Forderung nach Poder Popular. Diese "Volksmacht"- Strategie zielte auf die Errichtung revolutionärer Gegenmacht als Bestandteil einer neuen Staatlichkeit ab: Dorfversammlungen, Fabrikräte, Stadtteilmilizen, politische Komitees etc. wurden als Zellen des "Neuen Kolumbiens" betrachtet. Das Ziel war die Asamblea Nacional Popular, mit der sich die Revolution vor dem Umsturz eine Art rätedemokratische verfassunggebende Versammlung geben sollte.

Zugegebenermaßen ist dies historisch längst nicht so neuartig, wie das hier unterstellt wird: Die roten Zonen im chinesischen Bürgerkrieg kann man ebenfalls als Vorwegnahme revolutionärer Gesellschaftlichkeit interpretieren. Ja sogar das so moderne zapatistische Mandar obedeciendo (Gehorchend befehlen) klingt, wenn man genau hinhört, verdächtig nach Maos "von der Partei zu den Massen und von da zurück zur Partei" (auch dort wird nämlich unterstellt, daß die Partei nur das ausführt, was ihr von den Massen befohlen wird). Der springende Punkt dabei ist, daß dieser Diskurs auch in der Praxis umgesetzt werden, daß basisdemokratische Positionen mit moralischer Integrität einhergehen müssen. Relevanz können politische Strategien nur bekommen, wenn sie mit der Realität zu tun haben.

Und so gesehen muß man unterstreichen, daß das kolumbianische Poder Popular nie so weit ging, wie das, was heute aus Chiapas zu hören ist - Autoritätshörigkeit und Militarismus steckten (und stecken) sowohl bei der Guerilla als auch in der Bevölkerung in vielen Köpfen. Das klassische Avantgardekonzept, das die politisch-militärische Organisation von seiner Basis trennt, wurde nicht überwunden und dennoch war die Poder Popular-Strategie der ELN ein wichtiger Beitrag in der Debatte, der über die Politik der zentralamerikanischen Befreiungsbewegungen weit hinausreichte.

Kulturhegemonie, Massendemokratie, Kontinentalismus?

In der 1990 veröffentlichten Broschüre "Gramsci, Volksmacht und kontinentale Befreiung" (siehe auch konkret 2/1990) und den neueren Titeln "ELN- una historia contada a dos voces" ,"Camilo camina por Colombia" oder "Poder Popular - Documentos para el I Congreso del ELN" wird deutlich, was in der Organisation und ihrem Umfeld seit 1983 für Diskussionen geführt wurden. Auch wenn den Texten durch die Fragestellung der InterviewerInnen oder individuelle Bearbeitung durch die Verfasser immer wieder der Stempel aufgedrückt wurde, und man deswegen nicht behaupten kann, daß die angesprochenen Fragen wirklich breit diskutiert sind, sind diese Veröffentlichungen erstaunlich. Aus ihnen wird nämlich deutlich, daß man zumindest in vier Punkten den fokistischen Leninismus grundlegend erneuert hat:[1]

Erstens die auf der Gramsci-Rezeption beruhende Machttheorie (die der Foucault'schen meiner Meinung nach weiterhin überlegen ist). Nach Gramsci unterscheiden sich bürgerliche Gesellschaften von autoritären Regimen dadurch, daß Herrschaft weniger auf Repression als auf Konsens aufbaue. Für den Klassenkrieg bedeute dies, daß der überfallartige Angriff auf die Machtzentralen ("Bewegungskrieg" wie beim Sturm des Winterpalais) für eine Revolution nicht mehr ausreichend sei, sondern eine allmähliche Übernahme der kulturellen und politischen Hegemonie dem Angriff auf das Herz des Staates vorgehen müsse ("Stellungskrieg"). Im Gegensatz zu dem Machtkonzept Foucaults (das bei vielen Papieren der EZLN deutlich Pate gestanden hat) geht Gramsci jedoch nach wie vor von einer zugrundeliegenden Struktur aus: das Kapitalverhältnis dominiert die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit (auch wenn sich nicht alles linear aus ihm ableiten läßt) und die unmittelbar militärische Repression wird in dem Maße wichtiger, wie die gesellschaftliche Ordnung ansonsten in Frage gestellt wird. In der kolumbianischen Debatte unterstrich dies die Bedeutung des Poder Popular-Konzepts: Die Volksmacht-Strategie als Kampf um politische Hegemonie innerhalb der bestehenden



Ordnung.
Zweitens die Anwendung der Gramscianischen Analyse von Volkskultur auf lateinamerikanische Verhältnisse. Gramsci zeichnet sich ja durch ein großes Interesse an populärkulturellen Ausdrucksformen und Unterhaltung (z.B. der Groschenroman) aus. Für Kolumbien bedeute dies, so die Interviewten damals, den kulturellen Widerstand gegen das imperialistische Lebens-und Konsummodell aufzuwerten. Die Abhängigkeit von den USA führe dazu, daß ein kulturelles Modell importiert werde, daß jeder materiellen Grundlage entbehre (MacDonalds, Autos und Farbfernseher sind für die lateinamerikanische Bevölkerungsmehrheit nicht bezahlbar). Die kulturelle Selbstentdeckung (als noch zu schaffende lateinamerikanische Nation), damals auch noch im Zusammenhang mit der 500-Jahreskampagne, sei deshalb als Widerstandsform unabläßlich. Das beinhaltete auch, die Autonomie der Indígenas und Negritudes stärker als bisher zu betonen. Es hat zwar auch seitdem immer wieder Konflikte zwischen Indígena-Comunidades und Guerillafronten gegeben, aber grundsätzlich wird der Widerstand dieser Bevölkerungsgruppen gegen die rassistische Zwangsassimilation als Teil des Kampfs um kulturelle Hegemonie begriffen.
Drittens die Reflexion von Avantgardismus und Guerilla-Mythos. Zwar spielen radikale politisch-militärische und politische Organisationen (vanguardia colectiva) weiterhin eine zentrale Rolle für einen revolutionären Prozeß - insofern blieb die ELN leninistisch -, aber ihre Rolle dürfe sich nicht auf den klassischen Paternalismus beschränken. Die ELN hat in mehreren, auch neueren Interviews darauf hingewiesen, daß es keinen Sozialismus ohne direkte Demokratie geben könne und das letztlich auch das einer der Gründe für den Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten war. Die Position liegt - wie ein Sprecher von A Luchar 1989 einmal betonte - irgendwo zwischen Rosa Luxemburgs antiavantgardistischem Spruch vom <Fehler der Massen, der lehrreicher sei, als eine richtige Direktive der Kader> und der Feststellung, daß "man bestimmte Fehler nur einmal begehen darf", also zwischen einem klassisch-leninistischen Avantgardeverständnis und dem luxemburgianischen Massenspontaneismus.
Viertens die Erkenntnis, daß die Strategie nationaler Befreiungsbewegungen enge Grenzen gesetzt sind. So haben die ELN-Dirigentes seit Mitte der 80er Jahre immer wieder darauf hingewiesen, daß man zwar in nationalstaatlichem Rahmen agieren müsse und Revolutionen auch dort stattfinden würden, daß man aber gleichzeitig das kontinentalen Ausmaß des Kampfes (wie bei Bolívar oder dem Ché) stärken müsse. Auf die bei uns häufig gestellte Frage, was eine Revolution in einem Land bewirken solle, antworteten die Interviewten immer wieder mit der Gegenfrage, ob man deshalb auf den fernen Tag X weltweiter Veränderung warten müsse.

Der schmutzige Krieg und die Entpolitisierung einer Gesellschaft

Seit spätestens 1992 ist die Debatte in Kolumbien abgeflaut. Während man früher häufig vom Diskussionsniveau überrascht wurde, muß man heute lange suchen, um überhaupt noch DiskussionspartnerInnen zu finden. Die in den 80ern erarbeiteten Positionen werden beibehalten, aber kaum noch weiterentwickelt.
Der entscheidende Grund dafür liegt im schmutzigen Krieg, den die Oligarchie Anfang der 80er Jahre begann. In Kolumbien wurde die perfideste Strategie von Aufstandsbekämpfung entwickelt, die bisher in der Welt zu sehen war. Parallel zum Waffenstillstandsabkommen der Regierung 1982 baute (und baut) nämlich die Armeespitze gemeinsam mit Multis (wie Oxy-Shell, Texaco und BP), Großgrundbesitzern (darunter auch den Coca-Kartellen) und Großindustriellen Hunderte von paramilitärischen Gruppen auf, die in jeder Region eine andere Struktur besitzen. Diese Todesschwadrone, die in manchen Gegenden völlige territoriale Kontrolle ausüben (eine Art faschistoider Gegenrepubliken), werden international als eigenständige Kraft betrachtet, obwohl sie de facto unter dem Dach der Armee agieren und in den Konfliktregionen auch offen gemeinsam mit dieser patrouillieren.
Seit Mitte der 80er sind auf diese Weise jährlich etwa 20.000 Bauern, Gewerkschafter, Straßenkinder, StadtteilaktivistInnen, Kleinkriminelle etc. von Paramilitärs erschossen worden. Heutzutage ist es in Kolumbien gefährlicher, eine Demonstration zu organisieren als gleich sofort zur Guerilla zu gehen. Damit hat sich nicht nur die politische Landschaft verändert (die sozialen und politischen Organisationen wurden praktisch ausradiert), sondern auch der normale Lebenslauf einer/s Linken hat sich verändert. Man ist nicht mehr erst 5 Jahre in einer sozialen Bewegung aktiv, bis man sich aus Überzeugung oder wegen der Repression einer bewaffneten Organisation anschließt, wie es noch vor 15 Jahren die Regel war. Heute fängt die Politisierung von Jugendlichen in der Klandestinität an. Dadurch jedoch fehlen diesen Militanten grundlegende politische Erfahrungen.
Auch die Bildungsinstitutionen, alternative Medien, Gewerkschaftseinrichtungen etc., also all das, was eine kritische Gegenöffentlichkeit ausmacht und Debatten überhaupt erst ermöglicht, existieren heute in Kolumbien kaum noch. Die wenigen, die sich halten konnten, sind sozialdemokratisch orientiert und werden nur deswegen nicht von der Oligarchie beseitigt, weil sie als kritisches Feigenblatt zwischen Staat und Guerilla im Ausland präsentabel sind. Auch deshalb wird heute in Kolumbien weniger politisch debattiert als vor zehn Jahren.
Ein dritter Grund für die beschriebene Entwicklung ist schließlich aber auch der Fall des realen Sozialismus gewesen. In Kolumbien führte der Zusammenbruch der RGW-Staaten zu einer heftigen ideologischen Krise der Guerillaorganisationen: Die M-19, die durch Infiltration und Selbstüberschätzung schon 1986 stark geschwächt und auf wenige Hundert Combatientes geschrumpft war, suchte ab 88 die Reintegration ins politische System. Ohne eine einzige soziale Forderung durchgesetzt zu haben, demobilisierte sie sich 1990. Ihr Spitzenkandidat - der Ex-Comandante Pizarro - wurde im übrigen noch im selben Jahr erschossen, und bei den Wahlen spielt die M-19 heute keine Rolle war.
Noch schlimmer war die Entwicklung bei der maoistischen EPL. Das dogmatische Nachbeten der Direktiven von oben und die blinde Orientierung an Albanien zog die politische und soziale Verwahrlosung nach sich. Ein Teil der Demobilisierten verwandelten sich in Kleinkriminelle, andere (wie viele Ex-Guerilleros des EPL in Urabá) arbeiten heute sogar als Paramilitärs für die Besitzer der Bananenplantagen und massakrieren die Basis der kommunistischen FARC.
Aber auch die heute noch kämpfenden Organisationen FARC und ELN hatten unter der Krise zu leiden. Auch wenn die Guerilla heute mit 150-200 Fronten militärisch so stark wie noch nie zuvor ist und längst in den Vororten der Großstädte agiert, hat sie politisch an Überzeugungskraft und Kommunikationsfähigkeit eingebüßt. Die ELN verlor 1992 bei einer Spaltung eine zwar numerisch kleine, aber in der

Öffentlichkeit präsente Gruppe von politischen Kadern, und auch die FARC haben (vermittelt über die Orientierungslosigkeit der KP und UP) den Zusammenbruch des Realsozialismus zu spüren bekommen. Letztlich bedeutet das nicht nur eine geringere Beteiligung an den Diskursen der Zivilgesellschaft, sondern auch eine geringere Anziehungskräfte auf städtische Mittelschichten. Diese sind zwar in Krisenmomenten unentschlossener, weil sie mehr zu verlieren haben, aber andererseits sind sie für das politische Leben einer Organisation unverzichtbar: zumal in Ländern des Trikonts, wo das Bildungsniveau von Bauern und Kleinstadt-Arbeitslosen (heute die hauptsächliche Basis der Guerilla) ungemein niedrig ist. Wer nicht lesen kann, kann sich auch nur eingeschränkt an politischen Diskussioen beteiligen. Heute aber fehlen in den Guerillaorganisationen alle Arten von ausgebildeten Menschen: LehrerInnen, ÄrztInnen, TechnikerInnen etc., die ihr Wissen weitervermitteln könnten.

Wenn über die kolumbianische Guerilla geschrieben wird, sie vertrete kein politisches Projekt mehr, so ist das Propaganda mit einem kleinen Körnchen Wahrheit. ELN und FARC kämpfen, konsequent wie kaum eine andere lateinamerikanische Bewegung gegen Massenmorde, Ausbeutung und Imperialismus und für Demokratie und eine sozialistische Revolution. Sie halten an ihren Prinzipien fest, haben sich in gewisser Weise politisch sogar radikalisiert (die FARC setzen seit 1992 nicht mehr auf Friedensverhandlungen, sondern auf einen Umsturz) und sie tun dies unter erschwerten internationalen und nationalen Voraussetzungen.

Richtig ist jedoch, daß sie als Folge der Verhältnisse eine weniger politisierte Basis besitezn als noch vor 10 Jahren. Daran haben auch die riesigen Mobilisierungen der Coca-Kleinbauern, Staatsangestellten, Gefängnisinsassen und StraßenhändlerInnen 1996 und 97 (es gab Bauernmärsche mit 200.000 Leuten, einen Generalstreik im öffentlichen Dienst, Gefängnisaufstände und anti-liberale Demonstrationen in den Großstädten mit 100.000 Leuten) nichts ändern können.

Die sozialen Bewegungen verfügen über zu wenig Spielraum, um sich kontinuierliche (Diskussions-) Strukturen zu geben. Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn das politische Niveau niedriger ist als früher. Es gibt Schlaumeier, die behaupten, daß die kolumbianische Guerilla deshalb keine politische Kraft, sondern ein soziales Phänomen geworden sei. Was für ein Argument! Gäbe es irgendeine Legitimation für den bewaffneten Kampf, wenn dieser nicht in den sozialen Realitäten eines Landes verankert ist? Die kolumbianische Guerilla ist nicht die Folge eines linken Willensakts, sondern der gewalttätigen, Jahrhunderte alten Unterdrückung durch die Oligarchie Wenn inzwischen 15-20.000 Aufständische (und mit ihnen Hunderttausende von UnterstützerInnen) ihr Leben riskieren, dann weil ihnen der globalisierte Kapitalismus keine Überlebensperspektive einräumt und alle politische Kanäle verstellt verhindert. Es geht (anders als in México) ums bloße Überleben. Und das relativiert nicht zuletzt die Bedeutung politischer Debatten, wie sie in diesem Artikel dargestellt worden sind.

Anmerkungen:

1 Daß in den linken Organisationen so gut wie niemand die hier folgenden Punkte so theoretisch begründen würde, tut nichts zur Sache. Das seltsame an Diskurse ist ja gerade, daß so gut wie niemand über den analytischen Hintergrund Bescheid weiß. Wie viele radikale Linke wissen schon, daß hinter ihrem Gesellschaftsbegriff eine klar definierte Mischung aus plattmaterialistischer Staatskritik und Foucault steht.

Deutschsprachige Veröffentlichungen:

- "Gramsci, Volksmacht und kontinentale Befreiung" (Berlin 1990)
- "501 Jahre sind genug - Interviews über den Zustand der kolumbianischen Linken nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus" (Berlin 1992/93)
- "Rot-schwarze Zonen - Durchquerung einer von der Guerilla <kontrollierten> Gebiete" in: Arranca Nr.7 (Berlin 1995)
- "Interview mit Manuel Pérez" in: Arranca Nr.13 (Berlin 1997)
- Homepage Colombia Popular: http://www.berlinet.de/eln

Alles zu bestellen über Arranca - Schwarze Risse - Gneisenaustr.2 -10961 Berlin



Interview mit Rogelio und Jorge

"La Guillotina" und die neue Linke in Mexiko



Im Rahmen einer Veranstaltungstour, die die Gruppen FelS, Berlin, und A² aus Stuttgart organisierten, kamen Rogelio und Jorge von der "La Guillotina" im Dezember 1997 unter anderem auch nach Bremen. Hier wurde das folgende Interview geführt. "La Guillotina" erscheint in Mexiko-City.

Wir möchten gerne etwas über euer Zeitungsprojekt wissen. Wie läuft das, was für Absichten habt ihr?

La Guillotina wurde 1983 gegründet und hatte zum Ziel, in der mexikanischen Linken wie auch im universitären Bereich eine Debatte loszutreten. Gegenstand dieser Debatte sollten Fragen sein, zu denen sich die Linke länger nicht geäußert hatte. Probleme von Jugendlichen, die einen hohen Anteil - über 70 Prozent - der mexicanischen Stadtbevölkerung darstellen. Diese Jugendlichen haben in ihrem Alltag Bedürfnisse, sie wollen über Sexualität, über Drogen, über Beziehungsprobleme, über ihre gesellschaftlichen Probleme reden. Die Linke hat sich nie zu diesen Themen geäußert, deshalb haben wir uns zur Aufgabe gemacht, die Alltagsprobleme zu verstehen, uns der Lebenssituation von Jugendlichen anzunähern. ... Aber nicht nur die verarmten Jugendlichen, sondern auch die aus den Mittelschichten. Denn sie erleben in der mexikanischen Gesellschaft eine gravierende Wertekrise, eine Infragestellung von Perspektiven, Überlebenschancen, Zukunft, nicht nur im Arbeits-, auch im Ausbildungsbereich.

... Als Form wurde eben ein Zeitungsprojekt gewählt, ein Medium, das gegen den Strom schwimmt. Formal gibt es in Mexico zwar Meinungsfreiheit, real aber nicht. Es ist schwierig, eigene Medien zu unterhalten. Anfangs gaben wir eine unabhängige zwölf-seitige Zeitschrift heraus. Die mußte sich natürlich selbst tragen. Über den Verkauf mußten wir dem Projekt Kontinuität geben, nach und nach den Umfang vergrößern, Platz für Fotos zur Verfügung stellen, Jugendlichen die Möglichkeit zum Veröffentlichen geben, verschiedensten KünstlerInnen und SchriftstellerInnen eine Plattform bieten - all denen, die woanders keine Möglichkeit hatten, sich auszudrücken.

Anfang der 80er Jahre gab es eine Art Boom von unabhängigen Projekten im Bereich Gegenöffentlichkeit. Die Verteilung dieser Zeitschriften ist ein Problem. Es gibt ein staatliches Monopol, das sowohl die Verteilung von Papier wie auch den Zugang zu Verkaufsstellen kontrolliert. Für uns ist

es unmöglich, diese Verkaufsstellen zu nutzen, sie stellen für uns unerfüllbare Forderungen: sie wollen 50 Prozent des Gewinns abkassieren, fordern eine Mindestauflage von 15.000, ein regelmäßiges Erscheinen. Stattdessen machen wir nun Handverkauf, auf der Straße, vor Schulen, in Kinos, Theatern, Universitäten, bei Demonstrationen. Das ermöglicht uns einen viel besseren Kontakt zu den LeserInnnen. ... Dieser Kontakt ist für uns eine gute Möglichkeit, das Projekt zu reflektieren.
Anfangs waren die Themen unserer Zeitung zum Beispiel Feminismus, Drogen, und Rockmusik als Ausdruck von Rebellion, Konsum und Selbstbestätigung. Es gab eine Nummer zur kubanischen Revolution aus kritischer Sicht. Eine Ausgabe über das Leben auf der Straße. Zwischendurch gab es Momente, da hatten wir den Eindruck, daß diese Themen nichts mehr hergeben und wir mußten uns neu orientieren, neue Räume, neue Verbindungen suchen. Mithilfe der neuen sozialen Bewegungen eröffneten sich uns immer neue Diskussionsansätze. Wichtig war für uns immer die Frage des Sozialismus nach dem Fall der Mauer. Als die mexicanische Linke schon gar nicht mehr über Sozialismus diskutierte und sich bereits einem Sozialdemokratismus zugewandt hatte, haben wir den Sozialismus nicht mit dogmatischen Augen betrachtet, sondern als Utopie, als eine Form des Lebens hier und jetzt, als weitere Stufe gesellschaftlicher Entwicklung, als gegenwärtige und alltägliche Ausdrucksform. Wie der Zapatismus wollten wir von Anfang an die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft ansprechen, Frauen, Schwule, auf möglichst direkte Art. Der Aufstand der Zapatistas kam unerwartet. Für uns war es grundlegend wichtig, den Einfluß des Zapatismus auf die Gesellschaft zu erfassen. ...

Was hat die Reise nach Europa mit eurem Zeitungsprojekt zu tun?

Nach Europa sind wir gekommen, um zu begreifen, was sich nach dem Intergalaktischen Treffen hier abgespielt hat und wie weit die Idee einer Vernetzung von alternativer Kommunikation und Widerstand umzusetzen ist. Was wir vorgefunden haben, sind viele lokale Erfahrungen, viele Formen des Kampfes der Ausgeschlossenen gegen den Neoliberalismus. Es gibt viele Ansätze, gegen den Neoliberalismus zu kämpfen, aber sehr wenig Koordination und wenig Erfahrungsaustausch. Es besteht ein Organisierungs-Mangel, wie gemeinsam gegen den Neoliberalismus vorzugehen sei. Insbesondere in dem Sinne, wie es die Zapatistas vorgeschlagen haben: keine neue Internationale, keine neue Hierarchie, keine zentralisierte Organisation, keine großen Führer, sondern eine möglichst horizontale Struktur.
Bei allen Begrenzungen sehen wir bei der historischen wie der sozialen Linken so viel Widerstandserfahrung, daß es möglich sein muß, diese Grenzen zu überschreiten. Wir haben gesehen, daß das Kommunikationsnetz tatsächlich besser funktioniert als die Struktur dies andeutet. ... Die Möglichkeit, daß Leute reisen und sich kennenlernen, so wie wir es jetzt tun, um über Aspekte des Zapatismus zu diskutieren und über die Ereignisse in Chiapas und Mexico-City zu informieren. Das ist unser erklärtes Ziel.

Erzählt doch etwas über die sozialen Bewegungen in Mexico. Welche Rolle spielt darin La Guillotina?

Über soziale Bewegungen zu sprechen, heißt, über Organisierungserfahrungen außerhalb oder am Rande traditioneller Organisationen zu sprechen. Im Arbeits- und Gewerkschaftsbereich hat die Arbeiterklasse diese Erfahrungen von Organisierung außerhalb der *ZM*, der offiziellen Gewerkschaftszentrale, gemacht. Diese Gewerkschaften produzieren ihren eigenen Nachwuchs in alter vertikaler Tradition, da ist es schwer, gute oder neue Erfahrungen zu machen. Das ist in den sozialen Bewegungen viel eher möglich, in den Volkskolonnen zum Beispiel, in der Jugend-, Frauen- oder Schwulenbewegung, die alle eigene Basisorganisationen entwickelt haben. Frauen gehen auf die Strasse, Jugendliche haben Kulturformen, Kunstformen, literarische Ausdrucksformen entwickelt, sie haben Bewegungen wie die „chavos banda", aktive Jugendgruppen, geschaffen, sie haben neue Themen und Handlungsformen. Generell geht es ihnen dabei um die Ablehnung des aktuellen politischen Systems in Mexico....
Gleichzeitig taucht die Zivilgesellschaft wieder auf als diffuses aber vielfältiges Phänomen, schlecht organisiert und mit vermutlich wenig Ausdrucksmöglichkeiten. Ähnlich formuliert dies der Zapatismus, er will den Wert der Worte und soziales Handeln wiederherstellen. Die Zapatistas wollen den Blick auf die Macht schärfen, sie wollen vermitteln, wie die eigene Organisation geschützt wird, wie Entscheidungen getroffen werden. Die Zivilgesellschaft ist vielfältig, sie schafft Vereinigungen, Komitees, Zivilorganisationen und Verbände zur Verteidigung der Menschenrechte, Solidaritätskarawanen, Zeitungsredaktionen, Theaterkollektive. Die Zivilgesellschaft hat keine eigene organische Form, sie hat als oberstes Prinzip, nicht ihre Führer dem herrschenden System, der herrschenden Klasse gegenüberzustellen, die wir die „Streberklasse" nennen. Führer integrieren sich in das politische System, streben Status an, behaupten sich in diesem Status und geben ihre Forderungen auf zugunsten eines Opportunimus und Pragmatismus, der bei der herrschenden Klasse einen großen Stellenwert hat.
Diese Zivilgesellschaft hat eine Menge unterschiedlicher Erfahrungen gemacht. Beim Erdbeben zum Beispiel, bei dem der mexicanische Staat und seine Armee überfordert waren. Es waren nicht die offiziellen Institutionen, sondern die Menschen der Straße, Hausmädchen, Alte, Jugendliche. Sie leisteten Rettungsarbeiten, versorgten Rettungsleute mit Essen, bargen Leichen, sie bauten die Stadt und die Nachbarschaft wieder auf. Das war ein wichtiger Augenblick im Jahr 1985.
...
1994 gab es noch ein Ereignis. Viele soziale Bewegungen erleben, wie ihre Führer sich in Bürokraten verwandeln. Mit dem Zapatismus tauchte eine horizontal strukturierte Organisation auf, sehr viel demokratischer im Sinne einer direkten radikalen Demokratie. Sie verhinderte, daß ihre Führer aufsteigen. Alle Komitees und Gruppen, die StudentInnen-Bewegung oder Stadtteilversammlungen zum Beispiel, die damals entstanden, fingen an, den Diskurs der Zapatistas aufzunehmen. Sie führten demokratische Verfahren ein, zum Beispiel Basisentscheidungen und entwickelten neue Kampfformen, neuen Formen von Solidarität und bestimmte Konzepte, was eine Organisation sein könnte. ... Die Arbeit der *Frente Zapatista*, die bisher gut funktioniert, besteht aus Kommunikation und Informationsvermittlung, auch wenn noch viel Austausch und Koordination fehlt. ... Das Schwergewicht dieser Komitees und Organisationen liegt in der Arbeit vor Ort, in der Selbstorganisierung. Auch wenn es nur kleine Komitees von zehn oder zwölf Leuten sind, müssen sie erst mal sich organisieren, eigenfinanzierte Projekte zum Überleben entwickeln. Und sie müssen Kulturarbeit machen,

eine Arbeit, die Ausdruckformen aufnimmt, nach denen Jugendliche oder die Gesellschaft zu jeder Zeit suchen. Seien es nun literarische oder im weitesten Sinne kulturelle Ausdrucksformen.
Welchen Bezug *La Guillotina* zu alledem hat? Nun, wir stehen in der Diskussion mit der *Frente Zapatista*, wir nehmen zusammen an Kongressen teil, wir nehmen teil an den Dialog-Komitees und an den Solidaritätskarawanen. Aber das ist eine Diskussion, eine Debatte im Inneren dieser Komitees. ...
Der Einfluß der Zapatistas liegt in ihren Komuniques. Das hat nationale Wirkung. Jedes Komunique der Zapatistas, selbst die in kleiner 30.000er-Auflage, erreicht jeden Winkel des Landes. Eine riesige Wirkung. So ist es auch mit *La Guillotina*. Wir haben eine relativ kleine Auflage, vier- bis fünftausend Exemplare, aber jedes Exemplar wird von mehreren LeserInnen gelesen. Es ist also gut bekannt, was wir zur Diskussion stellen, auch Positionen, die nicht die unsrigen sind. *La Guillotina* beinhaltet Stimmen aus der *Frente Zapatista* und Stimmen, die der Bewegung kritisch gegenüberstehen. Auch Stimmen aus der radikaleren und der gemäßigten Linken, die Auseinandersetzung findet zu verschiedenen Themen statt. Die Idee von *La Guillotina* ist also, Diskussionen anzuregen, Positionen gegenüberzustellen und das interessiert die Leute, vielmehr als wenn du sagst, das und das ist die politische Linie, an der du dich orientieren mußt. ... Wir haben uns immer um Analyse bemüht und dann eigene Positionen entwickelt. Wir wollen anregen, daß die Leute lernen, in der Familie, im Freundeskreis, in der Schule kontrovers zu diskutieren. Das ist der Geist von *La Guillotina*: die Leute sollen anfangen zu reden, sie sollen fähig werden, sich mit wem auch immer über ihre Realität auseinanderzusetzen. Das ist der Einfluß von *La Guillotina*. Wir haben nicht den Einfluß von Führern in Bewegungen. Das ist nicht unsere Funktion, sondern die Meinungsbildung.

Ihr benutzt den Begriff "Autonomie", was versteht ihr darunter? Wie unterscheidet sich der Begriff von der Definition, wie wir hier in Europa sie kennen?

Da gibt es natürlich einen bedeutenden Unterschied zwischen der Auffassung von Autonomie, wie sie in Mexico besteht, in den indigenen Gemeinschaften, den gesellschaftlichen Gruppen und dem europäischen Verständnis. Wir haben erfahren, daß in Europa Autonomie im Zusammenhang steht mit verschiedenen Jugendbewegungen, die Räume aus Privatbesitz besetzten. Da wurden Mikrogesellschaften geschaffen, offen für politische Aktivitäten, mit kommunikativem Charakter. Wir haben gehört, daß Kriminalisierung und Selbstmarginalisierung verhindert haben, daß sich die autonome Bewegung in andere Bereiche ausdehnt, wo mit Selbstorganisierung begonnen wird. Oder Bereiche, deren Ziel nicht die Aneignung von Wohnraum sein muß. Wir sehen, daß der Begriff Autonomie in Europa in einem mehr individualistischen Sinn verstanden wird, im Sinne von Eigentum, das heißt „ich brauche einen Platz zum Wohnen". Im Sinne von Individualität und persönlicher Entwicklung, das heißt „ich gehe in ein Haus, denn ich will nicht in einer Gesellschaft leben, die mich unterdrückt" - die Lösung liegt also in individualistischem Handeln. Ein Verständnis von „Sich selbst benennen" oder „Sich selbst regieren".
In Mexico ist das anders. Wir sprechen nicht immer nur von Subjekten, von Subjekten, die unabhängig sind von etwas. Wenn wir in Mexico von Subjekten sprechen, dann von Subjekten, die mit ihrer Identität in Beziehung stehen zu etwas, die sich in einem Zusammenhang befinden. Autonomie im Sinne von „Sich selbst regieren" ist nicht im individuellen, sondern im kollektiven Sinn gemeint. Dies ist ein Prinzip in allen Gemeinschaften. Die sozialen Bewegungen sind gerade im Begriff, sich eigene Räume zu schaffen, Territorien, Räume, um mit einer politischen Organisation auf die Gesellschaft einzuwirken. Die Initialzündung dazu hat die zapatistische Bewegung gegeben, sie hat das abgestumpfte soziale Gewissen geweckt.
Gesellschaftliche Gruppen haben als Gemeinschaft überlebt durch ihren Widerstand, durch ihre praktizierte Autonomie. Sie haben nicht nur den Verwüstungen und Völkermorden der Kolonialmächte widerstanden, sondern auch den unabhängigen, reaktionären, liberalen und heute neoliberalen Regierungen. Sie haben widerstanden dank ihrer Organisationsmethode, ihrer Praxis von Autonomie. Autonomie ist heute in Mexico ein legaler Vorgang. Das hat einen direkten Bezug zu den Verhandlungen, die die *EZLN* mit der Bundesregierung führt. Der Vertrag von San Andres vom 26. Februar 1996 ist der erste Friedensvertrag zwischen beiden Seiten. Die Bundesregierung weigert sich jedoch systematisch, den Friedensvertrag zu erfüllen, denn Autonomie würde den Indigena-Gemeinschaften das Recht zur Selbstverwaltung einräumen, sie könnten über ihr Territorium und die dort befindlichen Bodenschätze bestimmen. Und sie würde eine zu große Unabhängigkeit hinsichtlich der Figur des in Mexico allmächtigen Präsidenten bedeuten. Da gibt es eine ganze Reihe von Fragen zur Verfassungsreform, es geht um Territorien, es geht um Rechte von Frauen, es geht um Medienzugang für Indigenas. Auch wichtige ökonomische Aspekte werden berührt.
Interessant ist: die Frage der Autonomie hat in der Gesellschaft einen Raum für Dialog geschaffen. Das Verständnis von Autonomie beinhaltet nicht, daß die Indigenas ein individuelles Recht für sich erreichen wollen, sondern es definiert neu das Verhältnis der Indigenas zum Staat und zur Vorstellung, was Nation bedeutet. Sie haben ihre Vorschläge und Forderungen der Gesellschaft vorgetragen, sie haben in der Zivilgesellschaft einen breiten Horizont entdeckt. Und auf dem Umweg über die Anerkennung der Vielfalt schlagen sie ein einschließliches Konzept von Nation vor, das alle gesellschaftlichen Gruppen umfaßt.
Das ist für uns wichtig, denn darin steckt eine Umgangsform, die das Andere respektiert. Nur ein solcher Umgang eröffnet uns Alternativen für das Leben, für die Gesellschaft.
Das ist der Unterschied im Verständnis von Autonomie. Die autonome Bewegung in Deutschland steht vor der Aufgabe, neue Handlungshorizonte zu finden in einer völlig atomisierten Gesellschaft. Es fehlen politische Bezüge, die Länder östlich der Mauer gibt es so nicht mehr, genausowenig die besetzten Häuser, die einen wichtigen politischen Bezug darstellten. Sie müssen, oder besser: sie sollten damit beginnen, wieder ein Selbstverständnis aufzubauen, das in der Lage ist, auch in andere Bereiche hineinzuwirken. Dabei spielt die Sprache eine große Rolle. Zwei der Geheimnisse des Zapatismus waren der kontinuierliche Bezug auf die Geschichte Mexicos und die Sprache, die die Zapatistas benutzen. Eine Sprache, die für die Mehrheit der MexicanerInnen verständlich ist und die auf die MexicanerInnen großen Eindruck macht.
Die Strategie der Zapatistas ist, die eigene Identität nicht zu verleugnen, sondern sich gegenseitig in der Geschichte von Kämpfen zu unterstützen, Europa hat sehr viel von dieser Geschichte. Es geht darum, wieder eine Idee, eine Utopie zu



entwickeln, die für den Alltag der Menschen eine Rolle spielt. Das ist meine Interpretation.

Wir möchten gerne etwas über die Rassismus-Diskussion in Mexiko erfahren. Welche Bedeutung hat sie in eurem Projekt und überhaupt in den sozialen und revolutionären Bewegungen Mexicos? Hier ist die Diskussion über Rassismus stark von den Erfahrungen und Theorien aus den USA und England beeinflußt. Wie ist das bei euch?

Bei Rassismus geht es im Prinzip um ökonomische, soziale und kulturelle Ausgrenzung. Rassismus ist Gewalt gegen das Andere. Er kann eine ganze Gesellschaft durchdringen. Das hat mit der Geschichte der Völker und ihrer Kultur zu tun.
Der zapatistische Aufstand hat der mexicanischen Gesellschaft ihren tiefen rassistischen Charakter gezeigt. Es gibt eine Teilung zwischen der urbanen Gesellschaft und den Indigenas. Der Rassismus ist unterschwellig in dem Sinne, daß den MigrantInnen, die aus den ländlichen Regionen kommen, in den Städten weder Land noch Überleben, noch eine eigene Kultur zugestanden wird. Sie sind Gefangene eines Rassismus und eines starken Klassismus, in einer Gesellschaft der sozialen Ungleichheit, in der ihnen alle Möglichkeiten fehlen, wie zum Beispiel Arbeit zu finden, Bildung und Zugang zu medizinischer Versorgung. ...
Der heutige Rassismus in Mexiko ist ein politisch-ökonomisches Projekt, das die Herrschenden einsetzen, um mit Gewalt ihre Macht zu sichern. Ich würde nicht sagen, daß die mexikanische Gesellschaft rassistisch ist. Im Gegenteil, die mexikanische Gesellschaft hat die Fähigkeit, die Unterschiede anzuerkennen. Deshalb hat der zapatistische Aufstand, der Aufstand der Indigenas viel Unruhe und Bewegung in der mexicanischen Gesellschaft ausgelöst. Die Notwendigkeit, sich dieser anderen Realität anzunähern, diesem Unbekannten, das gar nicht unbekannt ist, weil die mexicanische Gesellschaft eine indigene Gesellschaft ist, in der es viele MestizInnen gibt. Sie ist eine Mischung verschiedenster Kulturen und deshalb kann sie diesen versteckten Anteil anerkennen. Der Rassismus in Mexiko kommt von der Regierung, dem Militär, den Polizeiorganen, als Form von Ausgrenzung, Machtsicherung und um einen Keil zwischen die gesellschaftliche Gruppen zu treiben.
Der stärkste Widerstand der indigenen Völker gegen Rassismus in Mexico kommt aus der Volkskultur. In ihr stecken viele indigene Anteile. Die ganze Volkskultur hat sich immer über die Machthaber lustig gemacht, über die gesellschaftliche Unterdrückung, die Herren und großen Rassisten lustig gemacht. Du kannst in Mexico zum Beispiel einen schwarzen Christus finden, oder Kreuze in Schlangenform. Es gibt in der mexicanischen Kultur nicht nur spanische, sondern viele andere Einflüsse, französische, arabische, türkische. Auch darauf gründet sich Widerstand gegen Rassismus. Die Vermischung von Kulturen, das ist Teil der Indigena-Kultur, der mexicanischen Kultur, der prä-hispanischen Kultur im Allgemeinen. Sie bietet die Möglichkeit zur Integration und zum Kulturaustausch, die Herstellung von Harmonie zwischen verschiedenen Kulturen, um etwas Neues, etwas Anderes zu schaffen. Wir MexicanerInnen haben eine kollektive Identität. Es gibt nicht nur ein Mexico, es gibt das der Indigenas, ein urbanes Mexico und das der Mittelklasse. Aber alle haben Verbindungen und benutzen Symbole, die eine Identifikation mit einer entfernten Vergangenheit herstellen, mit der des indigenen Mexico. Es gibt einen Dialog in der mexicanischen Kultur über die Idee der Identität und Nation. Also, ich glaube, das beste Mittel gegen Rassismus ist das Lächeln.

Wir danken euch für das Gespräch.

Das Interview wie auch die Übersetzung haben einige MitstreiterInnen von Levanti - Projekt undogmatische Linke, Bremen, gemacht.

Philipp Mimkes

Das Europa der Konzerne

Nachdem sich in der alaska 216 ausführlich mit dem "Multilateralen Abkommen über Investitionen" beschäftigt wurde, lassen wir hier einen Artikel folgen, der diese Thematik noch einmal aufgreift und ergänzt. Der Artikel ist redaktionell gekürzt.

Der European Roundtable of Industrialists (ERT)

Das zentralisierte politische System der EU ist ein idealer Platz für Lobbyorganisationen: weitreichende Beschlüsse werden in Geheimverhandlungen von kaum bekannten Komitees gefällt, Entscheidungsträger wie die EU-Kommissare müssen sich keinen Wahlen stellen, die öffentliche Aufmerksamkeit ist gering und persönliche Kontakte zu Politikern zahlen sich in der Regel rasch aus. Kein Wunder, daß allein in Brüssel 10.000 Lobbyisten aktiv sind! (1)
Obwohl in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, ist der 1983 gegründete European Roundtable of Industrialists die wohl einflußreichste Interessensgruppe in Europa. Ihr gehören 45 Vorstandsvorsitzende von europäischen Multis an, welche zusammen einen Jahresumsatz von über einer Billion DM machen. Deutschland wird durch die Konzerne Bayer, Veba, Bosch, Daimler Benz, Siemens, Bertelsmann und Krupp vertreten. Der ERT besitzt einen privilegierten Zugang zu den Entscheidungsträgern auf europäischer und nationaler Ebene. Bei regelmäßigen Treffen mit Politikern werden politische Rahmenbedingungen und Strategiepapiere diskutiert, insbesondere die bisherigen Präsidenten der Europäischen Kommission, Delors und Santer, und der für Industriefragen zuständige EU-Kommissar Martin Bangemann greifen immer wieder Vorschläge des ERT auf. Als die größten bisherigen Erfolge des ERT sind die Schaffung des gemeinsamen europäischen Marktes, der Vertrag von Maastricht mit der Währungsunion und das Europäische Verkehrswegeprogramm (die sogenannten Trans Europäischen Netze) zu nennen. Auf dem Wunschzettel für die nächsten Jahre stehen abgeschwächte Umwelt- und Sozialgesetze, weitere Deregulierungsmaßnahmen und Privatisierungen in den Bereichen Energie, Telekommunikation und Transport, Steuerabbau sowie die EU-Osterweiterung. Im Arbeitsrecht wird eine maximale Flexibilisierung bezüglich Löhnen, Arbeitszeiten und Kündigungsschutz angestrebt. ...
Zu speziellen Fragen wie Telekommunikation, Wettbewerbsfähigkeit oder Gentechnik bilden sich Arbeitsgruppen aus ERT-Mitgliedern und EU-Politikern. Gewerkschaften, VerbraucherInnen und Verbände bleiben außen vor. Häufig werden Vorschläge des ERT Wort für Wort in EU-Programme übernommen, bestes Beispiel hierfür ist das „Entwicklungs-, Wettbewerbs- und Beschäftigungsprogramm" des damaligen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors aus dem Jahr 1993, in welchem flexiblere Arbeitszeiten, Deregulierung und Infrastrukturinvestitionen gefordert werden und das bis hin zu einzelnen Formulierungen einem zur selben Zeit vorgelegten ERT-Papier gleicht.
Für die Ausarbeitung von Detailfragen gibt es ein ganzes Bündel von weiteren Lobbygruppen, die dem ERT nahestehen und die von fertig formulierten Vorschlägen für Gesetzestexte bis zu Einzelgesprächen mit Abgeordneten alle Möglichkeiten der Beeinflussung ausnutzen. Die wichtigste dieser befreundeten Gruppen ist die europäische Arbeitgeberorganisation Union of Industrial and Employers' Confederation of Europe (UNICE), die allein in 55 Arbeitsgruppen organisiert ist und in Spitzenzeiten bis zu 1000 MitarbeiterInnen mobilisieren kann! VertreterInnen des UNICE sind bei praktisch jeder Diskussion zu europarelevanten Themen vertreten, legen detaillierte Gesetzesentwürfe vor und bombardieren Abgeordnete und Pressevertreter mit Stellungnahmen. Zudem koordiniert UNICE Kampagnen, die dezentral in den einzelnen Ländern durchgeführt werden. Im Umweltschutzbereich gelingt es der UNICE dadurch immer wieder, Selbstverpflichtungserklärungen anstelle von Regulierungen durchzusetzen. Auch Energiesteuern werden erbittert bekämpft.
Weitere direkte Ableger der ERT zu speziellen Themen sind:
· das European Centre for Infrastructure Studies, welches detaillierte Pläne für den Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserwegen vorlegt. ...
· die Association for the Monetary Union of Europe, die mit der Europäischen Kommission die Verträge für den einheitlichen europäischen Markt und die Währungsunion mit ausgearbeitet hat und ihre Umsetzung überwacht. ...
· die Competitiveness Advisory Group, die auf Vorschlag des ERT gegründet wurde und die eine offizielle beratende Funktion für die EU-Kommission besitzt. Zweimal im Jahr, jeweils zu den Treffen der EU-Regierungschefs, legt die CAG eine Studie zu wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen vor. ...
· das World Business Council for Sustainable Development, das sich selbst als das „grüne Gewissen" der Industrie bezeichnet. Vertreten im WBCSD sind 125 Multis, die offiziell das Ziel verfolgen, nachhaltige Entwicklung und mehr

Umweltschutz durchzusetzen. In der Realität werden Selbstverpflichtungserklärungen der Industrie, stärkeres Wachstum und Deregulierung propagiert, eine enge Zusammenarbeit gibt es mit der Weltbank und der Welthandelsorganisation WTO. Der größte Erfolg des WBCSD (damals noch BCSD) war der Gipfel von Rio, auf dem alle Versuch abgewehrt wurden, die Verantwortung der Industrie für Umweltzerstörung zu thematisieren.

· 500 europäische Firmen, darunter Bayer, BASF und Hoechst, gründeten 1996 den Gentech-Lobbyverband EuropaBio, dessen Hauptziel es ist, gesetzliche Schranken der Gentechnik abzubauen. ... Der größte Erfolg der unermüdlichen Lobbyarbeit von EuropaBio war die Zustimmung des EU-Parlaments zur Patentierung von Gensequenzen im vergangenen Sommer.

Der Transatlantic Business Dialogue (TABD)

Im Jahr 1995 wurde von dem US Handelsministerium und der EU-Kommission (also von offizieller Seite) in Kooperation mit dem ERT der Transatlantic Business Dialogue gegründet. Ihm gehören auf europäischer Seite neben politischen Entscheidungsträgern elf Top-Manager an, darunter die Vorstandsvorsitzenden von Bayer, Siemens, ABB, Bertelsmann und ICI. Auf amerikanischer Seite sind u.a. die Unternehmen Boeing, IBM, Ford, GM und Procter&Gamble vertreten. Der TABD ist durch seinen offiziellen Status als beratendes Organ der EU-Kommission ein Mittelding zwischen Lobbygruppe und anerkannter EU-Organisation. Die Ziele des TABD decken sich weitgehend mit denen des ERT, für die europäische Seite haben dabei die USA mit ihren minimalen Arbeits- und Sozialgesetzen eine Modellfunktion inne. Der Schwerpunkt der Arbeit des TABD liegt bei der Durchsetzung vollständig ungehinderter Handelsbeziehungen, insbesondere zwischen Europa und den USA. Gefordert werden freier Zugang für Produkte, Investitionen und Dienstleistungen, abgelehnt werden Umweltschutzauflagen, Arbeitsschutzbestimmungen sowie jeglicher Schutz lokaler Märkte. Um in allen Bereichen detaillierte Deregulierungsvorschläge zu formulieren, wurden 15 Arbeitsgruppen zu Themen wie Biotechnologie, Chemische Industrie, Pharmazeutica, etc eingerichtet. Immer wieder wird das Verbot von Handelsbeschränkungen gefordert, zahlreiche TABD-Forderungen wurden bereits in internationale Verträge wie die WTO-Regularien aufgenommen (aktuelle Beispiele sind die Exporte von gentechnisch verändertem Mais und Soja sowie hormonbehandeltem Mastfleist von USA nach Europa, die trotz großer Proteste und politischer Initiativen nicht verhindert werden konnten). Nach dem letzten TABD-Treffen in Chicago beeilte sich die EU-Kommission in vorauseilendem Gehorsam zu versichern, daß „die Kommission, ebenso wie die US Regierung, weiterhin eng mit den Wirtschaftsvertretern kooperieren wird". ...

MAI - Weltherrschaft der Multis

Seit fast drei Jahren führen die Vertreter der OECD-Länder, der Club der 29 reichsten Industriestaaten, Verhandlungen über ein „Multilaterales Abkommen über Investitionen" (Multilateral Agreement on Investment, MAI). Das MAI wird in allen Unterzeichnerländern ausländischen Investoren weitestgehende Freiheiten garantieren, welche durch nationale Regierungen nachträglich nicht eingeschränkt werden dürfen (auch nicht zum Schutz ihrer Umwelt oder der Bevölkerung). Regierungen sollen in Zukunft Investitionspolitik nicht mehr als Instrument benutzen dürfen, um Sozial-, Wirtschafts- und Umweltziele zu verfolgen, ausländischen Konzernen dürfen keine Verpflichtungen bezüglich Arbeitsplätzen, Verbrauchern oder der Umwelt auferlegt werden. Erst nach 18monatigen Verhandlungen hörte eine kanadische Initiative im Frühjahr `97 durch eine Indiskretion von dem Vertragswerk und machte den Text publik. (2)

Die wesentliche Kraft hinter dem MAI-Vertrag ist die US-Regierung sowie die industrielle Lobbyorganisation US Council for International Business. Der Präsident dieses Verbandes machte in einem Brief an die US Administration unmißverständlich klar, worum es der amerikanischen Industrie geht: „Wir werden uns jeder und allen Maßnahmen widersetzen, die seitens der Regierungen bindende Verpflichtungen auf den Gebieten der Arbeit und des Umweltschutz schaffen oder auch nur nahelegen." ... Der Vertrag soll noch 1998 unterzeichnet werden. Das Ziel von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen muß es jetzt sein, den Sachverhalt weiter transparent zu machen und das MAI zu bekämpfen. Wir müssen verhindern, daß die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern zugunsten von Konzerninteressen vollständig geopfert werden!

Anmerkungen:
(1) die Darstellung stützt sich im ersten Abschnitt auf die Untersuchung „Europe, Inc" des holländischen Instituts Corporate Europe Observatory, e-mail: ceo@xs4all.nl
(2) siehe auch „MAI-Der Vertrag zur Herrschaft der Konzerne" von Tony Clarke, e-mail: ccpa@policy.alternatives.ca Weitere Informationen finden sich unter htpp://www.weedbonn.org

Philipp Mimkes, Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf
Tel: 0211-333 911,
e-mail: Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de



Paul Gilroy

"After the Love Has Gone"

Sex als Chiffre von "Freiheit" in der schwarzen Populärkultur

Als R. Kelly aus dem alten Five-Stairsteps-Hit "Ooh Child" seinen Hit "Bump And Grind" bastelte, stand der Song wochenlang an der Spitze der Charts auf beiden Seiten des Atlantiks. Während er sich musikalisch eng ans Original hielt, nahm er im Text eine bedeutsame Veränderung vor. R. Kelly verspricht der Frau, an die sich seine musikalische Verführung offensichtlich richtet: "Alles wird schärfer" (things are gonna be freakier). Die *Five Stairsteps* hatten ihre ZuhörerInnen noch mit der Nachricht erfreut: "Alles wird einfacher" (things are gonna be easier) - für die schwarze ZuhörerInnenschaft der 90er offenbar kein brauchbarer Rat mehr. R. Kellys musikalische Entwicklung verlief parallel zu dem, was man die erzählerische Austrocknung des *Rhythm and Blues* nennen könnte: eine der höchst problematischen Auswirkungen der HipHop-Kultur und ihrem Schwelgen in Sex, Drogen und Gewalt. Kellys Coolness paßt zu bell hooks' Bemerkung, daß "schwarze Männer in einem lebensgefährlichen Würgegriff patriarchaler Maskulinität gehalten werden". Man könnte auch argumentieren, daß Kellys Zurückweisung sozialer Anpassung etwas sehr Wesentliches über die heutige Implosion schwarzer Kultur enthüllt - eine Kultur, der es mehr und mehr schwer fällt, politisch zu sein. Aber worum es mir hier geht, ist etwas anderes, vielleicht etwas Komplizierteres: nämlich die Verbindung zwischen der Zurückweisung von Fortschritt und der Fixierung auf sexuelle Erfüllung. Es ist eine Verbindung, in der sich eine bestimmte historische Situation ausdrückt - der bedrückende Moment, in dem man über eine Politik der Öffentlichkeit nicht mehr sprechen kann und sich stattdessen eine Bio-Politik etabliert.

R. Kellys Popularität ist eines von vielen Anzeichen dafür, daß schwarze Körperlichkeit heute in der Eigen- und Fremdwahrnahme zwar eine vollständige, integrale Körperlichkeit ist, aber zugleich etwas Auffallendes, "Abgefahrenes" - "freaky" eben. Die enge Verbindung von Rasse und Sex ist das letzte Rückzugsgebiet politischer Rebellion. Die männerdominierte, phallokratische Zurschaustellung heterosexueller Sexualität, die Kelly und andere demonstrieren, steht für eine charismatische Ausstrahlung und für eine Utopie, die sich komplett von dem unterscheidet, was zu Zeiten der *Stairsteps*, dem Vorläufer der *Jackson Family*, Mode war. Bereits im Namen "Stairsteps" steckte die Vorstellung von Aufwärtsbewegung, von rassischer Erhöhung, von der gemeinsamen Bewegung hin zu etwas "Lichterem", zum Himmel oder sogar zu Gott empor. Dieses Ziel, zu dem man aus der Dunkelheit weißer Unterdrückung aufstrebte, hieß damals noch Freiheit - ein Wort, das aus dem schwarzen politischen Wortschatz Zug um Zug verschwunden ist, jedenfalls im Westen, und das im heutigen Bewußtsein endgültig keine Rolle mehr spielt, nachdem auch Südafrika formal in die Freiheit entlassen worden ist.

Vom sozialen "Emporstreben" zur Bio-Politik

Das Streben nach Freiheit ist heute aus der schwarzen Populärkultur verschwunden. Es scheint heute unangemessen, ja unmöglich, Freiheit und Befreiung zum Thema schwarzer Politik in den überentwickelten Ländern zu machen. Der Schrei nach Freiheit drückt sich heute in sehr verdeckten und verdrehten Formen aus. Ein Anzeichen dafür ist die ausufernde Bedeutung von etwas, was man eine rassische Biopolitik des Fickens nennen könnte: eine enge Verbindung zwischen Freiheit und Leben. Diese Verschiebung hin zur Bio-Politik läßt sich begreifen als eine Spätfolge der "Identitätspolitik". Es ist eine Politik, in der die Person durch ihren Körper definiert wird und in der die schwarze Community durch ganz bestimmte, herausgehobene Körper wie die von Mike Tyson, Michael Jordan, Naomi Campbell oder Veronica Webb repräsentiert wird.

Offenbar verlangt die Situation nach anderen Ausdrucksformen und Vorstellungen von Freiheit als den bisherigen - etwa der Vorstellung von Freiheit als Ausdruck von Bürgerrechten, oder der scharfen Trennung zwischen körperlicher und geistiger Freiheit, die aus der Zeit der Sklaverei herstammt, wo Freiheit eher mit dem Tod verbunden wurde als mit dem Leben.

Die schwarze Kultur der sechziger und siebziger Jahre legte starkes Gewicht auf die Befreiung des Geistes - nach dem Motto "Free your mind and your ass will follow" (befrei' deinen Geist, dann kommt der Arsch schon nach). Die rassisch geformte Bio-Politik von heute operiert von völlig anderen Voraussetzungen her. Die Unterscheidung zwischen Geist und Körper wird zurückgewiesen. Die Grenzen der authentischen rassischen Community werden vorrangig durch die optische Darstellung schwarzer Körper gezogen, die charakteristischen Beschäftigungen nachgehen - üblicherweise

Sport oder Sex - und den Grund für Identifikation, vielleicht sogar Solidarität legen.
Das Ende des Redens über Freiheit, und das Propagieren von Sexualität als rassische Wiederbelebung, fallen zusammen. Sie repräsentieren das Ende der älteren Formen schwarzer Öffentlichkeit und rassischer Solidarität, die durch neue Bilder ersetzt werden. Diese Entwicklung ist aus verschiedenen Gründen höchst problematisch. Sie macht die rassische Community zu einem Ort, der sich durch Heterosexualität definiert, und sie unterstützt das Verschwinden aller politischen Aktivitäten, die sich nicht auf die Kreation und den Kult um das (geschlechtlich definierte) Ego richten - durchaus eine Form widerständigen Verhaltens, die von einem beinahe religiösen Eifer bestimmt ist, aber mit der selben praktischen Zielstrebigkeit betrieben wird wie etwa Bodybuilding. Politik wird zu einer ausschließlich ästhetischen Aufgabe, "seine Aufmerksamkeit auf sich selbst zu richten, sich als Subjekte von Begehren zu inszenieren, Beziehungen untereinander herzustellen, in denen man, im Begehren, die Wahrheit über sich entdeckt", wie Foucault sagt.

Befreiung und Privatheit

Hip Hop und die derzeitigen Studien über schwarze Populärkultur haben eines gemeinsam: sie reden nicht von Freiheit. Das ist bemerkenswert, wenn man sich die dichte historische Verbindung zwischen Sklaverei und Freiheit vor Augen



führt, die für schwarze Kultur bestimmend ist. Wo Freiheit in der schwarzen Geschichtsschreibung behandelt wird, ist sie für gewöhnlich als ein Ereignis dargestellt worden, als ein Bruch, ein bestimmter Zeitpunkt. Freiheit wird als eine Linie angesehen, die unwiderruflich überschritten wurde, sobald die Sklaverei formal abgeschafft wurde und die ehemaligen Sklaven mit gemischten Gefühlen die neuen Gefilde gewonnener Autonomie erkundeten - intime, private, öffentliche und wirtschaftliche Gebiete, die durch den Begriff der Freiheit definiert wurden.
Die Sehnsucht, öffentliche und wirtschaftliche Freiheiten in Anspruch zu nehmen, und das Verfolgen persönlicher Freiheiten hatten während der Zeit des Kampfes gegen die Sklaverei eng zusammengehört. In der Zeit nach der Emanzipation traten dagegen erhebliche Spannungen zwischen diesen beiden Aspekten auf. Man fühlte sich gedrängt, die Abschaffung der Sklaverei als den Beginn eines neuen Kapitels schwarzer Geschichte zu sehen, auch wenn die zivilgesellschaftlichen Strukturen, in denen sich die Befreiten fanden, neue Unfreiheiten errichteten - Ohnmacht, Verelendung, Armut und die weiterentwickelten Muster rassistischer Dominanz, die nach der Sklaverei entstanden.
Freiheit war wichtig, weil sie das Ende der Sklaverei bedeutete - nicht den Beginn einer neuen Folge von Kämpfen, in denen erst entwickelt werden mußte, was Freiheit eigentlich bedeutete und wo ihre Grenzen in Zukunft liegen würden. Es hatte den Anschein, daß nach dem Erreichen der formalen Freiheit keine Notwendigkeit mehr bestand, die verschiedenen Bedeutungen zu erforschen, die Freiheit jetzt für die ehemaligen Sklaven haben mußte - Menschen, die vom Versprechen und der Praxis der Freiheit radikal entfremdet waren, durch eine Praxis der Unterwerfung, die ihnen seit Generationen mit Gewalt und Terror auferlegt worden war.
Das Ende der Sklaverei brachte eine Reihe neuer "technischer" Lösungen hervor, um das befreite schwarze Selbst zu entdecken und zu regulieren. Booker T. Washington beschreibt in *Up From Slavery* (New York 1967): "Nach der Befreiung gab es für alle in unserem Ort, und ich glaube im gesamten Süden, zwei Dinge die man dringend tun mußte: man änderte seinen Namen, und man verließ die alte Plantage - wenigstens für ein paar Tage oder Wochen, um sicherzugehen, daß man wirklich frei war."
Daß der abrupte Wechsel von der Sklaverei zum Zugang zu politischen Institutionen die Reichweite und Grenzen der Freiheit definierte, war eine Besonderheit der schwarzen Geschichte in den USA. Selbst unter diesen spezifischen Bedingungen mußten die Grenzen der Freiheit erst gefunden und getestet werden. Leon Litwack hat unterstrichen, daß Heiraten eine hohe Bedeutung hatte als Symbol und Demonstration der Freiheit, die die ehemaligen Sklaven jetzt hatten. Familie, "Zuhause", das Bedürfnis nach einer klar abgegrenzten Sphäre für Beziehungen und Privatheit, all dies waren wichtige Bestandteile der Techniken, ein befreites Selbst zu etablieren; Techniken, die ihre Spuren hinterlassen haben in der heutigen Ökonomie unseres Begehrens und in den erotisierten Bildern politischer Sehnsucht. Politische Institutionen im engeren Sinne spielen eine relativ begrenzte Rolle in dieser Geschichte unfertiger Emanzipation, die Freiheit nicht direkt und zuerst in der Form politischer Rechte suchte.

Von der Liebe zum Sex

Der Begriff der Freiheit erschöpft sich nicht in der "Lücke" zwischen der formalen, rhetorischen Proklamation schwarz-

er Emanzipation und der unzureichenden praktischen Verwirklichung demokratischer Hoffnungen; er geht weit darüber hinaus. Ein Verständnis von Freiheit, das sich auf politische Rechte konzentriert, mag wichtig sein, aber es gibt weite Gebiete von Freiheit und Sehnsucht nach Freiheit, die von einem solchen verengten Freiheitsbegriff gar nicht berührt werden. Eine Politik der Freiheit (und eine Politik des tatsächlichen Frei-Seins) ist heute kein einfaches Unterfangen. Sie benötigt eine gewisse Einfühlung in die verschiedenen Bedeutungen und Ausdrucksformen, die Freiheit in der schwarzen Populärkultur annimmt.
In *Black Atlantic* habe ich die These vertreten, daß die Geschichten von Liebe und Verlust, die in der schwarzen Popmusik so allgegenwärtig sind, die historische Erfahrung des Leidens aufnehmen, daß sie eine Ausdrucksform sind, ein Code für die Sehnsucht nach persönlicher und öffentlicher Freiheit und für die kollektive Erinnerung von Schmerz und Verlust. Die Erfahrung an Unfreiheit und Terror wird in Formen der Erinnerung aufgearbeitet. Heute jedoch sieht sich die Erinnerung an die kollektive Geschichte der Sklaverei Angriffen von allen Seiten ausgesetzt. Sie gilt mehr und mehr als ein alter Hut, als ein Firnis, der abgestreift werden muß, damit ein authentisches Leben und eine positive Beziehung zu sich selbst und zur eigenen Hautfarbe möglich wird.
Die Musik von *R. Kelly*, *Snoop Dogg* und anderen drückt diese Veränderung aus. Der schärfste Bruch mit den alten Mustern, die bio-politische Wende, kommt da zum Ausdruck, wo die Geschichte von der Liebe durch die Geschichte vom Sex ersetzt wird. Auch in den profanen Spielarten des Rhythm and Blues waren die Formen von Intersubjektivität inspiriert von spirituellen Ideen, insbesondere der spirituellen Liebe. Die Tradition der Spiritualität warf einen langen Schatten auf den Rhythm and Blues, wo Geschichten der Leidenschaft gleichzeitig Protestsongs sein konnten. Heute verschwindet der Song; er wird reduziert auf die Rolle des Soundtracks für die visuelle Welt, und die Frage nach der Wahrheit stellt sich anders.
Zu dieser Wende gehört ein verändertes, man könnte sagen postmodernes, Verhältnis zum Tod. Der Tod ist kein Übergang, keine Erlösung mehr. Aus der Erfahrung von AIDS, Drogenwirtschaft und Militarisierung des städtischen Lebens verändert sich das Bild des Todes. Die Konfrontation mit dem Tod wird zu einem Gift, gegen das man immun wird, wenn man es täglich und in kleinen Dosen nimmt.
Um es nochmal zu wiederholen: Bio-Politik besteht darin, daß die Person ausschließlich durch ihre Eigenschaften als Körper definiert wird. Dazu gehört auch die Zurückweisung der Botschaft vom Leben nach dem Tod - des klassischen Gegengifts gegen die Erfahrung des Todes; eine Zurückweisung, die oft als Nihilismus beschrieben wird. Unter diesen Umständen ist das Bedürfnis nach Freiheit aufs engste damit verbunden, *gesehen* zu werden, als frei angesehen zu werden, sowie mit einer individuellen und körperbezogenen Suche nach "intensiven Erfahrungen", die in scharfem Gegensatz zu der alten Suche nach spirituellen Erfahrungen steht.
In dem Maße, wie die alten Gewißheiten von rassischer Identität ihre Überzeugungskraft verlieren und das Gefühl für den Wert des Lebens sich radikal verringert, wird Selbstvergewisserung in der naturalisierenden Kraft des Geschlechts und des Sex gesucht, genauso wie in der Möglichkeit, dem



Tod ein Schnippchen zu schlagen und selbst Leben zu nehmen. Sex und Geschlecht werden als etwas erlebt, das irgendwie "Rasse" definiert. Geschlechterrollen und rassisch besetzte Inszenierungen von Geschlecht dienen dazu, eine Modell rassischer Authentizität zu errichten, das ebenso flüchtig wie erstrebenswert ist. Die ständige Beschäftigung mit Geschlecht und Sex versorgt die essentialistischen Auffassungen von rassischer Besonderheit mit Selbstbewußtsein und Stabilität. Wenn man sich das klarmacht, muß man anerkennen, daß die zentrale Bedeutung von Geschlecht und Sex in der schwarzen Populärkultur auch als eine alternative Äußerung von Freiheit gelesen werden kann - eine Artikulation von Freiheit, die Autonomie und Handlungsfähigkeit mit sexuellem Begehren ineinssetzt und ein symbolisches Ausagieren von Macht auf dem Gebiet der Sexualität propagiert. Der bio-politische Blickwinkel ersetzt den bislang populären Geist-Seele-Dualismus ebenso, wie das modernistische Streben nach rassischem Aufstieg, das sich ursprünglich einmal in der Idee der politischen Bürgerrechte ausdrückte.

Snoop Doggy Dogg: alternative Männlichkeitsentwürfe im HipHop

Zu den populärsten und interessantesten Figuren des zeitgenössischen HipHop zählt *Snoop Dogg*, hinter dessen Künstlername Dog eine komplette private Mythologie steckt. Das Cover von *Snoop Doggs* Album *Doggy Style* zeigt den Künstler in der Maske eines Hundes - eine Figur, die sich durch Doggs Texte hindurchzieht und mit der er sich ständig identifiziert. Ist die Figur des Hundes ein Schlüssel zum Nihilismus und zu den anti-sozialen Eigenheiten seines Werkes? Wie kommt ein junger Afro-Amerikaner dazu, sich der Welt mit den Eigenschaften und der Identität eines Hundes zu präsentieren?

Ein Hund ist etwas anderes als ein Fuchs, ein Löwe, ein Hase oder ein Affe. Snoop ist natürlich kein Hund. Daß er die Maske rassischen Andersseins mit der Identität des Hundes füllt, sagt uns etwas darüber, wie weiße Dominanz arbeitet und welche Kultur der Kompensation dem antwortet. Es ist eine politische und, wie ich glaube, eine moralische Geste. Sich als ein mieser Hund darzustellen, wertet den "untermenschlichen" Status auf, anstatt sich dem "Übermenschentum" der Bio-Politik und ihrer Zeichen zu verschreiben. Der Hund ist *auch* ein Zeichen für Snoops Opfer-Status und eine Chiffre für sexuelle Praktiken, und er muß sich manchmal bewaffnen, um mit Menschen auf gleicher Ebene verkehren zu können, aber das ist nicht das Wesentliche. Mit der Entscheidung, sich als Hund darzustellen, weist Snoop die Identifikation mit dem perfekten, unverletzlichen Männerkörper zurück, der zum Inbegriff schwarzer Populärkultur geworden ist - und der in gefährlicher Weise körperliche Gesundheit und rassische Reinheit verbindet, der keine Unterschiede mehr zwischen Sängern und Sportlern macht usw. Snoops "Morphen" zwischen Mensch und Hund vertritt eine Vorstellung von Identität, die vielschichtiger ist als der Zweimeterkörper seines Herrchens *Calvin Broadus*, der manchmal in seinen Songs auftaucht.

Die Rückseite von *Doggy Style* zeigt ein Badezimmer, eine Art private Momentaufnahme, eine Rückblende auf die Zeit in der Geschichte des Rhythm and Blues, wo das Reden über rassische Authentizität in das Ablegen der Kleider mündete und nicht in das Anlegen einer Hundemaske. Die kleine Szene zeigt Snoop in der Unterhaltung mit einer Freundin. Die Neugier des Publikums auf den Blick durchs Schlüsselloch wird jedoch nicht befriedigt. Ihre Konversation ist eine geistige, auch wenn von "soul" nicht die Rede ist. Sie benutzen Versatzstücke aus den typischen "Mach' das Licht aus und zünd' die Kerzen an"-Soulstücken; aber es gibt keinen Verweis auf eine Liebesbeziehung zwischen ihnen. Der Hund und die Schlampe gehören einfach zusammen. Sie sind ein Paar, aber ihre Beziehung hat nichts mit der alten heilenden Kraft der Sexualität (sexual healing) zu tun. Hier wird nichts geheilt, weil der Sex nicht mehr die Kraft ist, mit der rassische Differenz naturalisiert wird. Hier wird auch nicht die unselige Allianz von gesunden Körpern und rassischer Integrität abgefeiert. Die "Reinheit" dieses Badezimmers hat nichts Heroisches, aber sie ist irgendwie funky. Der "tierische" Sex handelt nicht von Authentizität, er bietet keine Erlösung zur Gemeinschaft, er bietet überhaupt keine Instrumente zur privaten Stabilisierung rassischer Identität - weder für Frauen noch für Männer. Es ist richtig, daß Snoops Werk nicht frei ist von der Unsitte, schwarze Frauen nicht als sexuell Handelnde darzustellen, aber es geht doch darüber hinaus. Das zeigt sich insbesondere, wenn man *Doggy Style* mit der penetranten Misogynie anderer Rapper vergleicht.

HipHop als konservative "Volkserziehung"

Snoop, R.Kelly und einige andere spielen eine interessante Rolle dabei, Intersubjektivität und Dialog - traditionelle Muster schwarzer Musik in der Neuen Welt - wiederzubeleben. Meine Befürchtung ist allerdings, daß der revolutionäre Konservatismus, von dem HipHop heute dominiert wird, wenig Geduld mit ihnen haben wird. "Revolutionärer Konservatismus" ist ein Versuch etwas auszudrücken, wofür wir noch kein geeignetes politisches Vokabular haben. Einerseits liegt etwas explizit Revolutionäres darin, Gewalt als Schlüsselfrage der sozialen und politischen Beziehungen darzustellen, und auch in dem, was als Haß auf Demokratie, Akademikertum, Dekadenz, Zögerlichkeit, Schwäche und Weichheit immer wieder auftaucht. Andererseits wird klar und deutlich eine konservative Haltung ausgedrückt: in der freudlosen Rigidität der Geschlechterrollen, in den starren Vorstellungen von Ethik und rassischer Identität, und vor allem in der üblen Auffassung, die schwarze community bestehe aus geistig beschränkten Kreaturen, auf die man mit Tradition, Pädagogik und Organisation einwirken müsse. Es ist eine Verachtung der Massen und eine Furcht vor den Massen, die hier zum Ausdruck kommt. Ice Cube hat von folgender erhellender Unterhaltung mit Minister Farakhan (dem Anführer der *Nation of Islam*) berichtet:

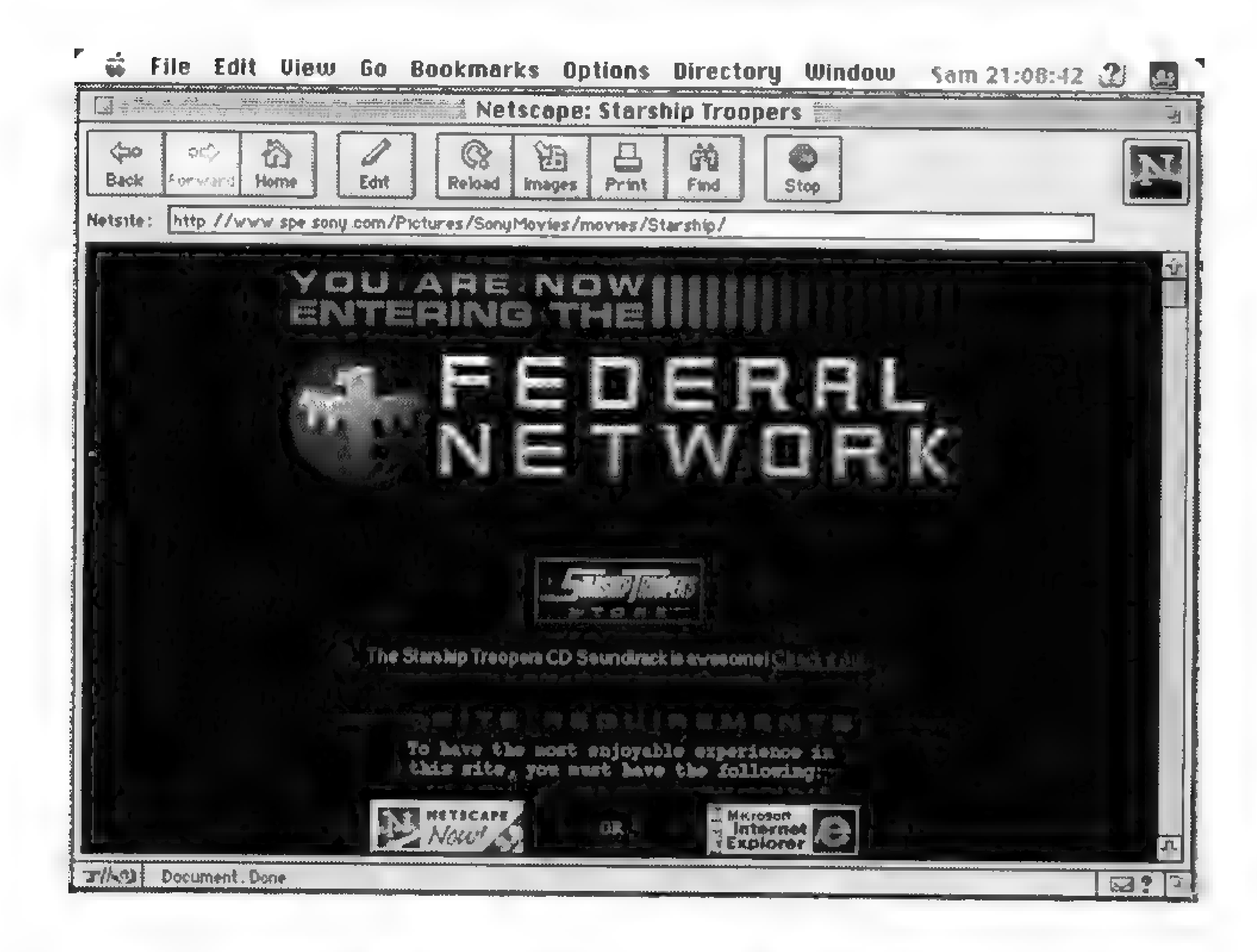
"Geistig, sagte er, sind die Leute wie Babies. Sie sind süchtig nach Sex und Gewalt. Wenn du eine bittere Medizin für sie hast, dann tu sie also auf etwas Zucker, dann kriegen sie beides und bekommen es leichter runter."

Die gefährliche Verbindung von Bio-Politik und revolutionärem Konservatismus ist keine Besonderheit des HipHop. Aber der Konflikt zwischen dieser Variante und anderen, demokratischeren und emanzipativen Vorstellungen, ist am HipHop besonders deutlich. Die schwarze Populärkultur, soweit sie eine kommerzielle ist, macht Politik zu einer Frage von Ästhetik, um von inneren Defiziten abzulenken. Früher war es der Kommunismus, der so etwas geißelte und die Vision einer politisierten Kunst dagegenhielt. Heute ist das die Aufgabe einer neuen intellektuellen Praxis, die sich gegen derart faschistische Tendenzen stellt, indem sie sichtbar macht, wie populäre Kultur immer schon politisch ist - wenn auch nicht in der Art, wie sie den Meinungsführern paßt.

Andy Markovits

Nazischweine im Weltall

Erbaulicher Kinofaschismus



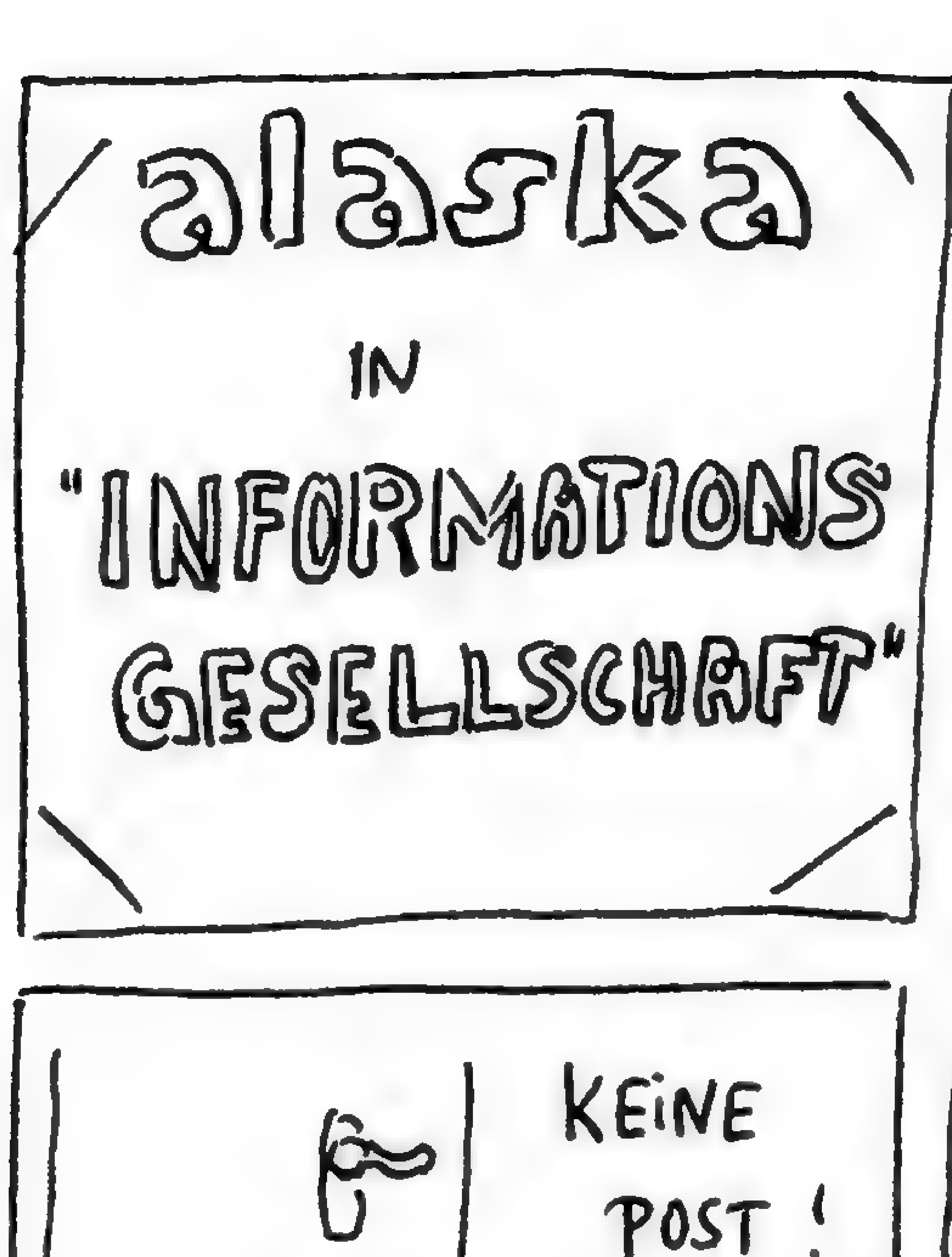
Paul Verhoeven zelebriert in seiner Adaption von Robert Heinleins berüchtigtem SF-Roman *Starship Troopers* faschistische Ästhetik. Herausgekommen ist vor allem ein brutaler Kriegsfilm, der zwar geeignet sein mag, heftige Ablehnung hervorzurufen, aber kaum wirklich zur Erbauung von Fans dieses Genres beitragen dürfte. Andere können ihren Spaß haben, sofern sie nicht bei den Soap Opera Elementen einschlafen oder bei den Horroreffekten während der Kampfszenen das Kotzen bekommen. Verhoevens Genremix sorgt im Ergebnis für permanente Distanz der ZuschauerInnen, zugleich bedient sich die Darstellung der Handlung völlig distanzlos der verschiedenen Genres und spult in totaler Affirmation die Schemata perfekt ab, wie aus dem Filmlexikon zitiert.
Die Insekten sind das eklige, fiese Andere: Innerhalb der verwendeten Genres Kriegs- und Drillepos, Western, Sternenkrieg und First-Person-Shooter Computerspiel, sowie Soap Opera, ist der Gut-Böse Kontrast absolut eingesetzt, alle Menschen sind in dieser Zukunft nicht nur gut, sondern auch wie gute patriotische US-Amis. Eine Steigerung dieser Inszenierung, aber auch einzige Aussicht auf leise Dissonanz dazu, liefert Verhoeven durch permanente Anwesenheit von NS-Symbolen als Selbstkennzeichnung eines hochgradig korporierten Staatswesens der Menschheit und seiner Elite, welche ausschließlich aus Militärs besteht.
Eingerahmt und immer wieder durchwoben ist der Film durch eine Oberfläche aus Wochenschau und Internet-TV: eine dicke, polierte Glasscheibe zwischen BetrachterInnen und Film. Ganz so, als sehe sich ein Geschichtskurs einen Film von Leni Riefenstahl an, in den jemand Soap Opera und Western hineingesampelt hat.
Ironische Elemente verbleiben während des Films innerhalb der genreüblichen jokes, die Ernsthaftigkeit der Darstellung wird nie wirklich gestört, dem gnadenlosen Durchexerzieren obiger Genres verdankt der Film auch seine unheimliche Atmosphäre trotz seiner grellen Buntheit.
Ich denke, erst das Gesamtkunstwerk stellt Distanz zu den gezeigten Inhalten her, der affirmative Einsatz von Mythen, Klischees und Illusionen verdichtet zur Sichtbarkeit, worum es eigentlich geht in *Starship Troopers*.
Die Debatte ist eröffnet: Was ist von dem Film *Starship Troopers* zu halten? Zuersteinmal: er ist eine *Zwiespalt-Attacke*, wie die Spex zurecht notiert. Die Zwiespältigkeit des Filmerlebnisses spiegelt sich in den bisherigen Rezensionen: *Frivoles Meisterwerk* (Spiegel) oder *Unfug* (Jungle World)? Faschismus im Kino verspricht jedenfalls immer ein spannendes Debattenthema: Im Angebot gibt's da die BedenkenträgerInnen, die gegen jede mit Ästhetik statt Pädagogik verbundene Darstellung von Faschismus nach dem Index rufen. Und da sind auch jene, die Faschismus nicht zu erkennen scheinen, sobald Ästhetik dazukommt.
Keine Frage: Verhoevens Nazi-Symbolik ist deutlich. Allerdings dürfte es im Film um mehr als eine besonders krasse Gut-Böse Symbolik gehen, sondern um faschistische Ästhetik.

Kraut-Esthetics

Fälle von jener Blindheit konnte mensch hierzulande in Artikeln anläßlich des Films *Evita* bewundern: "revolutionäre Massenszenen" (IZ3W 219, Februar 97) und ähnlich Begeisterndes aus dem Arsenal der Klassenkampfromantik entdeckte eine Autorin gar. Woher kommt die Schwierigkeit, den Peronismus politisch einzuordnen, und die Aufmärsche einer mindestens nationalchauvinistischen Bewegung von sozialen Kämpfen zu unterscheiden?
Operettenfaschismus hat die Zweite Hilfe (Frühjahr 97) die zeitgemäße, schicke Variante der Provokations- und Tabubrecherfilme von vor zwanzig Jahren genannt. Ein Wiederaufleben der Faszination von Faschismus wurde damals festgestellt, die moderne Variante, zuletzt bei *Evita* zu besichtigen, scheint kulturell konsensfähiger, weil Ästhetisch wertvoller. Vor dem Chic faschistischer Ästhetik sind Linke keinesfalls sicher.
Beide Filme trennt ein deutlicher Unterschied im kommerziellen Erfolg: *Evita*, der Kassenschlager, ist deutlich auf Empathie angelegt. *Starship Troopers* hat möglicherweise zuviel Distanz bei den BetrachterInnen erzeugt, hier wurde die Vorlage mehr verfremdet (*zu größtmöglicher Kenntlichkeit*, Taz, 29.1.98), es ist klar erkennbar, daß es dem Regisseur um Faschismus geht; bei *Evita* ist die Intention der FilmmacherInnen unklarer und unwichtiger, der Film setzt das Musical um, und das übrigens sehr virtuos, sonst wird nichts deutlich, außer daß der Peronismus und seine Frontfrau allemal für strahlende, autoritäre Mythen taugen, die im Kinosessel ohne bitteren Geschmack konsumiert werden können.

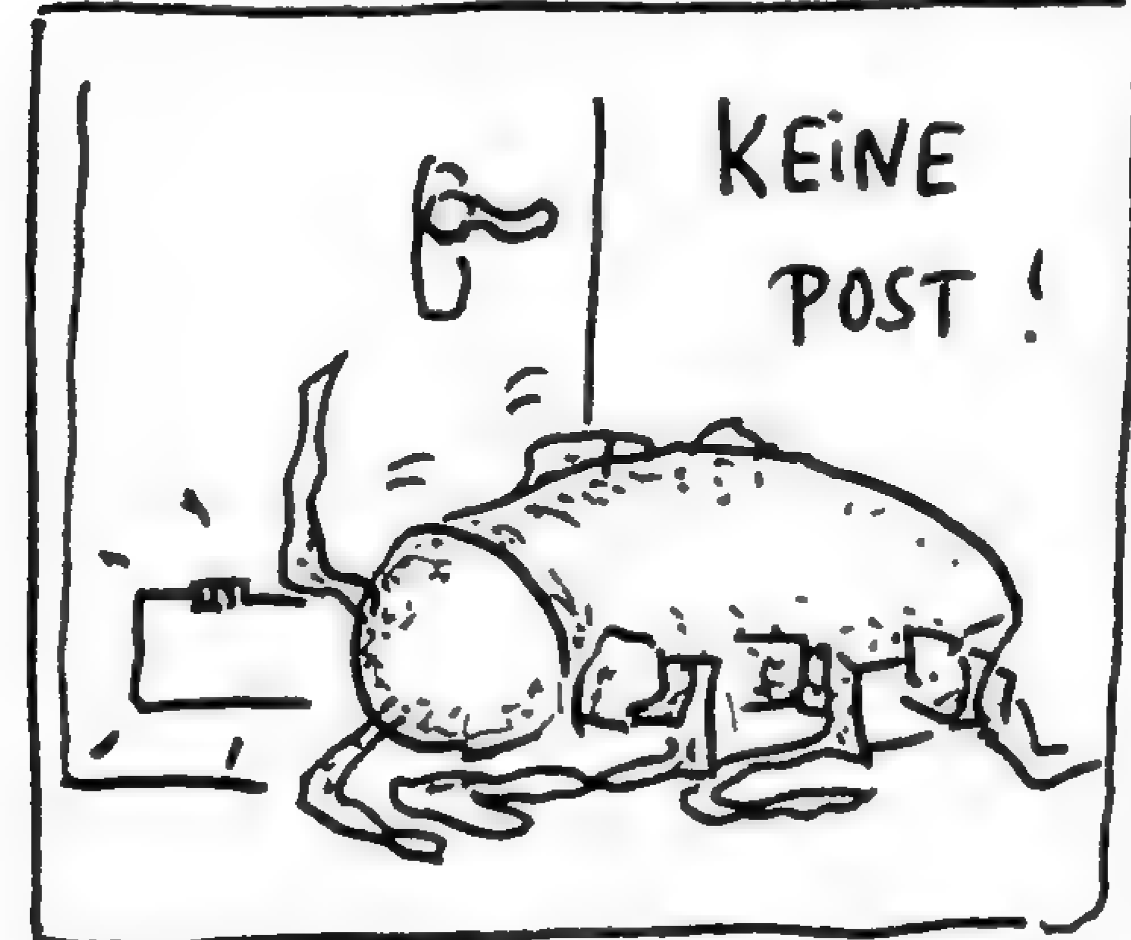
Nazidreck?

So einfach macht es *Starship Troopers* den BetrachterInnen nicht. Spätestens wenn Verhoeven die äußerlichen Gut-Böse Klischees zwischen Mensch und Käfer mithilfe der Nazi-Uniformen vertauscht und die Käfer nicht die Krauts sind, ist es vorbei mit der Ruhe im Publikum. Die Darstellung faschistischer Ästhetik im Film geht noch weiter: die Schöne Neue Welt, die doch so amerikanisch aussieht, bietet als totalitär formierte Maschine einfach nicht den richten Chic.
Und, können Linke so eine Art von Darstellung und Vermarktung dieser Ästhetik ertragen oder dürfen nur sie und andere *aufgeklärte Zuseher* (Spiegel) ins Kino?
Doch, es ist ein guter Film


alaska
IN
"INFORMATIONS
GESELLSCHAFT"


NICHTS LOS !


NIEMAND KOMMT !


KEINE POST !


KEIN FAX !


KEINE MAIL !


ICH MUSS IN EIN KOMMUNIKATIONSLOCH
GESTÜRZT SEIN !


KNARZ
RUMPEL


KAFFEE ! WER MACHT KAFFEE ?!


SCHON WIEDER REDAKTION ! WAS'N THEMA?
> NEUE MEDIEN


CHANCE ODER GEFAHR ?<
MEHR ZWIEBEL-METTWURST, BITTE !

BUKO Geschäftstelle

Weg aus der Krise: Der BUKO schlägt Rat

Erstmalig veranstaltet der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 1998 zwei "Ratschläge" der internationalistischen Basisgruppen und BUKO-Strukturen. Diese sollen zukünftig regelmäßig zweimal im Jahr stattfinden, um den "großen" Kongreß als gemeinsames Diskussionsforum und Entscheidungsgremium der Mitgliedsgruppen zu ergänzen. Die Ratschläge sind Teil der auf dem Kleinen BUKO im November 1997 eingeleiteten Strukturreform des Verbandes. Die beiden Ratschläge 1998 haben folgende Aufgaben:

* Öffentliche Debatte über zukünftige Leitlinien der internationalen Solidaritätsarbeit
* Positionierung des BUKO innerhalb der Internationalismusbewegung und im Spektrum der Vernetzungsstrukturen entwicklungspolitischer Inlandsorganisationen
* Abschluß der BUKO-Strukturreform mit Bildung neuer Entscheidungsstrukturen
* Auseinandersetzung über das Verhältnis zum Konzept der "Nachhaltigen Entwicklung"
* Vorbereitung eines gemeinsam von BUKO-Strukturen und Mitgliedsgruppen getragenen Aktions- und Veranstaltungsprogramms, das mit dem BUKO 22 (Hannover 1999) beginnen soll.

Der "Ratschlag" - eine neue BUKO-Struktur

Um die spätestens seit der Nichtbesetzung des Koordinierungsausschusses (KA) offensichtlich gewordene Strukturkrise des BUKO zu beenden, fand im November letzten Jahres ein "Kleiner BUKO" statt, der die Reformierung der überkommenen BUKO-Strukturen und die Schärfung des politischen Profils des Verbandes in Form einer Zukunftswerkstatt einleiten sollte. Nach einer von den Teilnehmenden einmütig als produktiv erlebten Debatte wurden auch gleich die ersten Schritte energisch in die Wege geleitet und u.a. folgende Beschlüsse zur BUKO-Reform gefällt:

* Um die politische Artikulations- und Handlungsfähigkeit nach außen zu erhöhen, wurde beschlossen, die Dezentralisierung des politischen Mandats und dessen Wahrnehmung durch inhaltlich kompetente Mitgliedsgruppen voranzutreiben. Dem liegt die positive Erfahrung aus der Arbeit der BUKO-Arbeitsschwerpunkte und -Kampagnen zugrunde. Der BUKO hat sich damit bewußt dafür entschieden, trotz der Krise der sozialen Bewegungen an der Basisinitiativen-Orientierung festzuhalten und die Aktivierung der Mitgliedsgruppen als vorrangiges Ziel zu setzen.
* Um der Gefahr der inhaltlichen Beliebigkeit und Zerfaserung zu begegnen, bedarf es einer Instanz, die die politischen Positionsbestimmungen des BUKO inhaltlich diskutiert, demokratisch legitimiert und bei Bedarf bündelt und nach außen vertritt. Der traditionelle Jahreskongreß war damit überfordert und konnte über sein Schwerpunktthema hinaus keine Initiative ergreifen. Auch die Rechenschaftsberichte der Kampagnen und Arbeitsschwerpunkte wurden kaum zur Kenntnis genommen und gingen in einer inhaltsleeren Abstimmungsmaschinerie unter. Mit der neu geschaffenen Struktur des halbjährlich stattfindenden BUKO-Ratschlags soll diese Leerstelle gefüllt werden. Seine vorrangige Aufgabe wird die inhaltliche Positionsbestimmung des BUKO zu bestimmten Themen, die Vergabe und Diskussion politischer Mandate sowie der Austausch unter den verschiedenen BUKO-Strukturen und Mitgliedsgruppen sein. Der Ratschlag ist beschlußfähig. Die politische Außenwirkung des BUKO und die Beteiligung der Mitgliedsgruppen soll so gestärkt werden.

Der BUKO wird sich im Jahr 1998 mit den beiden ersten Ratschlägen auf die Weiterführung und Konsolidierung der organisatorischen Reform und inhaltlichen Neubestimmung konzentrieren, um seine Handlungsfähigkeit zu vergrößern.

Der BUKO 22 soll vor dem Hintergrund der EXPO 2000 im Frühjahr 1999 in Hannover stattfinden.

Adressen

BUKO Geschäftsstelle: Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Telefon 040-39 31 56, Fax 040-39 07 520, e-mail buko@cl-hh.cl.sub.de.
BUKO Agrar Koordination: Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Telefon 040-39 25 26, Fax 040-39 07 520.
BUKO Pharma-Kampagne: August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Telefon 0521-60 550.
BUKO Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport": Buchtstr. 14-15, 28195 Bremen, Telefon 0421-32 60 45, Fax 0421-33 78 177, e-mail rexbuko@oln.comlink.apc.org.
Redaktion alaska - Zeitschrift für Internationalismus: Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen, Telefon 0421-72034, Fax 0421-72034.
Informationsbüro Nicaragua: Friedrich-Ebert-Str. 141b, 42117 Wuppertal, Telefon 0202-30 00 30.

Auf zu neuen Ufern: 1. BUKO-Ratschlag: 30. April bis 3. Mai in Düsseldorf

Düsseldorf, 30. April bis 3. Mai: Endlich ist es soweit. Nachdem in den vergangenen Wochen u.a. auf einem Workshop in Bielefeld/Ostwestfalen die Cho-

reographie der paradoxen Vorwärtsbewegung im geheimen einstudiert wurde (zwei Schritt zurück, Pirouette, halber Sprung nach vorn, Pirouette), lädt nun der BUKO seine Mitglieder zur Welturaufführung seiner neusten Kreation ein: dem ersten BUKO-Ratschlag.
Er beginnt am **Donnerstagabend** und ist zunächst Lockerungsübungen und vergnüglicher Vergegenwärtigung von Episoden aus dem vergangenen Paläolithikum der Verbandsgeschichte vorbehalten. Der Tanz in den Mai wird zu späterer Stunde ratschlagend und Pirouetten drehend in den Gassen der Düsseldorfer Altstadt fortgesetzt.

1. Pirouette: Übersicht durch Rundumblick

Eine Pirouette setzt Standfestigkeit voraus. Die Nüchternheit der ersten Schritte verliert sich aber mit zunehmender Kreiselbewegung.
Nüchtern sollen die aus den Mitgliedsgruppen herbeigeströmten Menschen in vier Arbeitsgruppen exemplarische Arbeitsfelder des BUKOs einer kritischen Sichtung (oder Würdigung) unterziehen. Geplant ist bisher eine Arbeitsgruppe, in der die BUKO-Kampagnen ihre Arbeit vorstellen und zur Debatte stellen wollen. Eingeladen werden soll ebenfalls eine Kampagne, die nicht vom BUKO initiiert wurde, mit der aber viele Mitgliedsgruppen befaßt sind: die Clean Clothes Campaign (eventuell auch eine Initiaitive zu MAI, s. S. 7 des Rundbriefs). Über Fragen des Politikverständnisses (Trend zum Lobbyismus? Verhältnis von Basisorientierung und "Expertentum", hauptamtlichen und Bewegungsstrukturen etc.) kann so jenseits von politischen Glaubenserklärungen anhand konkreter Erfahrungen und Herangehensweisen diskutiert werden. Eine weitere Arbeitsgruppe soll sich mit der Entwicklung in den klassischen länderbezogenen und früher zumeist an verschiedenen nationalen Befreiungsbewegungen orientierten Infostellen und Aktionsgruppen sowie dem Wandel ihres Solidaritätsverständnis beschäftigen. Zum Thema Antirassismus und soziale Frage ist eine dritte AG angedacht. Für viele heimlicher Favorit mag die letzte Arbeitsgruppe sein, die den geheimnisvollen Titel "Was fehlt? Oder:- Neue Ansätze für die BUKO-Arbeit" trägt.
Am **Freitagnachmittag** soll in den bewährten Austausch-AGs weiterdiskutiert werden, um allen Anwesenden eine Bestandsaufnahme der BUKO-Arbeit der letzten Jahre zu ermöglichen. Zur Enttäuschung aller Selbstdarstellungskünstler wird auf ein Plenum verzichtet. Statt dessen wirkliche Kultur und weitere Pirouetten.

2. Pirouette: Aus der Drehung zum Blick nach vorn

Am **Samstagvormittag** wird die Büchse der Pandora geöffnet: Das Selbstverständnis und die politische Positionierung des BUKO innerhalb der entwicklungspolitischen und Internationalismus-Bewegung sollen in zwei kurzen Debattenbeiträgen zur öffentlichen Diskussion gestellt werden. Dabei soll an die Debatten der letzten Kongresse, die mit ihrer grundlegenden Kritik patriarchaler Strukturen und rassistischer Hierarchisierungen sowie der Infragestellung des herrschenden Entwicklungsbegriffs Elemente einer politischen Neubestimmung beinhalteten, angeknüpft werden. Durch Globalisierung und weltweite Durchsetzung des neoliberalen Modells hat sich zudem die soziale Frage in neuer Form gestellt und die Beziehungen zwischen "Erster" und "Dritter" Welt verändert. Stärker als zuvor sind wir auch hier gefordert, Alternativen zum herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell im Sinne einer Ethik der Solidarität und Egalität zu entwickeln.
In dem Debattenteil wird es vor allen Dingen darum gehen, herauszuarbeiten, welche inhaltlichen Positionen als BUKO-Konsens angesehen werden können und an welchen Punkten eine weitere kontroverse Diskussion notwendig ist. Dies ist die Basis für jede politische Artikulation nach außen. Die Diskussion soll wiederum in Kleingruppen geführt werden.
Auf der Grundlage des vorangegangenen inhaltlichen Austauschs soll dann am **Nachmittag** versucht werden, die auf dem "Kleinen BUKO" vom November letzten Jahres begonnene Strukturdebatte in greifbare Ergebnisse umzusetzen.
Welche neuen Organisationsformen und Strukturen braucht der BUKO, um seine inhaltliche Arbeit umzusetzen? Wie können Entscheidungsmechanismen aussehen, die gleichzeitig eine größtmögliche Beteiligung der BUKO-Mitgliedsgruppen ermöglichen und basisdemokratisch legitimiert sind, aber auch flexibel genug, um politisch nach außen agieren und auf aktuelle Ereignisse Bezug nehmen zu können? Wie soll die Vergabe der politischen Mandate geregelt und die Diskussion der mit ihnen vertretenen Positionen gewährleistet werden? Wie kann der Austausch der BUKO-Strukturen (Kampagnen, Arbeitsschwerpunkte, Zeitung, Geschäftsstelle) untereinander sowie die Kommunikation mit den Mitgliedsgruppen verbessert werden? Was ist die Aufgabe der Geschäftsstelle, was die von "alaska"? Soll es ein SprecherInnengremium geben, welches den BUKO nach außen vertritt?
Antworten auf diese - oder ganz andere - Fragen sollen in Arbeitsgruppen gesucht und möglichst in konkrete Vorschläge umgesetzt werden. Kein Plenum (der Horror vacui...)! Noch mehr Kultur. Tanz, Disco, rauschhafte Zustände.

3. Halber Sprung nach vorn und (un?-)sanfte Landung

Sonntag: PLENUM. Allen Ernstes. Mit Löwenbändiger und professioneller Moderation.
Die Vorschläge der Arbeitsgruppen werden zur Diskussion gestellt. Heftige Debatte. Sternstunde aller BUKO-Strategen. Einmischung aller Nicht-StrategInnen. Entscheidungen. Boden unter den Füßen und Aufbruch zu neuen Ufern.

P.S.: Nach dem Kleinen BUKO war so etwas wie Aufbruchstimmung spürbar. Das fordert Einmischung. Also: Bombardiert das Hauptquartier! Sendet Vorschläge, Einsprüche, Ideen, Papiere, Querdenkerisches an die BUKO-Geschäftsstelle, an die "alaska". Die Debatte ist eröffnet. Beteiligt euch am Ratschlag. Denn wer nicht Rat schlägt, kommt unter die Räder.

BUKO Geschäftsstelle

Wie werden wir reich?

Zur Diskussion um Geld und PromotorInnen

Angeregt durch das vom ABP veranstaltete Fachgespräch "Perspektiven der Finanzierung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit" hat sich seit November eine Diskussion zwischen verschiedenen GeberInnen- und NehmerInnenstrukturen über die zukünftige Finanzierung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit entwickelt.
Wichtige Grundlagen dieser Diskussion sind die Studie "Die Tyrannei der Ökonomie" (für 12,- DM zu bestellen bei WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn, Fax. 0228-696470) sowie der Vorschlag für ein bundesweites Stiftungs- und PromotorInnenmodell, der von den Ländernetzwerken publiziert wurde (Bezug: LAG3W e.V., Achtermannstr. 10-12, 48143 Münster).

Eine auf dem Kleinen BUKO gebildete Finanzgruppe hat dazu folgende Positionen entwickelt:
· Der BUKO begrüßt grundsätzlich jede Initiative, den Staat in die Pflicht zu nehmen, die entwicklungspolitische "Inlandsarbeit" zu fördern.
· Der BUKO fordert den Erhalt des ABP. Er hat sich als effektives, unbürokratisches und politisch neutrales Förderinstrument bewährt. Zudem ist der ABP die einzige Förderstruktur auf Bundesebene, die kleineren und mittleren Trägern durch institutionelle Förderung eine längerfristige Planung ermöglicht.
· Zum PromotorInnen-Modell: Die bisherige Fassung läßt noch viele Fragen offen. Das Modell bedient in erster Linie die Interessen der Ländernetzwerke, andere Strukturen und Organisationsformen werden kaum berücksichtigt. Das Übergewicht der Ländernetzwerke sowohl in der Besetzung der PromotorInnenstellen als auch in der Besetzung des Vergabeausschusses ist nicht akzeptabel.
· Das PromotorInnen-Modell entspricht nicht dem derzeitigen Vernetzungszustand der Szene. Die verschiedenen von ihm betroffenen Strukturen wurden bisher nicht gefragt, ob sie diese Art der Vernetzung überhaupt wünschen. Würde das Modell in seiner aktuellen Fassung verwirklicht, würde dies tendenziell zu einer völligen Neustrukturierung der Soliszene führen. Ein dicht geknüpftes Koordinationsnetz, in dem die Ländernetzwerke die Fäden in der Hand halten. Der Druck, sich in dieses Netzwerk zu integrieren oder in Zukunft aus Fördermaßnahmen ganz rauszufallen, wäre enorm groß.
· Der BUKO bevorzugt eine Trägerstrukturförderung personeller und materieller Art. Es sollten zunächst die Strukturen abgesichert werden, die bereits bestehen und seit langem qualifizierte Arbeit machen. Beim PromotorInnen-Modell besteht die Gefahr, daß neue Strukturen geschaffen werden, denen die reale Anbindung an die "Szene" fehlt. Außerdem: PromotorInnen-Arbeit ist zusätzliche Arbeit, sie geht also teilweise zu Lasten der bisherigen Arbeit. Unterstützenswert ist aber nicht nur die Koordinationstätigkeit der PromotorInnen, sondern auch die eigene, inhaltliche Arbeit.
· Bei der Förderung sollten Kriterien angelegt werden
- Die vorrangigen Zielgruppen einer Förderung müssen klar definiert werden
- Kleine, lokale Initiativen sollen bevorzugt gefördert werden. Die machen nämlich die engagierteste Arbeit, haben aber auch die größten Probleme, an bisherige Fördermittel heranzukommen. Keine Förderung für NRO's, deren Jahresbudget ein bestimmtes Volumen überschreitet.
- "Institutionelle", nicht projektgebundene Förderung, die wichtigen Trägem (u.a. auch Zeitschriften) eine längerfristige Planung ermöglicht, sollte ein Schwerpunkt sein.
- Unbürokratische Vergabestruktur, die die Partizipation kleiner Gruppen ermöglicht.
· Für die verschiedenen "Arten" von NRO's sollten von vornherein Schlüssel angesetzt werden, um zu verhindern, daß in der Vergabe bestimmte Strukturen auf Kosten anderer begünstigt werden.

Konkret könnte dies so aussehen:
Die Stiftung bietet zwei Förderwege an:
a) eine Struktur- und Vernetzungsförderung. Sie kommt bundes- oder länderweit arbeitenden Netzwerken und Informationsstellen zur Aufrechterhaltung ihrer Personal- und Infrastruktur zugute. Dies wären beispielsweise (bitte nicht böse werden, wenn was fehlt): Ländernetzwerke, BUKO, VENRO, AG3WL, INKOTA, langfristig angelegte Kampagnenbüros, Länder- und Fachinformationsstellen, Zeitschriften, Entwicklungspolitische Informationszentren (EPIZ), "Lobbyorganisationen" (Weed, Germanwatch etc.)
Die genannten Strukturen würden über einen gemeinsam festgelegten Schlüssel feste Zuschüsse erhalten, die sie selbst verwalten. Zur Struktur- und Vernetzungsförderung wäre auch die Finanzierung von PromotorInnenstellen zu zählen.

b) eine Projektförderung für konkrete Maßnahmen, die vor allem lokalen Initiativen zugute kommen soll. Hierbei wäre auch ein Kleinprojektetopf mit einem unbürokratischen Antragsverfahren vorzusehen. Die Vergabe der Projektmittel sollte durch ein Gremium erfolgen, das von den unter "a)" genannten Strukturen gemeinsam besetzt wird.

Nähere Informationen über den weiteren Verlauf der Diskussion gibt's bei Jürgen Knirsch (BUKO Agrar Koordination) oder Heiko Möhle (BUKO Geschäftsstelle)

BUKO Geschäftsstelle

Kanther, Schröder & Co.- jetzt reicht's!

Zum antirassistischen Ratschlag hatte der BUKO Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik nach Radevormwald bei Wuppertal eingeladen. Die Konferenz diente dazu, an verschiedenen Beispielen Mechanismen der Kriminalisierung und Illegalisierung von MigrantInnen und Flüchtlingen darzustellen.
Ausgehend von der Einschätzung, daß die sog. 'Ausländerkriminalität' weitgehend ein Effekt der repressiven staatlichen Politik in Sachen Flucht und Migration ist, wurde über Perspektiven der Entkriminalisierung und Legalisierung diskutiert. Angesichts der im anstehenden Bundestagswahlkampf zu befürchtenden rassistischen Hetze (Stichwort 'Innere Sicherheit') sollten Möglichkeiten entwickelt werden, diesem Diskurs aus antirassistischer Perspektive etwas entgegenzusetzen.
Der Ratschlag war mit 40 TeilnehmerInnen aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen der antirassistischen und Flüchtlingsarbeit gut besucht. Arbeitsgruppen zu den Themen Fluchthilfe, Drogenmarkt und Frauenhandel/Prostitution beschäftigten sich mit Kriminalisierungsmechanismen von MigrantInnen und Flüchtlingen, deren Folgen für die Betroffenen und sich daraus ergebenden politischen Forderungen.
VertreterInnen der PDS, der Forschungsstelle Flucht und Migration (Berlin), des Antirassismus Büro Bremen, des Göttinger Bündnisses "Kein Mensch ist illegal", der Gruppe Blauer Montag und der Organisation Amnesty for Women (beide Hamburg) nahmen als ReferentInnen am Ratschlag teil. An dieser Stelle kann nur aus der Arbeitsgruppe "Fluchthilfe" berichtet werden, ein ausführliches Protokoll der Veranstaltung ist in der BUKO-Geschäftsstelle erhältlich.

Arbeitsgruppe Fluchthilfe

Das Thema Fluchthilfe wurde am Beispiel der Kriminalisierung von TaxifahrerInnen an der Ostgrenze diskutiert. Harald Glöde von der Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM Berlin) berichtete von der Verfolgung von TaxifahrerInnen an der Grenze zu Polen. Den KutscherInnen wird zur Last gelegt, daß sie Flüchtlinge ohne Papiere beförderten bzw. befördern wollten. Die Gerichte und Verfolgungsbehörden wenden dabei den 1994 ins Ausländergesetz aufgenommenen §92 an. Es ist § 92 a - "Einschleusung von Ausländern" - der den KutscherInnen zur Last gelegt wird.

Nach dem Beförderungsgesetz sind die FahrerInnen verpflichtet alle Menschen zu befördern, auch haben sie selbstverständlich kein Recht, Ausweispapiere u.ä. zu kontrollieren.
Die FahrerInnen sind folglich in einer Zwickmühle. Lehnen sie Fahrten ab, begehen sie eine Ordnungswidrigkeit. Nehmen sie Fahrten mit Nicht-Deutschen an, könnte es sein, daß sie kriminalisiert werden, da diese Menschen keine Papiere haben. Der BGS und einige Taxizentralen stehen den FahrerInnen "hilfreich" zur Seite. Letztere wollen sich bei den Behörden für FahrerInnen einsetzen, die "fälschlicherweise" Fahrten ablehnten. Der BGS startete schon Mitte letzten Jahres eine sog. Aufklärungskampagne. Dort wurden die FahrerInnen dazu ermuntert: "Nehmen sie keine offensichtlich illegal eingereisten Personen in Ihrem Taxi mit!" Die FahrerInnen sollten dies nach dem "äußeren Erscheinungsbild, dem Kleidungszustand und anderen äußeren Auffälligkeiten" beurteilen.
Parallel zu dieser „Aufklärungsarbeit" arbeitet der BGS mit Taxizentralen zusammen. Sollte ein Fahrer Menschen ausländischer Herkunft im Wagen haben, kann er den BGS verständigen, damit diese Menschen kontrolliert werden. Die Folge dieser Hetze ist, daß an der ostdeutschen Grenze Menschen mit "nicht-deutschem Erscheinungsbild" kaum mehr eine Taxe bekommen. Sollte es dennoch mal der Fall sein, dann passiert es schon einmal, daß die FahrerIn die Beförderten zur Personenkontrolle zum BGS bringt, bevor sie zum Fahrtziel weiterfahren. Die TaxifahrerInnen werden so zu Gehilfen des BGS gemacht.
In den gerichtlichen Verfahren gegen die TaxifahrerInnen wird der Verfolgungswille der Justiz in Zittau deutlich. Die Staatsanwaltschaft bietet mittlerweile einen „Kronzeugen" auf. Der ehemalige Taxifahrer, der selbst als „Schleuser" verurteilt wurde, hat seine geringe Strafe scheinbar mit seiner Kronzeugen-Rolle ausgehandelt. Regelmäßig denunziert er seine ehemaligen KollegInnen. Mit seinem Insider-Wissen erklärt er dem Gericht, was an den Aussagen der Angeklagten nicht stimmen könne. Natürlich gilt seine Aussage glaubhafter als alle anderen. Den Angeklagten und den Zeugen der Verteidigung (meist die beförderten Flüchtlinge) wird unterstellt, sie würden ihre Aussagen absprechen.
Eine weitere Besonderheit ist auch der Richter. Die Berufungsverhandlungen wurden bislang immer vom selben Richter geleitet. Dieser hat vorher als Staatsanwalt am Amtsgericht in Zittau gearbeitet. In wieweit er dort schon in die Fälle involviert war, konnte bislang nicht herausgefunden werden.

BUKO und "Kein Mensch ist illegal"

Die anschließende Diskussion kreiste um die Frage, wie dieser Form der

Kriminalisierung von Fluchthilfe auch im Rahmen der Kampagne „Kein Mensch ist illegal" entgegen getreten werden kann:
Harald erzählte u.a., daß die FFM in Zittau Veranstaltungen gemacht habe. Die Öffentlichkeitsarbeit (Berichte z.B. in der Frankfurter Rundschau) bewirkte überregionale Reaktionen, die die unglaubliche Situation für die KutscherInnen anprangern.
Wie können wir also mit dem Thema in die Offensive gehen? Bei der Diskussion dieser Frage mußten wir klären, wie wir zu „professioneller Fluchthilfe" stehen, die oft unter menschenverachtenden Bedingungen durchgeführt wird und folglich keine humanitäre Hilfe ist, sondern einfach nur ein Geschäft.
Infoveranstaltungen sollen ein differenziertes Bild von Fluchthilfe zeichnen und gegen ihre Dämonisierung und Romantisierung angehen. In den Städten könnten Wurfsendungen verteilt werden, die diejenigen konterkarieren, mit welchen der BGS in Zittau und anderswo zur Denunzierung von Flüchtlingen aufrief und TaxifahrerInnen bei fehlender Kooperation mit Strafe bedrohte. Bei sog. Schlepperprozessen sollte eine Prozeßbeobachtung stattfinden. Während des im Sommer geplanten Camps an der Grenze können diverse Aktionen durchgeführt werden. Das Camp wird im Rahmen der Initiative "Kein Mensch ist illegal" vorbereitet. Auf Anregung des Ratschlags hat die FFM inzwischen einen Reader zum Thema "Fluchthilfe" zusammengestellt.
Konkrete Handlungsmöglichkeiten wurden auf dem Ratschlag besonders für die lokale und regionale Ebene diskutiert. Die Initiative "Kein Mensch ist illegal" bietet hierfür vielfältige Anknüpfungspunkte. Der Aufruf "Kein Mensch ist illegal" entstand im Juni 1997 auf der Kasseler documenta X im Rahmen des hybrid workspace. Eine Konferenz antirassistischer und in der Flüchtlingsunterstützung tätiger Gruppen aus dem kirchlichen, gewerkschaftlichen und unabhängigen Spektrum verabschiedete ihn als Auftakt zu einer bundesweiten Kampagne zur politischen und praktischen Unterstützung illegalisierter MigrantInnen. Der Aufruf erschien im Herbst 1997 in verschiedenen Tageszeitungen, u.a. in der Frankfurter Rundschau. Im Dezember 1997 erschien eine umfangreiche taz-Beilage zum Thema. Die Initiative arbeitet dezentral. Mitglieder des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Rassismus und Flüchtlingspolitik sind in verschiedenen lokalen Gruppen von "Kein Mensch ist illegal" engagiert, und seit Februar 1998 fungiert die BUKO-Geschäftsstelle als Kontaktadresse für den Hamburger Regional-Koordinierungskreis der Initiative.
Ein **ausführliches Protokoll** des Ratschlags sowie der Reader zur Fluchthilfe und die Zeitungsbeilage der Initiative "Kein Mensch ist illegal" können in der BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, bestellt werden.
Verschiedene BUKO-Strukturen wollen die vom Internationalen Menschenrechtsverein Bremen e.V. initiierte "Karawane für die Rechte von Flüchtlingen" unterstützen. Diese soll im Sommer '98 durch die BRD ziehen. Ihre Vorbereitung hat mittlerweile konkrete Züge angenommen. Insbesondere Flüchtlings- und MigrantInnengruppen sind aufgerufen, sich an der Karawane zu beteiligen.

Kontakt: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Kornstr. 51, 28201 Bremen, Tel.: 0421 - 55 77 093, Fax: 0421 - 49 87 276, email: mail@humanrights.de.

BUKO-Seminar: "Kritik des Entwicklungsdenkens und der Identitätspoltik" am 13. - 15. März in Dortmund.

Die Idee zu diesem Seminar entstand auf dem Paderborner BUKO im Forum 5 "Emanzipation neu denken". - Daß es mit dem Denken" - so schwierig das schon ist - nicht getan ist,wurde uns bei unseren Vorbereitungstreffen für das obige Seminar bald klar: Auch wenn wir intellektuell das Entwicklungsdenken wegen seiner Effizienzorientierung, wegen seines universalistischen Anspruchs, wegen der Orientierung am Leitbild der "nachholenden" Entwicklung ablehnen, so hat dennoch in unserem alltäglichen Leben das Entwicklungsdenken einen hohen positiven Stellenwert - z.B. im Sinne von psychischer Weiterentwicklung, im Sinne von Veränderung, von Lebendigkeit, verbunden mit der Befürchtung: Wenn es keine Entwicklung gibt, dann herrscht Stillstand.

Ähnlich bei der Identitätspolitik, die wir einerseits sehr kritisch betrachten, da sie zu Ausgrenzungen führt und Gefahr läuft, systemtragende Kategorien festzschreiben. Andererseits prägen Identitäten unser alltägliches Leben und die Strukturen in sozialen Bewegungen und in unseren Gruppen. Und es wird wohl politisch unverzichtbar bleiben, an Identitäten anzuknüpfen, ohne diese festzuschreiben.
In dem Seminar wollen wir uns - u.a. auch in Form einer kurzen Version der Zukunftswerkstatt - mit folgenden Fragen beschäftigen:

- Inwiefern sind wir geprägt von Entwicklungsdenken und Identitätspolitik, auch wenn wir uns als systemoppositionell verstehen ?
-Inwiefern werden unkritische Inhalte bezüglich Entwicklungsdenken und Identitätspolitik über unsere Aktionsformen transportiert ?
- Wie sieht der Spannungsbogen aus zwischen dem politischen Selbstverständnis meiner Gruppe einerseits und ihrer Praxis andererseits ?
- Was verbindet uns untereinander, und mit wem sind wir solidarisch ?

Außerdem wird es kurze informative 'Impulse' geben zu folgenden Themen: naturwissenschaftliches Entwicklungsdenken, Gustavo Estevas Kritik der Entwicklung, Kritik der entwicklungspolitischen Projekte, unser Hintergrund - die Aufklärung, Identitätspolitik und Dekonstruktion, Zusammenhang zwischen Entwicklungsdenken und Identitätspolitik.

Die Vorbereitungsgruppe

Anmeldung bis Ende Februar bei der Geschäftsstelle.Teilnahmebeitrag = 60 / 80 DM

Markus Wissen

Glokalisierung

Regionen in der globalen Standortkonkurrenz - Ein Seminarbericht

Die Begriffe "Globalisierung" und Regionalisierung" werden in aktuellen politischen und wissenschaftlichen Debatten geradezu inflationär verwendet. Oft geht es dabei weniger darum, neue Entwicklungen begrifflich zu fassen, als handfeste ökonomische Interessen hinter dem "Mantel des Sachzwangs" zu verbergen. Angesichts der Globalisierung, so heißt es, könne die "Schicksalsgemeinschaft" am Standort Deutschland nur bestehen, wenn sie vom "Besitzstandsdenken" Abschied nehme. Wer für die Regionalisierung politischer Kompetenzen eintritt, propagiert damit nicht zuletzt die Entsolidarisierung zwischen reichen und armen Regionen. Jüngstes Beispiel ist die Forderung Stoibers nach einer Regionalisierung der Sozialversicherung. Doch auch jenseits des ideologischen Gebrauchs der Begriffe stellt sich die Frage, ob hier nicht längst bekannte Sachverhalte mit neuen Etiketten versehen werden. In einem Seminar, das der BUKO in Zusammenarbeit mit dem AKE Vlotho veranstaltete, sollte ein analytischer und politisch-strategischer Zugang zu der Thematik gefunden werden: Was ist neu an den mit Globalisierung und Regionalisierung bezeichneten Entwicklungen? Wie hängen beide miteinander zusammen? Inwieweit läßt sich die Region" emanzipatorisch besetzen?

In einem einleitenden Vortrag vertrat Susanne Heeg (Berlin / Frankfurt/Oder) die Auffassung, das Neue in den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Beziehungen liege in der Transnationalisierung der Produktion. Sie unterschied idealtypisch zwischen einer globalen und einer transnationalen Strategie multinationaler Konzerne. Erstere zeichne sich durch eine starke Zentralisierung von Entscheidungsfunktionen aus, ziele vor allem auf das Ausnutzen von Kostenvorteilen und sei charakteristisch für die fordistische Phase des Kapitalismus, in der die Multis mit standardisierten Produkten die Weltmärkte eroberten. Letztere trage den veränderten Bedingungen von Wettbewerbsfähigkeit Rechnung, die sich im Zuge der Fordismuskrise seit Mitte der 70er Jahre entwickelt haben: Die hierarchischen Konzernstrukturen wandelten sich in dezentrale Netzwerke und orientierten sich weniger an Kostendifferenzen als an regionalen Besonderheiten. Die standardisierte weiche der flexibilisierten Produktion, die sich nach den regional spezifischen Nachfragebedingungen richte.

Als Folge dieser Entwicklung erfahre die Region eine Aufwertung: Wenn das Kapital nicht mehr mit Autobahnanschlüssen, Flughäfen und einem großen Flächenangebot geködert werden könne, seien regionale Akteure gefordert, ihm mit spezifischen, das heißt auf die konkreten Unternehmensbedürfnisse zugeschnittenen, Standortfaktoren die Ansiedlung schmackhaft zu machen. Dazu gehörten speziell qualifizierte Arbeitskräfte, Aus- und Weiterbildungszentren, Zulieferer- und Abnehmernetzwerke sowie Forschungseinrichtungen ebenso wie kulturelle events. Daraus aber nun Perspektiven einer eigenständigen Regionalentwicklung abzuleiten, sei verfehlt. Vielmehr wetteiferten die Regionen um die attraktivsten Standortprofile, wodurch sich nicht nur der Abstand zwischen ihnen vergrößere, sondem auch intraregional die Gegensätze an Schärfe gewännen. Damit diese nicht zum Investitionshindernis würden, reagierten die Verantwortlichen mit Ausgrenzung, Vertreibung (z.B. von Obdachlosen aus den Innenstädten) und Repression.

Eberhard Weber (Kirchzarten / Freiburg) und Thomas Sablowski (Frank-



furt/Main) stellten Regionalisierungsprozesse anhand der Fallbeispiele Indien bzw. Italien vor. In beiden Fällen handelt es sich um Länder, die infolge der räumlichen Konzentration dominanter Wirtschaftszweige durch starke interregionale Disparitäten gekennzeichnet sind. Letztere bilden den Nährboden für regionalistische Bewegungen, die über die Konstruktion regionaler Identitäten den Konflikt mit dem Zentralstaat und anderen Regionen schüren. Weber betrachtete den Regionalismus in Indien vor dem Hintergrund einer forcierten Weltmarktintegration des Landes (als Resultat der Uruguay-Runde des GATT) und der dadurch verstärkten Tendenzen gesellschaftlicher Polarisierung. Am Beispiel des indischen Bundesstaates Tamil Nadu zeigte er, wie die herrschenden drawidischen Parteien die sozialen Gegensätze in einen Konflikt Zentralstaat-Region umdeuten oder ihnen einen religiösen Charakter zu verleihen versuchen (Brahmanen vs. Nicht-Brahmanen). Ergänzt durch eine populitische Klientel-Politik und die mediale Inszenierung von Führerpersönlichkeiten entstünde so die Basis für eine religiös eingefärbte 'Wohlfahrtsdiktatur'".

In Italien ist es die Lega Nord, die die zunehmenden sozialen Gegensätze in einen regionalistisch-wohlfahrtschauvinistischen Diskurs transformiert. Thomas Sablowski untersuchte dies vor dem Hintergrund der ökonomischen Strukturveränderungen seit der Krise des Fordismus. Letztere sei vor allem die Krise des nordwestitalienischen Industriedreiecks Turin-Mailand-Genua gewesen, in dem die typisch fordistischen Großunternehmen ansässig sind. Das sog. "Dritte Italien" - der Nordosten und Mittelitalien (das "Erste Italien" ist der erwähnte industrialisierte Nordwesten, das "zweite" der ländliche Süden) - verzeichnete dagegen hohe Wachstumsraten: Geprägt durch eine hohe Dichte an miteinander vernetzten kleinen und mittleren Unternehmen, die über marktförmige und nicht-marktförmige, persönliche Beziehungen miteinander vernetzt sind, habe die Region es vermocht, flexibel auf die veränderten Bedingungen zu reagieren. Aufgrund ihres ökonomischen Erfolgs habe sie den Theoretikern der "industriellen Distrikte" und der "flexiblen Spezialisierung" als empirische Vorlage gedient. Mittlerweile ist jedoch, so Sablowski, der Stern des "Dritten Italien" im Sinken begriffen:

Die nordwestitalienischen Großunternehmen hätten aufgrund von Restrukturierungen an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Gleichzeitig erodierten in den industriellen Distrikten die traditionellen sozialen Beziehungen und damit die soziale Grundlage des ökonomischen Erfolgs. In dieser Konstellation sah Sablowski die soziökonomische Voraussetzung für den Aufstieg der Lega Nord. Unter den krisengeschüttelten Kleinunternehmern des Dritten Italien mache sich ein Gefühl der relativen Deprivation" breit. Dieses verstehe die Lega auszunutzen, indem sie es regionalistisch, wohlstandschauvinistisch und rassistisch artikuliert.

Ist für die Linke unter diesen Umständen ein positiver Bezug auf "Region" möglich? Dieser Frage widmeten sich Georg Lutz und Ulla Peters. Während ersterer autobiographisch Rückschau auf den Widerstand gegen das geplante AKW Wyhl und die sich daran anschließenden Versuche einer selbstbestimmten Aneignung von Räumen hielt, befaßte letztere sich mit den Perspektiven einer eigenständigen Regionalentwicklung. Ansätze dazu seien durchaus vorhanden. Das Problem liege aber in deren mangelnder Ausstrahlungskraft, das heißt, in der Schwierigkeit, sie einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln. Die Frage einer selbstbestimmten Regionalentwicklung werde dadurch zu einem "kulturellen Projekt": Die Linke müsse sich um eine hegemoniale Regionalisierung" bemühen. In der Diskussion der Thesen von Ulla Peters traten gegensätzliche Positionen zutage, die durchaus für die gegenwärtig im BUKO geführten Debatten repräsentativ sind: Während sich manche TeilnehmerInnen positiv auf die von der "Schwertfisch"-Gruppe propagierte "Abwicklung des Nordens" bezogen und die "Perspektiven selbstbestimmter Regionalentwicklung in einer Zurückdrängung des weltmarktorientierten Sektors" sahen, kritisierten andere dies als eine wenig weiterführende Dichotomisierung von kapitalistischem System einerseits und autonomen Räumen andererseits und plädierten dafür, ein alternatives Projekt ausgehend von den mehr oder weniger offen zutagetretenden strukturellen Widersprüchen des Kapitalismus selbst zu entwickeln. Auch die Analyse der Globalisierungs- und Regionalisierungsprozesse wurde kontrovers diskutiert. Umstritten war vor allem die Frage nach einer neuen Qualität in den weltwirtschaftlichen Beziehungen. Verschiedene TeilnehmerInnen machten gegenüber den von Susanne Heeg konstatierten Veränderungen auf Kontinuitäten aufmerksam und betonten den ideologischen Charakter des Globalisierungs-Begriffs. Wie immer konnten die strittigen Punkte nicht erschöpfend diskutiert werden. Deshalb, aber auch im Hinblick auf die Perspektiven-Diskussion innerhalb des BUKO, wäre es lohnenswert, die Debatte in einem anderen Rahmen fortzuführen.

Kampagne "Kein Mensch ist illegal"

Bundesweite "Karawane" für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen

Stand der Diskussion

Im November hatte der IMRV zu einem ersten Treffen nach Bremen eingeladen, um eine bundesweite „Karawane" von Flüchtlingen als Idee zu diskutieren. Dieses Treffen war klein, aber ermutigend, weil großes Interesse und Unterstützungsbereitschaft signalisiert wurde. Das zweite bundesweite Treffen im Dezember, ebenfalls in Bremen, zeichnete sich durch die Verdoppelung der TeilnehmerInnenzahl aus, sowie durch rege Anteilnahme von MigrantInnen und Flüchtlingen aus vielen Ländern. Kurdische Vertreter wiesen darauf hin, daß es nicht nur um Abschiebungen gehen könne, sondern verstärkt auch die sozialen und politischen Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen in den Blick genommen werden müßten, was unsere Sichtweise erweitert hat. Sie erklärten ihre Unterstützung und Teilnahme. Tamilische Vertreter erklärten, den Rassismus sowohl auf Sri Lanka wie in Deutschland zu bekämpfen. Sie wiesen darauf hin, daß sie in vielen Städten präsent wären. Auch sie sagten ihre Teilnahme zu.

So haben wir gut organisierte Flüchtlinge bereits an unserer Seite. Auch andere Menschen und Gruppen zeigten sich begeistert von dem Vorschlag, daß etwas passieren müsse und der Zeitpunkt gerade recht sei. „Für uns ist die „Karawane" nicht mehr länger nur eine Idee, sondern nun bereits ein Projekt". (...)

Ein Diskussionspunkt bezog sich auf den Slogan, sowie die Frage ob „Kein Mensch ist illegal" auch von der „Karawane" mitgetragen wird.

Von einem Vertreter des „Menschenrechtsvereins" wurde erklärt, daß jede Flüchtlingsgruppe ihre eigenen Probleme hätte und sie deshalb auch dazu neigen würde, nur um ihre eigenen Probleme zu kämpfen. So sei es bei den Tamilen, und bei den Kurden sehe es ähnlich aus. Andererseits treffe eine Verschlechterung der Situation der Flüchtlinge alle, deshalb sollten sie sich über den politischen Kampf miteinander verbinden.

Die „Karawane" will in erster Linie Flüchtlinge und MigrantInnen zu Wort kommen lassen. Sie sollen sich mit der „Karawane" identifizieren können, und sie letztlich auch tragen und zu ihrer eigenen Sache machen. Deshalb wollen wir die Anliegen der „Karawane" nicht in einem Slogen komprimieren, sondern viele Slogans haben, für alle Formen von Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Das wollen wir versuchen. Wir möchten nicht den Eindruck erwecken, daß wir uns ausschließlich auf Abschiebungen konzentrieren und andere Belange als zweitrangig erachten. Abschiebungen sind nur das scharfe Ende des Rassismus, das ist alles. Deshalb sollen alle Anliegen einbezogen und miteinander verbunden werden, wir wollen lieber mehr sagen, als weniger.

Mittlerweile haben wir den Eindruck gewonnen, daß der Slogan „Kein Mensch ist illegal" - mit dem auch wir begonnen haben, für eine Mobilisierung von Flüchtlingen nicht mehr der Beste ist. Er ist wohl der Beste für die antirassistischen Gruppen. Doch demgegenüber wollen Flüchtlinge ihre Anliegen konkreter vorbringen.

Daraus ergibt sich, daß es mit einem Flugblatt nicht getan ist. Vorgeschlagen wurde eine ganze Reihe von Flugblättern zu machen, die auf einfache, nachvollziehbare Art die Anliegen der „Karawane" und der Flüchtlinge darstellen. Dies beinhaltet auch Flugblätter zur politischen Lage in den einzelnen Verfolgerstaaten. In einem umfassenden Manifest wollen wir auf diese Aspekte eingehen und die Hintergründe der Slogans erklären. (...)

Workshop

Die Diskussion der praktischen Umsetzung wurde eingeleitet mit Städteberichten. Daraus ergaben sich ganz unterschiedliche lokale Situationen. Vielerorts war der Vorschlag zwar zur Kenntnis genommen, aber noch nicht im Einzelnen diskutiert worden. Gleichwohl wurde aus allen vertretenen Städten (Bremen, Bielefeld, Köln, Stuttgard, Frankfurt, Hanau, München, Kassel, Göttingen, Hannover, Berlin) die Teilnahme zugesagt. Dies ist ermutigend und bedeutet bereits ein Netz von Stops. In Baden-Württemberg wird die „Karawane" Thema des nächsten Landestreffens sein. „Kirche und Asyl" verschickt den Verschlag an die asylgewährenden Kirchen. Kassel hat bereits zwei MigrantInnengruppen angesprochen. Aus München kam der Vorschlag, mit einem Kamera-Team die „Karawane" sowohl dokumentierend zu begleiten, wie auch darüber eine gewisse Sicherheit herzustellen. Kassel und



Berlin wollen sich Aktionen zu den lokalen Abschiebeknästen überlegen, Hanau schlägt den Frankfurter Flughafen als einen Anlaufpunkt vor.
Innerhalb der kommenden drei Monate sollen die Vorschläge konkretisiert werden, sowie der schlußendliche Verlauf, die Anzahl der Stops, die TeilnehmerInnenzahl festegelegt werden. Dies sind alles entscheidende Faktoren in der Vorbereitungsphase, die über den Verlauf und Erfolg des gesamten Projektes mitentscheiden.
Der nächste Schritt wird dann in einer Rundreise bestehen, dessen Ziel weniger Veranstaltungen sein werden, als vielmehr Arbeitsgruppen und Diskussionsveranstaltungen mit Interessierten. Bis zum nächsten Treffen sollten die Gruppen dazu Terminvorstellungen äußern. Eine Einladung an alle lokalen AktivistInnen, MigrantInnengruppen, Flüchtlinge, Kirchengemeinden etc. ist von größter Wichtigkeit. (...)
Der „Menschenrechtsverein" setzt sich für eine Hervorhebung der lokalen Aspekte ein, weil nur die lokalen Kontakte durch die lokalen Gruppen hergestellt werden könnten. Andererseits sollten die Gruppen Vorort auch über eine überregionale Koordinierung nachdenken. Es wäre unabdingbar sich als lokale Gruppe um Kontakte in der näheren Umgebung zu bemühen und auch teilweise den Marsch in die nächsten Städte zu organisieren (z. B. die beste Route auszukundschaften und einen Zeitplan aufzustellen). Es kann sich als hilfreich erweisen, wenn AktivistInnen aus anderen Städten in der „heißen Phase" nach Bremen kämen, um sich für ein, zwei Wochen in die Koordination einzuschalten.
Die „Karawane" sollte nicht nur die großen Städte, sondern auch kleinere Orte, in denen der Rassismus der Behörden und Ämter mitunter äußerst rigide und brutal zum Tragen kommt, miteinbeziehen. Die „Karawane will dorthin ziehen, wo die Flüchtlinge und MigrantInnen leben (müssen), d. h. zum Beispiel auch zu einer ZAST, einem Lager mitten auf dem platten Land. Im Mittelpunkt steht nicht die politische Show oder die Demonstration, sondern der Aufbau von Kontakten in alle nur möglichen Städte.

TeilnehmerInnen:
Es nahmen etwa 50 VertreterInnen teil, aus Berlin (ARI, FFM, Arranca); München (Crossing Borders, Äthiopische Flüchtlinge in Deutschland); Stuttgard; Kassel (Büro antirassistischer Initiativen); Hannover (AHDP); Göttingen; Frankfurt (AGISRA); Hanau (AG3F); Köln (Kirche und Asyl); Oldenburg (Initiative für offene Grenzen); Bielefeld (Initiative gegen Ausgrenzung, Medi-Büro); Bremen (IMRV, Kampagne für Menschenrechte auf Sri Lanka und Tamil Eelam, Antirassismus-Büro, Association of Nigerian Refugees in Bremen, Kurdische Solidarische Hilfe, BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexporte), sowie „Lebenslaute". (...)

Kontaktadresse:
Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e. V.,
Kornstr. 51, 28201 Bremen;
Tel.: 0421/ 55 77 093;
Fax: 0421 / 49 87 276

Das nächste Treffen der "Karawane" findet am 27./28. März im Sielwallhaus in Bremen statt

Die "Karawane"

Im Sommer 1998 soll auf Initiative des „Internationalen Menschenrechtsvereins" eine überregionale Demonstration gegen Abschiebungen und Rassismus stattfinden.
Es ist geplant, eine Demonstration in Form einer Karawane zu organisieren, die kreisförmig durch zahlreiche Städte ziehen wird. Es ist beabsichtigt in jeder Stadt Veranstaltungen abzuhalten. Der Zug der „Karawane" wird vermutlich mehr als einen Monat lang andauern. Gründe für diese Aktion sind u. a. die beständig zunehmenden Angriffe des Deutschen Staates auf Flüchtlinge, während es keine effektive Gegenmobilisierung mehr zu geben scheint. Im Zuge der Vorbereitungen zum Wahljahr ´98 wird erwartet, daß sich der Druck auf die Flüchtlinge noch verstärken wird. Die Aktion verbindet regionale mit überregionalen Elementen und wird, sofern sie erfolgreich ist, eine gute Basis für ein Netz von AktivistInnen liefern. Es würde auch eine neue Dynamik in die antirassistische Bewegung bringen.
Der „Internationale „Menschenrechtsverein" ist eine Bremer Organisation von Flüchtlingen für Flüchtlinge. Die politischen Aktionen basieren auf zwei wesentlichen Aspekten des Flüchtlingsdaseins. Auf der einen Seite erfahren Flüchtlinge Schwierigkeiten seitens des Deutschen Staates - Abschiebungen, Rassismus auf allen Ebenen - und auf der anderen Seite sind sie betroffen von den Problemen in ihren Herkunftsländern, die sie verlassen mußten und in denen sie ihre Leute zurücklassen mußten - diese Länder werden von Diktatoren oder Militärs beherrscht und sie werden ohne Unterscheidung von Deutschland unterstützt. Weil das erstgenannte Problem alle Flüchtlinge unmittelbar und offensichtlich betrifft, bauen sie auf eine Einheit unter den Flüchtlingen.

Aufruf

Für Frieden und Menschenrechte in Mexiko

Während des Massakers am 22. Dezember vergangenen Jahres im chiapanekischen Ort Acteal in Südmexiko wurden 45 Menschen von einer paramilitärischen Einheit ermordet. Inzwischen ist nachgewiesen, daß die mexikanische Regierung, die seit 69 Jahren von der herrschenden Staatspartei PRI gestellt wird, durch staatliche Vertreter, d.h. lokale PRI-Funktionäre, Polizei und Armee, an den Morden beteiligt war. Diese Tatsache setzte die mexikanische Regierung unter politischen Druck und führte unter anderem zum Rücktritt des mexikanischen Innenministers und des Gouverneurs von Chiapas.

Zu Beginn des Jahres 1994 hatte sich die EZLN (Zapatistische Befreiungsarmee) für die Rechte der indigenen Landbevölkerung in Chiapas erhoben, womit sie breite nationale und internationale Unterstützung erreichte und die mexikanische Regierung zu Verhandlungen mit den Aufständischen zwang. Dennoch führte die Regierung, entgegen verbaler Verhandlungsangebote eine breite Militarisierung im Aufstandsgebiet durch. Diese Militarisierung führte am 9. Februar 1995 zu einer militärischen Offensive gegen die EZLN und die Zivilbevölkerung. Wiederum aufgrund breiter nationaler und internationaler Proteste kam im April 1995 das „Gesetz für den Dialog und die Versöhnung in Chiapas" zustande, auf dessen Basis seither Friedensverhandlungen zwischen der EZLN und der mexikanischen Regierung stattfinden sollten. Dieses Gesetz, demzufolge es während der Verhandlungen zu keinen Truppenbewegungen und zu keiner Verfolgung und Bedrohung von EZLN-SympathisantInnen kommen darf, wird von der mexikanischen Regierung systematisch verletzt.

Die Lage wird verschärft durch die Existenz von paramilitärischen Gruppen, die von Großgrundbesitzern und PRI-Mitgliedern finanziert und gestellt werden. Sie sichern die ungerechte Land- und Machtverteilung, erpressen Ernten und Schutzgelder von der indigenen Bevölkerung und nehmen ihr so die Lebensgrundlage. Die dauerhafte Bedrohung durch diesen „Krieg niederer Intensität" führte von Beginn an zur Flucht vieler Menschen aus ihren Dörfern. Gegenwärtig befinden sich 8.000 Menschen in Chiapas in Flüchtlingslagern, deren Versorgung nur unzureichend gewährleistet ist. Hauptsächlich kümmern sich derzeit die Diözese von San Cristóbal und einige wenige Organisationen um die Flüchtlinge.

Das Massaker von Acteal ist nur die Eskalation einer seit Jahren geduldeten und geförderten Situation in Chiapas. Die aktuelle Situation bietet den willkommenen Anlaß, die Zahl der 30.000 schon stationierten Soldaten in dem südmexikanischen Bundesstaat um 5.000 Soldaten zu erhöhen. Damit entlarvt sich die von der Regierung zur Schau gestellte erneute Verhandlungsbereitschaft gegenüber den Aufständischen als das, was sie in den letzten vier Jahren immer war: heuchlerische Rhetorik einer mörderischen Politik.

Anläßlich des 3. Jahrestages der bisher größten Militäroffensive vom 9. Februar 1995 und der dramatischen Zuspitzung der momentanen Situation in Chiapas fordern wir **von der mexikanischen Regierung:**

- den sofortigen Rückzug des Militärs aus Chiapas und militärische Entspannung in ganz Mexiko;
- die sofortige Entwaffnung und Auflösung der paramilitärischen Gruppen in Südmexiko;
- die sofortige Freilassung aller zapatistischen Gefangenen;
- die Einhaltung des „Gesetzes für den Dialog und die Versöhnung in Chiapas";
- die sofortige und konsequente Umsetzung der bisherigen Verhandlungsergebnisse von San Andrés Larrainzar zu „indigenen Rechten und Kultur";
- die Wiederaufnahme eines ernsthaften Dialogs zwischen der EZLN und der Regierung.

von der deutschen Bundesregierung:

- sich, auch im Rahmen der EU, für den Schutz der Menschenrechte in Mexiko vehement einzusetzen;
- die Mitte Februar startende internationale Kommission, die die Lage der Menschenrechte in Chiapas untersuchen soll, zu unterstützen und aus dem Bericht der Kommission politische Konsequenzen im Umgang mit der mexikanischen Regierung zu ziehen (insbesondere im Hinblick auf die Ausgestaltung des gerade vereinbarten Wirtschaftsabkommen zwischen der EU und Mexiko);
- die mexikanische Regierung zu drängen, die Ausweisungen internationaler BeobachterInnen aus Mexiko zu unterlassen.

Wir bitten um Spenden für die Flüchtlinge in Chiapas unter dem Stichwort „Flüchtlinge" auf das Konto der Gruppe „Penumbra" im Dritte-Welt-Haus Frankfurt/M.
c/o Karin Wagels, Nr. 305854810,
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse.
Das Geld wird an die Caritas in San Cristóbal in Chiapas weitergeleitet.

UnterzeichnerInnen:
Ute Abraham, Leverkusen, Antifa-G Frankfurt/M., Redaktion Arranca, Berlin, Dario Azzellini, Berlin, Toni Bachmann, Walldorf, Dr. med. Richard Bischoff, Heidelberg, Achim Brunnengräber, Berlin, Dr. Isidoro Bustos V., Heinrich-Böll-Stiftung Berlin, Centro Felix Varela, Rüsselsheim, Chiapas-Gruppe Bremen, Chiapas-Komitee Marburg, Christlicher Friedensdienst e.V., Frankfurt/M., Gruppe FelS, Berlin, Gruppe „Streiksession", Darmstadt, Prof. Dr. Frank Deppe, Marburg, Natalia Dudek, Frankfurt/M., Edition Nautilus, Hamburg, Flur E03 Dessauer Haus, Frankfurt/M., Georg Fülberth, Marburg, Christoph Görg, Offenbach/M., Boris Kanzleiter, Berlin, Groß/-Kutsch/Remus/Dietrich (Rechtsanwälte/-Rechtsanwältin), Wiesbaden, Brigitte Kühn, Frankfurt/M., Lateinamerika Nachrichten, Berlin, Libertad! (im Dritte-Welt-Haus Frankfurt/M.), Xosé Manuel López, Frankfurt/M., Michael Maschke, Frankfurt/M., Mexiko-Gruppe im FDCL, Berlin, Judith Nagel, Offenbach/M., Neuer ISP Verlag GmbH, Köln/Karlsruhe, Antonio Ocaña Pradal, Frankfurt/M., Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., München, Penumbra (im Dritte-Welt-Haus Frankfurt/M.), Petra und José Ramirez-Voltaire, Flörsheim, Knut Rauchfuss (Leitung der VSP-Vereinigung für sozialistische Politik), Köln, Roma-UnterstützerInnen-Gruppe Bochum, Dr. med. Lutz Rosenkötter, Frankfurt/M, Margrit Rößner, Berlin, Rotes Büro Aachen, Roving Bottles, Hamburg, Petra Schlagenhauf, Berlin, Hildegard und Theo Schmidtchen, Aachen, Frieder und Sabine Stichler, Schramberg, SolidariTAT, Hamburg, Ann Stafford, Berlin, Margot Stiehl, Frankfurt/M., Streikbüro Uni Frankfurt/M., Hanne und Klaus Vack, Sensbachtal, Christine Weiß, Bremen, Jens Winter, Offenbach/M., W.I.R., Infoladen Frankfurt/M., Jens Wissel, Frankfurt/M., Dr. Winfried Wolf, MdB (PDS), Bonn, WIWA Wendland, Dannenberg, Zapapres, Hamburg

Weitere Informationen (auch zu den internationalen Friedenscamps in Chiapas) über "Penumbra" im Dritte Welt Haus Frankfurt, Westerbachstr. 47/3, 60489 Frankfurt/M., Fax (069) 78960399.

V.i.S.d.P. Ulrich Brand, Friedrichstr. 5, 63065 Offenbach

Lesereise von Mauricio Rosencof

Mauricio Rosencof wird im Juni wieder in Deutschland, Österreich und der Schweiz für eine Lesereise zu Gast sein und für Lesungen für Kinder in Schulen und für Erwachsene zur Verfügung stehen. Rosencof, Jahrgang 1933, ist Nachkomme jüdischer EmigrantInnen, die 1931 nach Montevideo in Uruguay auswanderten. Das politische Engagement seines Vaters und die Ermordung vieler seiner Verwandten in Auschwitz und im Warschauer Ghetto prägten seine politische Einstellung. Schon früh schrieb er als Journalist über die politische und soziale Wirklichkeit Uruguays; ebenso waren seine ersten Theaterstücke von sozialkritischen Themen bestimmt. Anfangs der 60er Jahre erlebte er die Situation der ZuckerarbeiterInnen in Uruguay. Dies führte für ihn zu einer politischer Radikalisierung und seiner Teilnahme an der Gründung der MLN/Tupamaros.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen Stadtguerilla und den damals herrschenden Militärs wurde er zusammen mit acht anderen MLN-Genossen als "Geisel des Staates" in verschiedenen Militärkasernen unter unvorstellbaren Bedingungen 13 Jahre gefangengehalten, davon die meiste Zeit in Isolationshaft.

Nach seiner Freilassung 1985 widmete sich Rosencof verstärkt seiner literarischen Arbeit. Bis heute hat er 16 Theaterstücke, drei Drehbücher und zwölf Bücher veröffentlicht. Seine Stücke wurden in acht lateinamerikanischen und europäischen Ländern inszeniert. Seie Werke sind zum Teil in sechs Sprachen übersetzt. Nachdem er für die Vertonung seiner Gedichte aus dem Zyklus "La Margerita" 1995 zusammen mit dem Musiker Jaime Roos mit einer Platin-CD ausgezeichnet wurde, erhielt er im Dezember 1997 für das Drehbuch des Filmes "La Margerita" einen Preis beim Internationalen Filmfestival in Havanna (Kuba). Mauricio Rosencof wird auf seiner Lesereise aus seiner jüngsten Erzählung "Die Briefe, die nie angekommen sind" lesen. Diese Erzählung schildert aus der Sicht eines Kindes den Alltag der "kleinen Leute" im Uruguay der dreißiger Jahre. Mit der Logik eines Kindes erzählt der kleine Moishe vom Schicksal seiner jüdischen Verwandten in Europa. Zunächst vermittelt durch die Briefe, die der Vater am Sonntag immer vorlas, dann durch die Briefe, die nie angekommen sind. In der Übersetzung von Erich Hackl ist Rosencof ein Zeitzeugnis von hoher literarischer Qualität gelungen.
Kinder haben eine unbändige Neugier. Sie wollen wissen, wie die Farbe Orange entstanden ist, woher die Seepferdchen kommen oder wie die Clowns auf die Welt gekommen sind. Rosencof hat in "Das Lied im Kieselstein" phantasievoll Geschichten dazu erfunden. Weil das den Kindern meist nicht reicht, beantwortet er ihnen auch alle anderen Fragen, dabei entstehen schon wieder neue Geschichten....

- *Die Briefe, die nie angekommen sind*, Residenz-Verlag Salzburg 1997
- *Das Lied im Kieselstein. Gesichten für Kinder und Erwachsene*, Verlag Libertäre Assoziation Hamburg.
- Im Verlag Libertäre Assoziation sind u.a. auch die drei bekannteren Werke von Rosencof erschienen: *Hundeleben, Wie Efeu an der Mauer* und *Der Bataraz.*

Kontakt für die Lesereise vom 28. Mai bis 29. Juni: Büro für Kulturprojekte, Gaußstr. 25, 22765 Hamburg, fon 040/390 14 07.

Johannes Weigel

Esoterische Gruppenmachtspielchen

Kongreßkritik zu "Studentische Perspektiven einer Nachhaltigen Welt"

Vom 13.-15. Februar 1998 fand an der Uni Dortmund – organisiert von StudentInnen der „NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit" und des „International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility" (INES) der Studierendenkongreß „Studentische Perspektiven einer Nachhaltigen Welt" statt.

Unterstützung fand die Veranstaltung durch die Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen, den BdWi und den örtlichen AStA. Zugegeben, als ich mich zu der Veranstaltung anmeldete, war mir angesichts der angekündigten Teilnehme von Umwelt-Managern wie E.U. v. Weizsäcker (angefragt) und Joachim Spangenberg (beide Wuppertal-Institut) schon halbwegs klar, daß es hier vornehmlich um Fragen der Umsetzung und nicht der Analyse gehen würde. Aber mit Dagmar Heymann von der Initiative Frauen in Naturwissenschaft und Technik (FiNuT) und einigen Vertretern des BdWi (u.a. Peter Döge und Thorsten Bultmann) gab es doch ein paar kritische Feigenblätter. Doch die Enttäuschung war schon beim Eingangsplenum groß, als zum einen mit Reiner Braun (NaturwissenschaftlerInnen-Ini), Carsten von Wissel (TU Berlin) und Sylvia Wiegers (H.-Böll-Stiftung NRW) ganz andere Personen das Podium besetzten als angekündigt war (Heymann, Döge, Weizsäcker; Moderation: Braun) und diese zum anderen dem angekündigten Thema „Kritik an ‚sustainable development'" ganz und gar nicht gerecht werden konnten. Zwar versuchte C. von Wissel der SD-Euphorie ein wenig die Luft aus den Segeln zu nehmen, in dem er mit der Herkunft der Begriffe sehr weit ausholte (Forstwirtschaftsgrundregel „Nachhaltigkeit" in mittelalterlichen Fürstentümern und Entwicklungsdenken bei Charles Darwin und später bei den US-Hegemonialbestrebungen Henry Trumans); aber die fast ausschließlich moralische Argumentationsschiene Brauns, der sogar die Exzesse internationaler Finanzspekulationen durch eine neue Wirtschaftsethik eindämmen wollte, war dann doch etwas seicht. Angefangen als verbalradikaler Tiefflieger, der der Wuppertal-Studie etliche blinde Flecken vorwarf (fehlende soziale, emanzipatorische und friedenspolitische Dimension, technokratische Herangehensweise etc.), endete er als gesellschaftspolitischer Bettvorleger, der als Hauptaspekte einer neuen Politik Lokale Agenda-Runden, Nachhaltige Hochschulen und eine effizientere Energiewirtschaft postulierte. Auf die Kritik der strukturellen Ausblendung der Herrschaftsfrage durch die Nachhaltigkeitsstudien fiel C. von Wissel auch nur ein, daß es ein besseres normatives Leitbild derzeit eben nicht gäbe. Gut 50 TeilnehmerInnen zählte das anfängliche „Streitgespräch"; vorwiegend StudentInnen, wobei – von seiten des Podiums sowieso, aber auch aus dem Plenum – die inhaltlichen Redebeiträge doch im wesentlichen von ProfessorInnen und anderen Professionalisierten kamen.

Aufgrund des Wegfalls der feministischen Naturwissenschaftskritik (daß SD eine geschlechsspezifische Dimension hat, fand fast nur noch im abendlichen Referat von Claudia von Braunmühl, dem Vorprogramm von Spangenbergs Ökomoralpredigt, Erwähnung, hatte mensch am Samstag nur noch die Auswahl an AGs um Wissenschaftsethik, Ingenierausbildung, Berufsfindung, das Pugwash-Studierendentreffen, Umweltwissenschaften und Ökologisches Bauen. Potential für eine kritische Diskussion schien mir dabei noch



am ehesten in Hans-Jürgen Fischbecks AG „Wissenschaft, Ethik und Sustainable Development zu stecken. Dessen universalistische Philosophie erwies sich dann jedoch als kritikresistente Diskussionsbasis, in der gesellschaftliche Interessenskonflikte in der Wissenschaft nur kurz als soziologische Wissenschaftskritik erwähnt wurden, ansonsten aber durch die objektive Wahrheit des Leitbildes SD und die Verantwortlichkeit der Naturwissenschaften (plus Theologie) weggespült wurden. Was dann am Nachmittag aus der selben AG wurde – warum sich H.-J. Fischbeck das gefallen ließ, ist mir schleierhaft, aber eine Teilnehmerin erzählte er hätte auch eine „meditative Ader" – war ein Schlag ins Gesicht aller selbständig denkenden Menschen: Ein Meditationsguru drillte die TeilnehmerInnen mit allen Machtmitteln spiritueller Gruppenleitung zur Selbstdisziplinierung und Bewußtwerdung ihrer „Inneren Ökologie" und verwandelte die Sitzung in eine esoterische Stuhlkreismeditation. Meine latente innere Verkrampfung ließ mich das ganze eine knappe Minute aushalten, bis ich den Raum verließ – ein paar kamen noch nach, aber ca. zwanzig TeilnehmerInnen ließen das ganze über sich ergehen, wenn auch meist mit irritierten Gesichtsausdrücken. Verdummung und Entpolitisierung sind an dieser Stelle viel zu zahme Vorwürfe für esoterische Gruppenmachtspielchen; ein solcher präfaschistischer Ausrutscher sollte auf einer politischen Tagung einfach nicht passieren. Wahrscheinlich ist es jedoch einfach so, daß die harmoniestiftende und individualisierende Integrationsformel „Nachhaltigkeit" gerade auch die Prediger der inneren Harmonie auf den Plan ruft, die in Diskussionen nur einen Brandherd innerer Unruhe sehen, und die als Lösung für welches Problem auch immer zur Debatte steht, den Einklang von Körper, Geist und Natur anbieten.

Der Sonntag stand dann unter dem Motto „Hochschulreform - Läßt sich SD in den alten Strukturen umsetzen?" und bot wenigstens im Abschlußplenum noch moderate Möglichkeiten für kritische Ansätze. Barbara Nohr aus Göttingen betonte die Nachrangigkeit der Nachhaltigkeit hinter Fragen der Emanzipation, und auch der Wert eines bloßen Einbringens nachhaltiger Inhalte in hierarchischen Strukturen wurde von einem Teil der Anwesenden in Frage gestellt. Der Ausgang blieb offen, wenngleich ein Ergebnispapier zur Hochschulreform verlesen wurde, und ansonsten blieb das vage Gefühl, daß die meisten ganz glücklich dabei sind, kleine Schritte zu machen, wenn sie auch nicht wissen, wohin. Die falsche Harmonie hatte wieder einmal über die Erkenntnis faktischer Interessensgegensätze der AkteurInnen im Nachhaltigkeitsdiskurs gesiegt.

Information zum Kongreß gibt's über die NaturwissenschaftlerInnen-Ini (Tel. 0231-575202)



Claudia Bernhard

Moral und Geschlecht

Rezensionen

Eigentlich erscheint es aus heutiger Sicht unsinnig darüber zu hadern, ob Frauen in Bezug auf den Nationalsozialismus eine Verantwortung tragen, und an der NS-Vergangenheit teilgehabt bzw. sie mitgestaltet haben. Grundsätzlich ist doch davon auszugehen, daß kein politisches System überleben könnte, das sich nicht auch auf die Kooperation von Frauen stützen kann. Feministische Theorie hatte aber in der Analyse der patriarchalen Strukturen vorrangig die Bedeutung und Konsequenz der Diskiriminierung von Frauen beschrieben. Folge davon war, daß Frauen auf eine defensive Haltung bzw. auf einen Objektstatus festgeschrieben worden, der zwar eine gesellschaftliche Realität hatte, aber die mitwirkende Rolle innerhalb des Opferstatus unterschlägt oder nicht entsprechend beleuchtet.

In der feministischen Auseinandersetzung ist die Rolle der Frau inzwischen weitreichender reflektiert, die 'Mittäterschaft' hat sich verankert, längst wird auch von Beteiligung, Machtanspruch, Komplizinnenwesen und Schuld gesprochen. Der Erkenntnisgewinn ist aber bei einem bloßen 'Frauen waren auch dabei' (sie sind eben doch nicht besser als Männer) nicht besonders weitreichend. Einerseits ist die Beteiligung von Frauen, solange sie nur mit den männlichen Kategorien von Tätigkeit betrachtet wird, vergleichsweise gering; andererseits kommen die spezifisch weiblichen Formen der Mitwirkung dabei noch gar nicht in den Blick. Das heißt die Beteiligung von Frauen muß unter den Bedingungen des herrschenden Geschlechterverhältnisses gesehen werden, um die Zusammenhänge zu begreifen und daraus eine Perspektive zu entwickeln.

Genau dies tut Lerke Gravenhorst in ihrem Buch "Moral und Geschlecht". Sie nähert sich der geschichtlichen Mitwirkung von Frauen (und Männern) über die unterschiedliche Aufarbeitung der NS-Geschichte, genau genommen, über das Thema der Moral bzw. der Moralisierung von Geschichte. Ausgangsfrage ist, wie ein extremer Fall von amoralischer Politik und Gesellschaft, der Nationalsozialismus, aus der Perspektive der Nachgeborenen interpretiert wird und wie insbesondere die Verstrickung und Schuld der Eltern in geschlechtsspezifisch unterschiedlicher Weise erlebt wird. Die Frage nach der Schuld erstreckt sich dabei sowohl auf die NS-Zeit selbst, als auch auf die Zeit danach. Die Autorin stützt sich dabei auf zwei für sie zentrale Begriffe: einmal das "negative Eigentum", was den von Jean Amery formulierten Anspruch meint, die Deutschen müßten für die Verbrechen der NS-Zeit haften, Verantwortung übernehmen, und zum zweiten den Begriff der "zweiten Schuld", was sich auf die Verdrängung und Leugnung dieser Verbrechen bezieht, d.h. die zweite Schuld besteht in der Verneinung der ersten Schuld (R. Giordano).

Befragt wird ein Geschwisterpaar, ein Mann und eine Frau, die Anfang der 40er Jahre geboren und Nachgeborene von Eltern sind, die sich aktiv am NS-Staat beteiligt hatten. Ausgegangen wird dabei von einem unterschiedlichen Status, einem geschlechtergebundenen Status als Geschichtssubjekt, der in den Interviews sichtbar gemacht wird. Bezüglich des NS-Vergangenheitsbewußtseins wird die These zugrundegelegt, daß "Frauen in beträchtlich geringerem Maße als Männer anerkannte RedakteurInnen von NS-Geschichte sind", was beinhaltet, daß in dem jeweils geschlechtsspezifischen Geschichtssubjektstatus zwar eine unterschiedliche Gestaltungsmacht enthalten ist, aber nicht eine höhere moralische Qualität des Handels von Frauen im NS-Reich.

Die treibende Kraft dieser moralischen Betrachtungsweise bleibt das ganze Buch hindurch die Frage nach der Menschenvernichtung, die Unfaßbarkeit von Auschwitz. Auschwitz erscheint als die Aufhebung der Moral und als Bruch mit jeglicher Zivilisation.

L.G. bemüht sich im Rekurs auf Dietrich Böhler und Gertrud Nunner-Winkler die Annahme einer übergeordneten, quasi universalistischen Moral zu verteidigen, die sich wenigstens in Grundzügen objektiv erkennen läßt. Aber Auschwitz hebt nicht nur die Moral auf, sondern auch die Zivilisation, insofern steht der Nationalsozialismus für den "Zivilisationsbruch", wobei sie sich auf Dan Diner bezieht.

Damit wird es endgültig schwierig, denn welche Verbrechen schließen Zivilisation oder Zivilisierung ein und welche nicht, wo verlaufen die Grenzen zwischen 'zivilisierten' und 'unzivilisierten' Verbrechen, wer legt sie fest? Völkervernichtungen begleiten die Zivilisationsgeschichte, ja sind sogar ein wesentlicher Bestandteil davon. Zivilisierungsprozesse sind weder gerecht, human oder gar emanzipatorisch. In gleicher Weise ist die Annahme einer universell gültigen Moral immanenter Bestandteil des abendländischen Expansions- und Kolonisierungsprogramms, Grundlage von Rassismus und Sexismus und Rechtfertigung von Gewalthandlungen. Leider wird das Spezifikums des Bruchs nicht näher erklärt, was einer Schwarzweißbetrachtung 'vor 45 = böse, nach 45 = gut' Vorschub leistet. Dies mindert zwar nicht die Erkenntnisse, wo es um den geschlechtsgebundenen Subjektstatus geht, die Verortung in der Geschichte und Gesellschaft als Mann oder als Frau, macht sich aber bei der Bewertung der jeweiligen 'Geschlechtermoral' teilweise in einer zu geringen Distanz zur männlichen Selbstinterpretation bemerkbar.

Die Tochter sieht sich selbst wie auch ihre Mutter in größerer Distanz zum Geschehen. Grundsätzlich hält sie Frauen nicht für die handelnden Personen, weder ihre Mutter im NS-Regime noch sich selbst für ihr eigenes Leben. Entsprechend hält die Tochter die Beteiligung und insofern die Verantwortung von Frauen am NS-Regime für wesentlich geringer, als ihr Bruder. Der hingegen betrachtet sich als Handelnder, als ein Akteur, der Geschichte beeinflußt und sich im Leben klar positioniert. Für ihn ist ein Lebenskonzept, ein Selbstentwurf lebensnotwendig. Dies bestimmt auch die Beurteilung der Eltern.

L.G. fasst zusammen, daß "im Hinblick auf eine mögliche erste Schuld des Vaters die Tochter viel offener und wahrnehmungsbereiter als der Sohn ist. Um-

gekehrt ist die Tochter viel weniger offen und wahrnehmungsbereiter als der Sohn, wenn es um eine mögliche zweite Schuld des Vaters geht." Gerade das Verhältnis vom Sohn zum Vater beinhaltet bemerkenswerte Aspekte, er bricht die Auseinandersetzung und die Beziehung mit dem Vater ab, weil dieser das NS-Reich nicht als verbrecherisch sehen kann und kein Schuldbewußtsein entwickelt. Er sieht seine Eltern als diskreditiert an, da seiner Meinung nach keinerlei Aufarbeitung stattgefunden hat. Bezeichnenderweise steht seine Empörung darüber im engen Zusammenhang damit, daß ihm sein Vater kein akzeptables Lebenskonzept geboten hat. Er interpretiert es als persönliche Kränkung, daß er gewissermaßen einen 'falschen' Vater hat, der nicht mit dem politischen System der Nachkriegszeit in Einklang gebracht werden kann und damit als Identifikationsfigur und Vorbild ausfällt. Das heißt die Abgrenzung zur NS-Generation entspringt nicht unwesentlich dem Groll um dem 'richtigen' Lebensentwurf betrogen worden zu sein. Im Ergebnis wird dies von L.G. positiv bewertet, aber ich meine, daß die Motivation des Sohnes zumindest fragwürdig ist, wenn die spezifischen moralischen Kriterien gegenüber der Bedeutung zurücktreten eine systemkompatible Orientierung geboten zu bekommen.

Die Tochter, in keinster Weise auf einen Lebensplan fixiert, hat dieses Problem natürlich nicht. Sie konstatiert Veränderungen und Auseinandersetzung bei den Eltern, wägt ab, versucht eher zu begreifen als zu verurteilen.

Das deutet nur einen Ausschnitt der geschlechtsspezifischen Unterschiede an, ihrer Widersprüchlichkeiten und divergierenden Aspekte im Kontext der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im persönlichen Erleben von Nachkriegsdeutschen. Insgesamt entsteht der Eindruck, daß sich Männer und Frauen in ihren Unterschieden unvorteilhaft ergänzen, also Verdrängung begünstigen. Allerdings sind diese Unterschiede nicht gleichgewichtig, sondern sind ein Teil des männerdominanten Systems, wie es L.G. in ihrer Schlußauswertung betont. Und aufgrund dieser "Asymmetrie im Subjektstatus der beiden Geschlechter" verschlechtern sich letztendlich die "kulturellen Chancen einer kollektiven Verständigung über die NS-Vergangenheit."

Der Wert dieser Untersuchung liegt meines Erachtens in der Auslotung von geschlechtsspezifischen Verortungen, in der Reflexion des "geschlechtergebundenen Status als Geschichtssubjekt" in Verbindung mit dem "moralischen Bewußtsein im Hinblick auf die NS-Vergangenheit", wobei der Nationalsozialismus als ein Beispiel gesehen werden kann, der Ansatz aber darüber hinausweist. Denn auch für heutige Verhältnisse ist diese Methode spannend.

Zum Beispiel könnte der männliche Zwang zum Selbstentwurf in Bezug auf die aktuellen Entwicklungen bzw. Erschütterungen der männlichen Identität beleuchtet werden. Tatsache ist, daß diese Selbstentwürfe nicht mehr in gleicher Weise greifen und zunehmend weniger erfolgreich umgesetzt werden können. Nun könnte diese Entwicklung auch als Einstieg zu einem Hierarchieabbau gesehen und nicht als Versagen interpretiert werden. Ein Prozeß, wo auch Frauen entsprechend beteiligt sind. Insofern ist das auch eine Methode der Verstrickung der Geschlechter in das gesellschaftliche Geschehen auf die Spur zu kommen, zu begreifen wie das gegenseitige Reproduzieren von Patriarchat funktioniert und zeitgemäße feministische Perspektiven zu entwickeln.

Die Einschätzung der Autorin, daß dadurch das "Männer und Frauen in der zweiten Generation Schuld und Verantwortung in jeweils spezifischer Weise wahrnehmen, nicht genutzte Rezivilisierungspotentiale liegen", teile ich nicht, denn bei dem befragten Mann scheint in typischer Weise die moralische Ablehnung eines politischen Systems der erfolgreichen Selbstpositionierung untergeordnet. Sicher gibt es unterschiedliche "moralische Sensibilitäten", die aber in sich so verquickt und vielschichtig Anpassungsanteile beinhalten, daß ein Herauspulen der positiven Elemente nicht ohne weiteres möglich ist.

Trotz der Interpretationen, die zur Kritik und Diskussion herausfordern, ist der Ansatz einer geschlechtsstrukturierten historischen Aktivität ein neuer Schritt in der feministischen Theorie, der endlich über die bloßen Beteiligungsargumentationen von Frauen hinausgeht. Das Buch ist weder anspruchlos noch einfach zu lesen, es verlangt eine hohe Einlassungsbereitschaft, die sich allerdings lohnt. Ich habe es mit hohem Interesse gelesen, fühlte mich angeregt und provoziert, insofern war und ist es Auslöser für Kontroversen. Denn selbst wenn man/frau die Schlußfolgerungen der Autorin nicht teilt, läßt es den Raum für eigene Wertungen und bildet einen Anstoß für weitere Perspektiven. Es schnüffelt in der richtigen Richtung und stößt auf echte Erkenntnisperlen, leider

traut es sich zu wenig zu einer eigenen feministischen Einordnung zu stehen.

Lerke Gravenhorst, Moral und Geschlecht. Die Aneignung der NS-Erbschaft. Ein soziologischer Betrag zu Selbstverständigungen vor allem in Deutschland, Freiburg 1997, Kore-Verlag, 404 Seiten, DM 52.

SHORT CUT

Bernd Hüttner

Capitalism, Nature, Socialism

CNS ist eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift für Theorie und Politik, die sich vor allem der Diskussion unter Öko-MarxistInnen, Öko-FeministInnen und linken UmwelthistorikerInnen verschrieben hat. Sie will die Debatte zwischen der ökologischen und der feministischen Linken und der zwischen den Bewegungen im Süden und im Norden fördern, und denkt Geschichte und "Natur" zusammen. Die Zeitschrift ist international verbreitet und erscheint seit 1988, seit 1992 mit vier Ausgaben jährlich. Ihre HerausgeberInnen und AutorInnen kommen zumeist aus den USA, aber auch aus Europa, Australien und den Ländern des Südens.
Inhaltlich verortet sich *CNS* jenseits des in den USA verbreiteten Diskurses der esoterischen "deep ecology", aber auch jenseits von sustainable development und den klassisch linken Positionen der Regulierung von Natur, des Umbaus und der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft. Theoretischer Hintergrund der Zeitschrift ist der Aufsatz "The Second Contradiction of Capitalism", von *James O'Connor. O'Connor* ruft in Erinnerung, daß sich im gesellschaftlichen Naturverhältnis die geschlechtliche und die internationale Arbeitsteilung zwischen Norden und Süden ausdrückt.
Der ökomarxistische Ansatz von *O'Connor/CNS* postuliert weiter, und dies ist mit "Second Contradiction" gemeint und das zentrale inhaltliche Essential, daß heute der Gegensatz Kapital/Arbeit von dem zwischen Kapital und "Natur" abgelöst werde, beziehungsweise ein entscheidender Widerspruch der sei, welchen Preis das Kapital zur Aufrechterhaltung seiner Produktionsbedingungen zahlen müsse. Politische und soziale Kämpfe spielen sich demnach darum ab, wie hoch die Kosten dieser Aufrechterhaltung sind, und wer sie zu tragen hat. Die Kämpfe von ArbeiterInnen, von Frauen und der Ökologiebewegung (um Lohn, gutes, gleichberechtigtes Leben und "gesunde Umwelt") haben diesen Preis schon in die Höhe getrieben und damit Einfluß auf die Produktionsbedingungen genommen.
Dies klingt nach "Abschied von der Arbeiterklasse". Ist es aber nur sehr eingeschränkt. *CNS* steht für eine emanzipatorisch-politische Perspektive einer Betonung von Kämpfen und Protestformen jenseits der ArbeiterInnenbewegung, ohne diese Bewegungen zu verklären oder sich in einer naturalisierenden Ökologiepolitik zu verlieren. Die in *CNS* vertretene Theorie ist auch offener gegenüber den postmodernen Argumenten des Lokalen, des Alltags, des Geschlechtes, als dies bei den Theorien zur Erklärung des ersten Widerspruches der Fall war (Ein Teil des genannten Textes von *O'Connor*, liegt in *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Heft 28 (1996) in deutscher Fassung vor).
Einen Diskurs wie in *CNS* gibt es in Deutschland - leider - nicht. Hier werden vergleichbare Aufsätze, wenn überhaupt, dann sehr verstreut veröffentlicht. Wo findet sich zum Beispiel der Beitrag zur Konstruktion des Bildes von "Natur" bei großen Umweltverbänden (wie *BUND*, *Greenpeace*), wie sie in CNS für den amerikanischen "Sierra Club" und den *World Wildlife Fund* vorgelegt wurden? Wo findet sich das Äquivalent zu den ungewöhnlichen Essays des Stadtsoziologen *Mike Davis*, die unter der treffenden Rubrikenbezeichnung "Street Ecology" publiziert werden? Bemerkenswert in *CNS* ist die starke Betonung von Fragestellungen der Geschlechterverhältnisse einerseits und der "environmental justice" andererseits. Dies ist vor dem Hintergrund der viel weiter fortgeschrittenen Behandlung dieser Verhältnisse in der wissenschaftlichen Diskussion in anglo-amerikanischen Ländern zu sehen. "Environmental justice" und die sich so bezeichnende Bewegung geht darauf zurück, daß Armut und Hautfarbe unzertrennlich mit Umweltzerstörung verschränkt sind. Dies betrifft zum einen die Stätten und Bedingungen der Produktion, aber auch die Wohnquartiere, sind doch überall dort überproportional viele Arme und Schwarze von krankmachenden Umwelteinflüssen oder von städtischer Umstrukturierung betroffen.
Weitere, in *CNS* von der Gründung der Zeitschrift bis heute zu findende Beiträge sind solche zur Umweltgeschichte. Sehr nützlich können auch die ab und zu unter "Teaching Political Ecology" abgedruckten, aus gehaltenen Universitätsseminaren stammenden Kurspläne mit Themensammlung und Literaturverzeichnis sein.
CNS erscheint in englisch, dies ist ein Nachteil, sollte eine/n aber nicht abschrecken, zumal die Sprache in *CNS* meist relativ einfach ist. Lesen in english ist zwar mühsamer, dafür oft erkenntnisreicher! Wer/welche Sätze wie "What we call the mainstream environmental movement, the more institutionally established movement, is really not the mainstream" versteht, kann zwar nicht alles, aber den Großteil der Aufsätze in *CNS* lesen.
CNS kostet im Abo 32 US-Dollar im Jahr (ca. 52 DM), ist also billiger als manche vergleichbare deutsche Zeitschrift. Einzelheft- oder Abobestellungen kann einfach das Bargeld beigelegt werden, da es - trotz angeblicher Globalisierung - Unsummen an Gebühren kostet, Geld in die USA zu überweisen.

CNS. A Journal of Socialist Ecology. 4 mal jährlich, je 160 Seiten. Guilford Publications, 72 Spring Street, New York, NY 10012, E-Mail: info@guilford.com; Internet: http://cruzio.com/__cns.

SHORT CUT

Alltagsforschung

Bewerbung

Der Klangbogen ist ein mehrere Millionen teures Kunstobjekt in Bremen. Zum Himmel ragende Metallstäbe mit Bodengullys, aus denen über Tonband Geräuschimitationen eines japanischen Baches abgespielt werden. Nur wenige Menschen haben die Gesamtkomposition des Kunstwerks erleben dürfen, da die Technik einer permanenten Wartung und Reinigung bisher entbehrte. Der folgende Leserbrief reagiert auf diese eklatante Situation (red):

Ich bewerbe mich

Für die Reinigung und Wartung des Klangbogens mit einer Ausschreibung von 300.000 Mark würde ich mich sehr gerne bewerben. Da sich die Ressorts nicht einig sind über die Zuständigkeit, bezweifle ich, daß meine Bewerbung auf dem richtigen Schreibtisch landen wird. Ich betone hiermit nochmals ausdrücklich, wenn die Hanseatischen Veranstaltungsgesellschaft wirklich kein Interesse an dem Job hat, ich habe welches!
Auch zu der einmaligen Zahlung in Höhe von 4.000 Mark für die Reinigung der 46 Bodenschächte nebst Lautsprechern hätte ich nicht nein gesagt. Hintergrund meines großen Verlangens nach dem Job ist rein pädagogisch. Ich hoffe, irgendwann im Rentenalter einen japanisch gurgelnden Bach von einem anders sprachigen unterscheiden zu können und auch ein größeres Kunstverständnis zu haben.

LeserInnenbrief von R. Tiemann, Weserkurier vom 5. Januar 1998

SHORT CUT

Iris Bockermann

Habits, Frames und Geschlecht "Kleine Mathematik der Politik"

Da fragt mich doch neulich wieder jemand, wo ich denn politisch stehen würde als frau.
Das ist so eine der Fragen, wo es mich schier zwanghaft dünkt, ausgiebigst einzuatmen und die künstliche gewonnene Zeit dazu zu verwenden, mein Hirn nach irgendetwas Griffigem und Kurzem abzusuchen. Eigentlich müßte es doch nur so aus mir heraussprudeln. Leichte Streßaufwallungen - einer Prüfungssituation gleich - machen die Suche nicht unbedingt systematischer. Mein Hirn scheint übersichtlicher denn je. Warum entspringt es eben nicht („weiblicher") Routine, nach Jahren der politisch-feministischen Arbeit, diese Frage mit einer selbstverständigenden Leichtigkeit zu beantworten?

Was hat die deutungsmächtige Wissenschaft zu meinem „Problem" zu sagen? Dazu eine „Kleine Mathematik der Politikwissenschaften": 'In Abgrenzung zum Modell des „homo oeconomicus", nämlich sich auf die Kalkulation aller Alternativen und Folgen einer Handlung einzulassen und diese miteinander abzuwägen, führt mensch eine bewährte Handlung immer wieder durch.
O-Ton-Wissenschaft: „Die Beharrlichkeit einer Handlungswahl ist abhängig von den Suchkosten, eine neue Alternative zu finden (c wie costs) und der subjektiv geschätzten Wahrscheinlichkeit für das Auffinden einer nutzensteigernden Alternative (p wie probability) sowie dem Nutzen (u wie use) der bestehenden und einer möglichen Handlung. (Rothgang/Haug 1993:15) Dazu die erhellende Formel:

$$uj - ui < c/p$$

Die Formel wird wissenschaftlich wie folgt übersetzt: jedesmal, wenn der Akteur erkennt, daß die positive Nutzendifferenz der potentiellen (uj) und der gewählten Alternative (ui) kleiner ist als das Verhältnis der Wahrscheinlichkeit, eine bessere Alternative zu finden, zu den Suchkosten, die dazu notwendig sind, wird die einmal gewählte Handlung wiedergewählt. Dieses Verhalten wird in Bezug auf die Handlungswahl unter dem Begriff Habit gefaßt. Zudem sind aber Akteure nicht in der Lage, eine transitive Präferenzordnung über n Alternativen mit m Dimensionen mit nm Ergebnissen zu bilden (Rothgang/ Haug 1993: 19), deshalb beschränken sie sich darauf, ein Ziel zu betrachten. Die Vereinfachung einer komplexen Zielstruktur und Deutungsleistung wird Frame genannt.'

Da Feministinnen, also die, die wirklich mehr wollen, mehr als Reparatur und Restauration ihre Handlungsmöglichkeiten als eingeschränkte, diffamierte und zugerichtete wahrnehmen und erleben, können ihre daraus resultierenden Handlungen sich nicht an beharrlicher Routine und selbstgefälliger Vereinfachung von Ziel- und Deutungsmustern orientieren. Das praktizieren Männer schon zu hauf. Bereichert frau diese Formel um die Kategorie Geschlecht, so zeigt sich in der feministisch-alltagsweltlichen Praxis, daß feministische Blick-, Denk- und Lebensformen quer zu den hegemonial-männlichen Selbstverständigungsebenen liegen. Frauen haben eben kein Hinterland. Feministinnen haben ungleich höhere Suchkosten als Männer, da die Wahrscheinlichkeit eine bessere Alternative als die Bestehende zu finden, proportional höher ist. Instrumentelle Vereinfachungen, wie das Alternativset zu verringern, würden auch Zielsetzungen arg schmählern, und das ist das Letzte, was wir wollen. Mein zögerliches und überfordertes Verhältnis zur politischen Verortung läßt sich nur damit erklären, daß alle Alternativen und Folgen in den Blick müssen. Jetzt habe ich das „Problem" nicht mehr.

Fußnote:
Die wissenschaftlichen Passagen sind dem Arbeitspapier Nr. 6/94 von Karin Haug: „Habits und Frames in der Pflegeversicherung" vom Zentrum für Sozialpolitik / Universität Bremen, entlehnt.

SHORT CUT

Neue Medien

Bernd Hüttner

ZAG, Ausstellung, BUKO-AgrarStudien, Wildcat-Zirkular, Das Argument

Die Ausgabe 4/97 der **ZAG. Zeitschrift antirassistischer Gruppen** hat den Schwerpunkt *Arbeit mit Illegalisierten*. Das Heft enthält Beiträge zur Arbeit mit und zu Illegalisierten in den USA und in Berlin und stellt zwei Unterstützungsprojekte zu osteuropäischen flüchtlingen vor. Das Heft enthält auch zwei wichtige Artikel zur Diskussion um die Kampagne "Kein Mensch ist illegal" antirassistischer Gruppen. Es wird die Frage aufgeworfen, ob nicht die Forderungen der Kampagne zu sehr auf die Selbstorganisierung und -hilfe von Flüchtlingen und anderen abstellen und so den rassistischen Staat der Mehrheitsgesellschaft aus der Verantwortung entlässt. 44 S., 5 DM, bei ZAG, c/o Antirassistische Initiative, Yorckstrasse 59 HH, 10965 Berlin.
Die aus 34 Tafeln bestehende Ausstellung **"... ich möchte nicht mehr sitzen hier für Deutschland"** und der dazugehörende Reader stellen eindrücklich die Hintergründe, Bedingungen und Folgen von Abschiebehaft dar und betten sie in den Zusammenhang der rassistischen Abschottung Europas ein. Am Beispiel des größten deutschen Abschiebegefängnisses im westfälischen Büren werden die dortigen Haftbedingungen und die Geschichte dieses Knastes dokumentiert, ebenso wie der Widerstand der dort Inhaftierten. Der Reader (6 DM) kann auch getrennt von der Ausstellung genutzt und bezogen werden. Kontakt: Jugendclub Courage, Bismarckstrasse 40, 50672 Köln, fon 0221/52 09 36.
Die KollegInnen der BUKO-Agro-Koordination haben ebenfalls eine neue Publikation vorgelegt. Gesine Höhmann-Hempler untersucht in **Getreidepoker** den Zusammenhang zwischen den Interessen der europäischen Agrarwirtschaft auf dem Weltmarkt für Getreide und der Ausgestaltung der Agrarpolitik der Europäischen Union. Die Entwicklung wird historisch hergeleitet und die Auswirkungen auf den Hunger, pardon: die Ernährungssicherheit in den Ländern des Südens dargestellt. Die Broschüre bringt viele Fakten und bewegt sich auch sonst in der Tradition bürgerlicher Wissenschaft, zur Entwicklung (neuer) politischer Perspektiven trägt sie nichts bei. Schelte auch an das Layoutteam: Das Heft ist nahezu durchgehend in fett gedruckt, was der Lesbarkeit nicht unbedingt nützt. 96 S. A 5, 10 DM plus Porto, bei BUKO-Agro-Koordination, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg.
In den roaring eighties gab es einmal eine Zeitschrift, die hieß *wildcat*. Sie war - neben der Buchreihe *Materialien für einen neuen Antimperialismus* - das Zentralorgan des sozialrevolutionären (oder auch: operaistischen) Ansatzes in der Linken.. Dieser hatte zum Beispiel, lang lang ist's her, die Theorie der Anti-IWF-Kampagne 1988 nicht unwesentlich mitgeprägt. Aber dann kam die Wiedervereinigung und auch diese Strömung wurde von krisenhaften Tendenzen erfasst, die Abstände zwischen den einzelnen *wildcats* wurden immer größer. Die letzte Ausgabe der *wildcat* ist mittlerweile drei Jahre her. Seit Anfang 1994 erscheinen sogenannte **wildcat-Zirkulare** in geringer Auflage. Sie enthalten Berichte über ArbeiterInnenkämpfe weltweit und Texte zur theoretischen Debatte um eine revolutionäre Perspektive, meist Übersetzungen aus dem italienischen Spätoperaismus oder von englischsprachigen marxistischen Intellektuellen. Das Zirkular Nr. 40/41 kritisiert in mehreren Beiträgen die Programmatik der Zapatistas und die theoretischen Aussagen zu Neoliberalismus und Klassenpolitik der auch in BUKO-Zusammenhängen nicht unbeachteten Gruppen *FelS*/Zeitschrift *arranca!* und *Blauer Montag* (Hamburg). Allesamt schwere Kost, aber nicht uninteressant. 152 S., 8 DM plus Porto, bei SISINA; Postfach 360527, 10975 Berlin.
Fünf sehr anspruchsvolle Aufsätze zum - weitesten Sinne verstanden - Debattenteil dieser *alaska* enthält die neuste Nummer der Theorie-Zeitschrift **Das Argument**. In der Ausgabe *Medien-Geschlechter* (Nr. 223) geht es um die Darstellung von Geschlecht in Musikvideos, um die geschlechtsspezifischen Durchsetzungsprozessen neuer Kommunikationstechnologien am Arbeitsplatz und in der Wohnung, und zu Biographie, Popularkultur und Postmoderne. Im Heft sonst noch: Artikel u.a. zu lesbischem Begehrem im Spätkapitalismus, zu Ludwig Erhard und dem EURO, ein Interview zur Ökonomie in Kuba und wie in jeder Ausgabe, fast zwei Dutzend Buchbesprechungen. 148 S.,Argument-Versand, Reichenbergerstrasse 150, 10999 Berlin.

Impressum

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

Herausgeber:
Verein für Internationalismus und Kommunikation,
Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen

Redaktionsanschrift: alaska,
Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen,
Tel/Fax: 0421-72034
RedakteurInnen: Claudia Bernhard, Iris Bockermann, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Christoph Spehr
Anzeigen: Bernd Hüttner
Layout: Harry Loges
Cover: design by markovits
Fotos: Frank Dirkopf
Druck: Gegendruck,
Dragonerstr. 57, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen:
alaska erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.
Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209 bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.
Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden soweit redaktionell möglich abgedruckt.
V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

Netscape was unable to create a ne
socket connection.
There may be insufficient system r
the network may be down. (Reaso
Try connecting again later or try re
Netscape.

12/ 99/ 1/218/ 836

Infoladen
Koburger Straße 3

04277 LEIPZIG

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673 F
alaska
Auf der Kuhlen 22
28203 Bremen